

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

BULLETIN NR. 7/8

AUSZÜGE AUS DER PRESSE DER IKP

Portugal

Parlamentarismusfrage

Kapitalistische Krise

**Manifest zu den Wahlen
in Italien**

Interventionen der Partei

AUGUST 1975

DM 3,-

P O R T U G A L Von der "Revolution der Nelken" zum harten Kurs	S. 1
Die Parlamentarismusdebatte auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale	S. 13
Die Laufbahn des Weltimperialismus - Die kapitalistische Krise -	S. 55
Manifest zu den Regional- und Kommunalwahlen in Italien - Dem Wahlauf Ruf antworten wir mit dem Aufruf zum Klassenkampf	S. 85
Einige Interventionen der IKP	S. 89
Unheilbar degeneriert	S. 94
An die Kautskisten von gestern und heute	S. 95

- - - - -

verantwortlich und Kontaktadresse:
Ch. Erkadoo, 1 Berlin 61, Obentrautstraße 32

AUS DEM PROGRAMM der
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propagande entrissen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

VON DER "REVOLUTION DER NELKEN" ZUM HARTEN KURS

(aus "Il Programma Comunista", Mai/Juni/Juli 1975)

Der neue Verwalter der rückständigen bürgerlichen Gesellschaft Portugals

Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25.4.1974 kann nicht getrennt von der Entwicklung der Streitkräfte untersucht werden. Es ist die Armee, die die "Revolution" gemacht hat, die ein Programm erarbeitete und eine Organisation ins Leben rief - die Bewegung der Streitkräfte (MFA)-und die vor allem die Funktion des Vermittlers zwischen den Klassen - Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie, Bauern und auch Proletariat - einnimmt, deren Parteien dem vorgeschlagenen Programm sofort ihre volle Unterstützung gaben. Correia Jesuino konnte mit Stolz und polemisch den kollaboristischen Parteien entgegenhalten: "Wir sind der Vortrupp einer Revolution, die von den Militärs und nicht von Zivilisten und Intellektuellen gemacht wurde". (1)

Die Dauer eines Militärregimes war gewiß nicht im voraus bestimmt; dieses sollte vielmehr nur den notwendigen Übergang zum "klassischen" bürgerlich-demokratischen Regime darstellen. Aber im Gegensatz zum Gewimmel von Untersuchungen, die nur die "Macht der Arbeiterbewegung" sehen, muß man betonen, daß wenn die gesellschaftliche Gärung gewiß eine bedeutende Rolle bei der Verspätung eines solchen Überganges gespielt hat, es andererseits augenscheinlich ist, daß die Restaurationsdrohungen (im Juli und September 1974 sowie im März 1975) äußerst schwach waren: selbst die Bourgeoisie setzte nicht darauf.

Für die herrschende Klasse stand fest, daß das alte Regime gründlich erneuert werden sollte. Es handelt sich um dasselbe Problem, das sich heute auch der spanischen Bourgeoisie stellt, nämlich die geeignetste Form für eine gewiß schwierige Erneuerung zu finden. Die umsichtigen Versuche von Caetano-Spinola, die in der Luft lagen, mußten vor allem im Zusammenhang mit dem kolonialen Problem und mit der Krise in der Armee (die nach der Wehrdienststerhöhung von 2 auf 4 Jahre aufgebläht war) scheitern. Wirtschaftlich waren die Probleme aber klar gestellt: während der Handel mit den "Überseeprovinzen" stagniert, blüht der mit den EG-Ländern (45,2% der gesamten portugiesischen Einfuhren 1973). Die Investitionen von Ländern wie Deutschland und Großbritannien stiegen im selben Jahr beträchtlich an: die BRD ging z.B. von 589 Mio. Escudos (10 Escudos = DM 1,--) auf ca. 815 Mio., Großbritannien von 298 auf 552 Mio. (gem. "Problemes Politiques et sociaux", La documentation française, 5-12 Juli 1974).

(1) Die Bewegung der Streitkräfte erteilte dem Rat zur Rettung der Nation aufgrund der Feststellung die Macht, daß "es dem bestehenden politischen System nicht gelun-

Portugal zahlt die Rechnung der Isolationsjahre und in Wirklichkeit vor allem dafür, daß es auf Kosten des eigenen Kolonialreiches dahin vegetiert hat, auch wenn dieses in ein Jagdrevier für multinationale Gesellschaften umgewandelt war. Der Übergang von der Phase der reinen kolonialen Ausbeutung - die man versucht, mit "Dritte-Welt"-Glaubensbekenntnissen mit so wenig Verlusten wie möglich ausklingen zu lassen - zur Integrierung in die westliche Wirtschaft fiel jedoch mit der internationalen kapitalistischen Krise zusammen, was den portugiesischen Erwartungen einen harten Schlag versetzte. Eine vielversprechende wirtschaftliche Entwicklung ist dabei, sich in ein Verlustgeschäft zu verwandeln. Im vergangenen Jahr sind die "Importe eindeutig schneller gestiegen als die Exporte: 52% zu 27%" (J. Grapin in "Le Monde" vom 20./21.4.75), während die früher immer aktive Zahlungsbilanz sich weiter verschlechtert. Die Journalistin von "Le Monde" zieht den Schluß, daß "man sich demzufolge nach dem Fest auf eine Periode des harten Kurses gefaßt machen muß, was auch immer für eine Regierungsfahne dann wehen wird, damit das Gleichgewicht im Inneren sowie in den Außenbeziehungen erhalten bleibt". Bereits in der Periode von 1970-1973, die eine bemerkenswerte Entwicklung verbuchte (Wachstumsrate: 1971 = 8%, 1972 = 12%), ging die schwache Steigerungsrate der Real-löhne ständig zurück, um im ersten Vierteljahr 1974 schließlich zu sinken (-1,7% in der Landwirtschaft, -3,2% in der Industrie und Transportwesen in Lissabon und -2,2% in Porto. (Zahlen der OEDC, Etudes économiques, "Portugal", Juli 1974 S. 11). (2)

gen ist, konkret und objektiv eine ÜBERSEEPOLITIK festzulegen, die zum Frieden unter den Portugiesen aller Rassen(!) und Glaubensrichtungen führt". Sie nahm sich dabei vor, "die jetzige Innenpolitik und ihre Institutionen zu säubern, um auf den demokratischen Weg, diesen unbestrittenen Vorbild des portugiesischen Volkes, zurückzukommen", das alles selbstverständlich "ohne innere Erschütterungen, die dem Frieden, dem Fortschritt und dem Wohl der Nation schaden".

Dieses Programm, das auf Wirtschaftsebene nie über antimonopolistische und antiinflationistische Erklärungen hinausging, wurde bei allen folgenden "Wendungen" keineswegs verloungnet oder in Frage gestellt. Man kann vielmehr sagen, daß es dieses Programm ist - und nicht der "sozialistische Weg" -, das mit den objektiven Schwierigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft in Portugal konfrontiert wird.

(2) Diese Zahlen erhalten größere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die Real-löhne 1963, wenn man 1963 = 100 setzt, 1970 auf 120,7 gestiegen sind (International Financial Statistics, FMI, November 1972). In der Tat sind das die Jahre eines bemerkenswerten Produktionszuwachses und einer Abnahme des Gewichts der Landwirtschaft, deren Anteil sowohl bei der aktiven Bevölkerung (von 40% 1961/62 auf 28,6% 1972/73) als auch beim Bruttosozialprodukt (17% 1968/69 und 13,6% 1973) erheblich sinkt.

Im selben Jahrzehnt erfuhr der Dienstleistungssektor einen jährlichen Beschäftigtenzuwachs von 2% und - was beachtlich ist - die verarbeitende Industrie eine sehr schwache Be-

Der harte Kurs, die Austerität, war also schon da. Welche Regierung war aber in der Lage, sie durchzusetzen? Hier liegt das Problem, und zwar gewiß nicht allein für Portugal. In Portugal stellt es sich aber besonders zugespitzt in Anbetracht der historischen Phase, die das Land durchläuft. Was Wunder also, wenn ein Militärregime, das als Provisorium entstand, den Posten einer "legitimieren" Regierung nicht frei machte, sondern sich vielmehr als einziges Instrument zeigte, das fähig ist, wenn auch über den Weg eines "Linkskurses" gewisse unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Die "Demokratisierung" der Gesellschaft wurde somit zu einer Funktion der demokratischen Entwicklung der Armee, und die "zivile" Gesellschaft mit ihren ruhmreichen Parteien an der Spitze wartet, daß die "militärische Gesellschaft" das Startzeichen für ihre Emanzipation gibt.

Das zeigt sehr deutlich, wie es um die demokratische Radikalität (von einer anderen kann ja nicht die Rede sein) der angeblichen sozialistischen, kommunistischen und proletarischen Parteien bestellt ist. Diese haben immer davon geträumt, eine "über den Klassen" stehende Regierung zu bilden. Auch wenn sie eine solche Regierung nicht errichten können, freuen sie sich, wenn sie entdecken, daß andere sie errichtet haben. Es ist klar - und das führte dazu, von Bonapartismus zu reden -, daß die von den Militärs kontrollierte Regierung sich besser als irgendeine andere dazu eignet, als von der Gesellschaft unabhängig zu erscheinen und die Aufgabe der "Vermittlung" zwischen den Klassen zu

schäftigtzunahme (von 21,8% auf 24,4% in zehn Jahren) neben einem hohen Beitrag zum Bruttosozialprodukt (von 28% auf 38% ca.). Die zitierte Veröffentlichung der OECD, der wir diese Zahlen entnahmen, kommentiert:

"Diese Entwicklung setzt bedeutende Produktivitätsgewinne voraus; der IV. Entwicklungsplan schätzte sie auf eine jährliche Durchschnittsrate von ungefähr 7,8% für die Jahre zwischen 1960 und 1970".

Wenn man berücksichtigt, daß das Niveau der Landwirtschaft sich auf dem Stand von 1947 befindet, und das nur dank einer "starken Zunahme der Holz- und Korkproduktion" ("Problemes économiques et sociales" ebda, S. 12), gewinnt man sowohl ein gutes Bild des "Faschismus" von Salazar als auch der komplexen Fülle der wirtschaftlichen Probleme Portugals.

Der IV. Entwicklungsplan (1974-79) hat eine Industrieentwicklungsrate von 9,2% (1960-70 = 9,1%) und eine Jahresrate für die Landwirtschaftsentwicklung von 2% veranschlagt, die parallel zur Abnahme der Beschäftigten in diesem Sektor laufen soll. Das würde einen Produktivitätszuwachs von 6% bedeuten ("Problemes économiques et sociales", ebda, weiter: "Diese Entwicklung wird keine Lösung für das Problem der unzureichenden Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten erlauben"). An die Arbeit also, Arbeitermassen Portugals, im Interesse der Nation, unter der erleuchteten Führung eines Reformismus AUS EISEN!

erfüllen, die das Wesen der betrügerischen bürgerlichen Staatsideologie ausmacht. (3)

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie buchstäblich von der Bühne verschwunden ist, daß die Regierung Verstaatlichungsmaßnahmen getroffen hat, die, von den Entschädigungen abgesehen, die Leitungen der Banken, Versicherungen sowie anderer Unternehmen treffen, daß Hausbesetzungen und Selbstverwaltungsversuche in den Betrieben (wenn zwar immer weniger) toleriert worden; das alles bedeutet in Wirklichkeit, daß die bestehende Ordnung zwecks "Dämpfung des Konfliktes der Klassen" sich mit den Mitteln verteidigt, die sie zur Zeit für angemessen hält.

Die Bourgeoisie muß zwar all die wenig erfreulichen Brocken schlucken, sie weiß aber sehr genau, daß, solange der Staatsapparat nicht zerschlagen und ersetzt wurde - was nur geschehen kann, wenn es ein durch eine revolutionäre Partei mobilisiertes Proletariat gibt -, sie den Verlust der REALEN MACHT nicht befürchten muß. Was den "Trotzkisten" als "Führungskrise der Bourgeoisie" (Maitan) erscheint, ist im Gegenteil die Machtdelegierung an den Militärapparat, dessen Tätigkeit sich von unmittelbaren und einzelnen bürgerlichen Interessen losmachte, um die historischen Klasseninteressen der Bourgeoisie, d.h. die Rückkehr der Gesellschaft zur Normalität, desto besser wahrzunehmen. Der Erfolg ist nicht sicher. Sollte es weiterhin unmöglich bleiben, die Gesellschaft zu kontrollieren und den harten Kurs durchzusetzen, bliebe nur noch die Möglichkeit der "Restauration". Wie uns Chile jedoch lehrt, ist auch dieser Weg keinesfalls bequem. Die Sache scheint außerdem mit der MFA bessere Aussichten zu haben: die Probleme sind so zahlreich; die Erhaltung der Gleichgewichte wird zunehmend schwieriger; die KONTROLLE wird immer wichtiger. Welche Kraft könnte das alles besser als die Armee ins Lot bringen?

Die Rolle des Opportunismus bei der Kontrolle über das Proletariat

1. Die Sozialistische Partei

Bei der Machtübertragung war die bedingungslose Unterstützung der Militärs durch die "zivile Gesellschaft" ausschlaggebend, und wirkte gleichzeitig "legitimierend".

(3) "Bei den kleinbürgerlichen und philisterhaften Professoren und Publizisten kommt es - oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx! - so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne. Nach Marx ist der Staat ein Organ der KlassenHERRSCHAFT, ein Organ zur UNTERDRÜCKUNG der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen "Ordnung", die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft". (Lenin, "Staat und Revolution" I,1)

Wieder einmal hat der Opportunismus der Arbeiterparteien nicht nur die Radikalisierung der Massen in Richtung auf ihre Klassenziele nicht gefördert, sondern zur verstümmeltesten "Demokratisierung" beigetragen, sowie zur Kontrolle von oben jeglicher möglichen autonomen Klassenbewegung, sogar auf ökonomischem Gebiet, was sich in der Gründung einer durch die Machthaber kontrollierten Einheitsgewerkschaft sofort ausdrückte. Daß die sozialistische Partei der Einheitsgewerkschaft von KP und MFA die sogenannte Gewerkschaftsfreiheit nach dem Muster der in den modernen demokratischen Ländern zur Genüge bekannten "freien Gewerkschaften" entgegengestellt hat, um sie dann zurückzuziehen (was die Sozialisten übrigens bei allen folgenden Divergenzen taten), beweist, wie wenig "Spielchancen" der traditionelle "demokratische Weg" hat, der von den Machhabern, deren erste Funktion darin besteht, einen harten Kurs durchzusetzen, sogar für gefährlich angesehen wird. In jedem Fall wäre es aber einfach lächerlich, würde man die Sozialisten als einen möglichen Hebel für eine autonome Klassenbewegung auf dem Gebiet der Tagesforderungen ansehen, wozu die Gruppen, die in der KP und dem "Sozialfaschismus" den Hauptfeind sehen, neigen. Die Schwäche der KLASSENFRONT zeigte sich gerade in der Frage der Einheitsgewerkschaft, in Ausbleiben einer starken Bestrebung, sich unabhängig von Staat und staatstragenden, an die nationale Wirtschaft gebundenen Parteien zu organisieren (und die Partei von Soares gehört ganz besonders zu dieser Sorte).

In Wirklichkeit war es gerade der Demokrat Soares, der sich als erster (oder als zweiter, denn in der Kunst der Unterwürfigkeit lassen sich "Kommunisten" nicht überbieten) vor der "demokratischen Revolution" Spinolas verbeugte. Kaum in Portugal angekommen (drei Tage nach dem Machtwechsel) beeilte er sich mit seiner Erklärung: "Es ist nicht die Zeit für Parteienrivalitäten, sondern für demokratische Einheit". Und daß er in der MFA die Verkörperung dieser Einheit sehen würde, war klar: "Durch die geschichtliche Tat, die wir niemals werden vergessen können, haben die Streitkräfte unseres Land die Stimme und die Freude zurückgegeben". Das Volk, dieser seltsame "Held", hätte ja lediglich durch seine "verantwortungsbewußte, einheitliche und disziplinierte" Wahlbeteiligung die Demokratie "organisieren" müssen: das ist schließlich alles, was zählte und zählt.

Kein Wunder also, wenn danach die "Stimme" verklang, die "Freude" nachließ und die "Disziplin" allein als wichtiges Element übrig blieb. Die Sozialisten konnten, auch wenn schweren Herzens, nicht umhin, von den drei "Kategorien" immer die DISZIPLIN zu wählen. Die demokratischen und liberalen Ideale gehören der bürgerlichen Vergangenheit an und sind heute nichts weiter als Geschwätz ohnmächtiger Kleinbürger.

Die Neufassung der demokratischen Ideale drückte ein Sekretär der SP in seinem Interview mit "Le Monde" (6./7. April) sehr gut aus. Es geht um die Anerkennung des Paktes zwischen politischen Parteien und MFA, der auch von der SP unterzeichnet wurde:

"Wir schätzen, daß sich das Ziel der MFA in einem Verhältnis von 70% militärischer Macht und 30% ziviler Macht ausdrückt. Wir werden versuchen, diesen Abstand zu verringern, um auf ein Gleichgewicht zu kommen: fifty-fifty". Siehe wie das demokratische Ideal von Machterhältnis sich aktualisiert und anpaßt: 50% Militärmacht!

Dasselbe sagt man auch den Bourgeois: machen wir die Demokratie fifty-fifty! Selbstverständlich ist das den Bourgeois recht, vor allem, wenn es sich um "Krisenmanagement" handelt.

Dieses demokratische Experiment scheiterte aber unter Spinola. Es gab nur die Alternative zwischen einem etwas ernsteren Reformismus, der demzufolge zentralisiert und militarisiert ist, und der alten Reaktion, die, wie wir flüchtig aufzeigten, gerade auf ökonomischem Gebiet gescheitert und von den Gesetzen des Kapitalismus ausgestoßen war und in jeden Fall die "Dämpfung des Konfliktes der Klassen" erschwert hätte. Dessen war sich Soares bewußt. Er begrenzte sich daher auf die Forderung nach 1% oder 2% mehr "Zivilmacht", sowie auf den Versuch, bei den Wahlen einen "weitgehenden Konsens" zu erzielen, was auch seine Rolle spielt. Unzählig sind die geschluckten Brocken: Einheitsgewerkschaft, Wahlpakt mit der MFA, "moralische Prügel" am 1. Mai, Schließung und danach Entzug der Zeitung "Republica". Seine Proteste waren immer von Beteuerungen der "Bündnistreue zur MFA" und des völligen Einverständnisses mit deren "politischen Zielen" begleitet. Das Aufnucken bei den jüngsten Ereignissen aus Anlaß des Versuches der Militärs, die Volksmassen direkt und einheitlich durch "Volkskommissionen" zu kontrollieren wiederholt das frühere Schema: der Happen schmeckt nicht, man schüttelt sich vor dem Runterschlucken, der Magen krümmt sich ein bißchen.

Es ist die traurige Geschichte der demokratischen Parteien, die sich nämlich vornehmen, die Interessen aller Klassen zu vertreten und zu versöhnen. Die Geschichte hält sie zum Narren. Die "Versöhnung" wird irgendwie Wirklichkeit, aber nicht in Form von "Demokratie", wohl aber in ihrer Unterdrückung - eine großartige Bestätigung für die Richtigkeit des Marxismus.

Nichts Neues unter der Sonne. Auch die "demokratische Revolution", die Togliatti für Italien im Bündnis mit De Gasperi und Nenni wünschte (und, wie Soares, hätte er sie gern liberaler gehabt) wird heute von Berlinguer wieder aufgegriffen: man will eine "zweite Etappe". Das Schöne am demokratischen Staffellauf ist wohl, daß er niemals ein Ende nimmt: solange er nicht mit der proletarischen Revolution zusammenprallt.

2. Die "Kommunistische" Partei

In den Wettkampf um die Gunst des neuen Regimes mußte auch die KP selbstverständlich treten. Sie hatte seit langem im Namen der "nationalen demokratischen Revolution", d.h. in diesem Falle im Namen des Sturzes des faschistischen Regimes auf friedlichem Weg und "von oben", auf jegliche Form des radikalen Kampfes gegen die Bourgeoisie verzichtet.

In den Statuten von 1965 lagen die Hauptaufgaben einer solchen "demokratischen Revolution" bereits klar vor: Ersetzung des Faschismus nicht etwa durch die Diktatur des Proletariats, sondern durch eine Regierung, die eine Politik der "Befreiung vom Imperialismus" und des wirtschaftlichen Fortschritts im allgemeinen führen sollte, indem sie die "nicht-monopolistische" Privatinitiative mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien verbindet. Also ein perfekt kleinbürgerliches Programm, was auf der klassischen Auffassung beruht, daß der demokratische Staat Ausdruck der "Gesellschaft" sein könnte und nicht der herrschenden Klasse. Artikel 5 formuliert das Hauptziel wie folgt:

"Die KPP kämpft für eine provisorische Regierung, die die Grundfreiheiten wiedereinführt und tritt für freie Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung ein, mit deren Hilfe das portugiesische Volk die Form der Regierung und die Regierenden selbst bestimmen kann."

An diesem Ziel ist der Verzicht der KPP auf jegliche KLASSENFORDERUNG und sogar auf die demokratische "Umwandlung" zu messen: man weiß ja, die Ideale sind nie ganz zu erreichen, und die harte Wirklichkeit ändert sie, und zwar nicht wenig. Die Tatsache ist, daß sich die KPP schon am 26. April 1974 für eine Regierung positiv aussprach, "in der alle liberalen und demokratischen Kräfte und politischen Bereiche vertreten sind", für die sie bereit ist, "ihre Verantwortung zu übernehmen". Die Einheit zwischen Armee und Volk wird unterstrichen und die MFA mit einer Bewegung von "Militärs, die demokratisch empfinden (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)" identifiziert.

Im Zusammenhang damit, werden frühere ökonomische Forderungen gestrichen. Ziele, die das Proletariat in Gegensatz zu den besitzenden Klassen bringen könnten, sind nicht mehr am Platze. Auf dem VII. (außerordentlichen) Parteikongreß vom 20. Oktober verabschiedet man eine "Notstandsplattform", die alle vorhergehenden "Ansprüche" (Mindestlohn von 6000 Escudos, Verstaatlichungen) ausklammert und die ausdrückliche Aufgabe stellt, "die neue politische Situation zu festigen und die Finanz- und Wirtschaftsstabilität zu sichern.

Die Ziele:

- a) "Stärkung des demokratischen Staates und Verteidigung der Freiheit";
- b) "Verteidigung der Finanz- und Wirtschaftsstabilität, um die Wirtschaftsentwicklung durchzuführen";
- c) "Fortsetzung der Entkolonisierung".

Kein Wunder also, daß die Militärs die KP als Sonderberater für Ihre Politik ausgesucht haben. In Portugal dreht es sich ja bei allen Auseinandersetzungen darum, WIE man die Ziele des "Notstandsplans" erreichen kann (wobei in diesem Plan die Entkolonisierung ja völlig in der Schwebe geblieben war). Diese Ziele sind aber in der Tat ANTIPROLETARISCH: der demokratische Staat kann sich nur stärken, wenn er sich gegen das Proletariat wendet und die Wirtschaftsstabilität und der

"Fortschritt" können sich nur auf Kosten der Arbeiter und unter Verzicht auf "unmässige" Forderungen entwickeln, was übrigens die Interventionen der KP bei den Streiks dieser Monate (wobei sie sich selbstverständlich der vollen Unterstützung der Gewerkschaftsfunktionäre erfreute) erneut beweisen. Als am 7. März eine Arbeitermenge eine Kundgebung der demokratischen Volkspartei verhinderte und von der Polizei mit Waffen auseinandergesagt wurde, hob sich die Stimme der KP im Chor der Verabscheuung für die Proletarier durch ihre Bissigkeit gegen "die extremistische Gewalt, die das Spiel der Reaktion macht" besonders hervor. Diese war wahrscheinlich das Alarmzeichen für die "Radikalisierung von oben": bereits vier Tage danach ereignet sich der lächerliche "Staatsstreichversuch". Die Machthaber haben daraus zweierlei gelernt: a) eine Rechtswende hätte eine schwer kontrollierbare Verschärfung des sozialen Kampfes gebracht, b) der allgemeine (d.h. demokratische) Antifaschismus blieb als einzige Karte im Spiel um die Kontrolle - mittels KP und SP - der Massen im weitesten Sinne des Wortes.

Die Verstaatlichungen hagelten dann nur so, deren Bedeutung vom zweiten Mann der KP, Octavio Pato, gegenüber "La Stampa" wie folgt unterstrichen wird: "Wenn aus der Arbeitswelt eine unverantwortliche Welle der Lohnforderungen auftaucht, wäre es dasselbe, wie das Spiel der Rechten zu machen". Das Problem liegt in der Tat bei der "Produktionssteigerung", "sonst hätten die Verstaatlichungen zu nichts genützt". Lohnerhöhungen? Arbeitszeitverkürzung? Alles demagogischer Wahlplunder. Cunhal erklärt es sehr gut "Le Monde" (29. Mai): "In einer Revolution muß man manchmal eine Politik verteidigen, die nicht immer die populärste ist. Lohnforderungen unterstützen, die für unsere Wirtschaft unerträglich sind, eine Verkürzung der Arbeitswoche auf 35 Stunden fordern, kann zwar zu Stimmengewinnen führen, ist aber unter Berücksichtigung unserer Wirtschaftslage einfach demagogisch und kann unseren Untergang bedeuten".

Und es gibt tatsächlich Leute, die die KPP für viel linksstehender halten als die KPI oder die KPF und glauben, daß man sie für die Radikalisierung der Kämpfe "benutzen" kann! Alle diese drei Parteien wenden aber ein einziges Schema der KAPITALISTISCHEN SELBSTERHALTUNG an, das bloß auf verschiedene Situationen bezogen und von einem absoluten Empirismus geleitet wird. Will man andererseits eine "ideologische" Unterscheidung zwischen KPP und SPP machen, so liegt sie in der noch größeren Fähigkeit der "Kommunisten", sich von der "Demagogie" zu befreien und an die jeweilige Situation anzupassen.

Alle Schattierungen des Opportunismus gelangen aber zur selben "prinzipiellen" Schlußfolgerung: es gibt eine Wirtschaft, einen Staat, ein politisches System, die es zu verteidigen gilt, und diese sind NICHT der proletarische Staat mit seiner Diktatur und seinem auf ausschließlich proletarischen Organisationen beruhenden Verwaltungs- und Vertretungssystem. Daß das - die Verteidigung des Kapitalismus - unterschiedlich begründet wird, ob man nun die "reaktionäre Gefahr" heranzieht, oder die Krise, die "uns alle" betrifft und den konservativsten bürgerlichen Staat rettungswürdig macht, ändert überhaupt nichts an dem Kern der Sache, und dieser

lautet: die proletarische Revolution, diese "große Demagogie", ist nicht nur "unmöglich" - sie ist ZU BEKÄMPFEN.

3. Einige Bemerkungen zu den linken Gruppen

Die Wahlergebnisse von April - die vor allem für die KP enttäuschend waren - haben viele "Theoretiker" der extremen Linken in "Interpretationsschwierigkeiten" bzgl. des "revolutionären" Prozesses gebracht. Im allgemeinen hat man der Bewegung der Streitkräfte recht gegeben; das Gewicht von 40 Jahren "Faschismus" kann nicht so schnell beseitigt werden und es ist daher das Beste, daß man das Regime nicht von Wahlausgängen abhängig macht. Hat Lenin nicht genauso gehandelt? Cunhal hat die Gelegenheit nicht verpaßt, um seine "Theorie" auszuarbeiten, wonach der "Wahlprozeß" (!) und die "revolutionäre Dynamik" zwei verschiedene Sachen sind, die manchmal parallel laufen, manchmal konvergieren und manchmal divergieren. Für einen Demokraten gar nicht schlecht. Aber die Situation ändert sich, und die Demokratie paßt sich ja an. Die Frage, wie es denn möglich ist, daß es bei einer "demokratischen Revolution" zu einer solchen "Divergenz" kommen kann, braucht man nicht zu stellen. Für Cunhal handelt es sich jetzt um eine "Revolution" und damit basta; Genauigkeiten sind lästig. Cunhal, der Soares belehren möchte, daß man nicht von "Demokratie im allgemeinen" reden kann, hat selbst die "Revolution im allgemeinen" entdeckt. Im Endeffekt ist es Jacke wie Hose. Marxistisch übersetzt heißt "im allgemeinen" schlicht BÜRGERLICH, und die Sache wird in Portugal noch schlimmer, weil von Revolution NICHT DIE REDE SEIN KANN.

Der Mythos der Einheit hat wieder den Kopf gehoben, die verschiedenen Strömungen der extremen Linken bis auf wenige Ausnahmen vereint. Und, da die Volkseinheit ausschließlich durch die Militärmacht, die sie allen aufzwingt, gesichert wird, unterstützen die Einheitsanbieter direkt oder indirekt die Bewegung der Streitkräfte, die sie (aber nicht alle!) vielleicht bekämpfen möchten.

Typisch hierfür ist die Haltung der "IV. Internationale", die einerseits der MFA als "bonapartistischer" Bewegung den Krieg erklärt, andererseits aber durch "indirekte Unterstützung der KP und der Einheitsgewerkschaft Intersindical schließlich die MFA selbst unterstützt. In Zusammenhang mit dieser Politik wird die Beurteilung der Ereignisse paradox: je mehr der Feind seine Lage festigt, desto mehr und desto eindeutiger proletarische Siege werden entdeckt. Nach dem Scheitern des "maßgeschneiderten Staatsstreiches" ("Le Monde") vom 11. März, unternommen "von Leuten, die gegen die eigenen Interessen arbeiten" (The Economist), behauptete "Inprekor" (27. März): "das Klassenverhältnis zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse hat sich zugunsten der letzten verschoben". Dabei wird nicht versäumt, das ausschlaggebende Verdienst der Opportunisten und indirekt der MFA hervorzuheben:

"Die KPP und die Intersindical erfüllten eine entscheidende Rolle bei der Organisierung der Massenbewegung, sei es auf

Betriebsebene, sei es durch Kundgebungen und Bewachungsposten. In Porto hat die Intersindical sofort den GENERALSTREIK ausgerufen und gab folgende Weisungen in einem weit verbreiteten Flugblatt: 'Versammelt Euch vor den Rundfunksendern, an den Postämtern, auf den Bahnhöfen, um die Konterrevolution zu zerschlagen. Alle gemeinsam mit der MFA, die einmal wieder den 25. April verteidigt!'

Die Moral der Geschichte? Der Erfolg ist an der Stärkung der bestehenden Macht zu messen, die als EINZIGE gültige Festung gegen den Faschismus anerkannt wird. Es ist lächerlich, sich danach darüber zu beklagen, daß die Militärmacht "bonapartistisch" ist. Oder ist der "Bonapartismus", wie die "Bürokratie", ein notwendiges Übel?

Dasselbe wiederholt sich bei den folgenden Verstaatlichungen, die vom selben Organ als "wichtigster Arbeitersieg" hingestellt wurde. Die Begründung ist im wesentlichen dieselbe. Wie beim ersten Fall, soll es sich auch hier nicht um "sozialistische" Siege handeln, sondern um Prozesse, die durch die Massenbewegung bestimmt werden. Was in einem gewissen Sinne auch wahr ist; die Dialektik lehrt jedoch, wie man WECHSELBEZIEHUNGEN entschlüsselt: solange das Proletariat keinen selbständigen Klassenweg einschlägt, kann man all seine "Bestimmungen" nicht als "Siege" ansehen, auch wenn sie die Gegnerklassen zu irgendeiner Anpassung an die Situation zwingen. M.a.W. handelt es sich (aber in Portugal in äußerst milder Form, fast andeutungsweise) um eine ERFAHRUNG der ganzen Klassenbewegung des Proletariats: in gewissen Phasen ist die Bourgeoisie bereit, sich "bestimmen" zu lassen: "Sowjets" werden "offiziell anerkannt", "Arbeiterkontrolle" eingeführt, oder (Miliukow, "die Sowjetmacht ohne die bolschewistische Partei" akzeptiert, unter der Voraussetzung, daß die reale Macht, der Verwaltungsapparat, das Heer usw. in IHREN HÄNDEN bleibt... Später wird man sehen... Die Ziele müssen unter strengster Beachtung der wirklichen Kräfteverhältnisse formuliert werden. Das kann aber nur tun, wenn man sich keinen Illusionen bzgl. der Schwächen der anderen hingibt, sondern die eigene ernsthaft einschätzt. Wenn ihr glaubt, daß die Bourgeoisie geschlagen wurde, was man annehmen kann, da ihr nicht einmal wagt, die jetzige Macht BÜRGERLICH zu nennen, dann müßte man das Kräfteverhältnis INNERHALB der Arbeiterbewegung messen, also zwischen Revolutionären und Opportunisten. Aber auch in diesem Falle würde die Situation es nicht erlauben, von revolutionärem Prozeß zu reden, und zwar nicht bloß weil die Opportunisten die Massen beeinflussen, sondern weil sie sie Hand in Hand mit der bestehenden Militärgewalt BEHERRSCHEN UND KONTROLLIEREN. Die oben zitierten "Einschätzungen" entspringen aber "marxistischen" Hirnen, in denen sich die Besessenheit eingestellt hat, daß das Fehlen einer "revolutionären Führung" völlig zufällig ist.

Diese Verschwommenheit geht durch die ganze "trotzkistische" Untersuchung hindurch. Ihr liegt der typische Widerspruch zugrunde: (angenommene) Schwäche des feindlichen Lagers (Führungskrise der Bourgeoisie"! in Portugal und auch in Italien, lehrt Maitan), der keine starke Klassenbewegung gegenübersteht. Oder besser, man hält fest, daß eine solche Bewegung doch da ist, aber nur die revolutionäre Führung fehlt. Selbstver-

verständlich stellt die revolutionäre Führung niemals eine automatische Widerspiegelung einer Klassenbewegung dar; das Fehlen der Führung - das etwas OBJEKTIVES, historisch Determiniertes ist - ist aber Ausdruck für DIE KRAFT DES FEINDES und nicht für seine Schwäche.

Auf dieser Grundlage ergibt sich eine totale Spaltung zwischen den Zielen, die der Arbeiterbewegung gestellt werden, und der Möglichkeit, sie mit revolutionärem Erfolg zu verwirklichen. In Wirklichkeit beugt man sich vor dem Reformismus. Das zeigt sich in den Forderungen, die unter "Arbeiterbewegung" zusammengefaßt werden, die wie folgt verstanden wird: "eine revolutionäre Arbeiterregierung, gebildet von allen revolutionären und Arbeiterorganisationen, gestützt auf die Mobilisierung und die permanente Offensive der Arbeiter gegen die Ausbeutung und die kapitalistische Staatsmacht, und somit fähig, der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals harte Schläge zu versetzen" (Wahlmanifest der Liga Comunista Internacionalista, veröffentlicht in "Coup pour Coup", Nr. 1). Die Maßnahmen einer solchen Regierung sind ohne weiteres "radikal" und gehen von der Enteignung ohne Entschädigung bis zur Agrarreform und zur Bildung von Arbeiter- und Bauernräten, einige gehen bis zum Versuch, "Doppelherrschaftsorgane" zu bilden. M.a. W. man verlangt vom Opportunismus, daß er sich von der Bourgeoisie trenne und eine Brücke zur Diktatur des Proletariats bilde, die man nicht errichten kann, weil eine "Führung" fehlt. Kann man SELBSTMÖRDERISCHER in die Hände des Opportunismus fallen? Laßt uns schauen, was Lenin in "Staat und Revolution" über Kautsky und seine Einheit nicht direkt mit der Bourgeoisie aber mit den Sozialdemokraten schreibt:

"Kautsky wird nichts anderes übrig bleiben, als die von ihm geliebte 'Einheit' mit den Scheidemannern, den Plechanow und Vandervelde zu verwirklichen; die alle bereit sind, für eine 'dem Proletariat entgegenkommende Regierung' zu kämpfen". (Lenin hatte das Manifest der Liga Comunista Internacionalista (LCI)+schon gelesen!) "Wir aber werden mit diesen Verrätern am Sozialismus endgültig brechen und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst DIE REGIERUNG sei. Das sind zwei grundverschiedene Dinge".

So ist es! Die Bildung einer "Arbeiterregierung", die sich vornimmt, "der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals harte Schläge zu versetzen", ist etwas völlig anderes, als die Arbeiterregierung, die die Staatsmaschinerie zerschlägt! Und eine Voraussetzung für diese Regierung - die man keineswegs "beiseite" lassen kann - besteht im Einsatz der revolutionären Soldaten gegen das bürgerliche Heer (4).

+ Organisation der IV. Internationale in Portugal

(4) Es ist symptomatisch, daß dem Pakt zwischen Parteien und MFA - eine Organisation, die für revolutionär unbrauchbar angesehen wird, und somit zerschlagen werden soll - die "Liga Comunista Internacionalista" nichts anderes vorgeworfen hat, als daß er "mit Hilfe eines Übereinkommens zwischen bürger-

"Wir aber", schreibt Lenin weiter, "werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine Verschiebung der Machtverhältnisse" (Lenin hatte wirklich schon alles gelesen, was heute in Portugal und über Portugal geschrieben wird!), "sondern um den STURZ DER BOURGEOISIE, um die ZERSTÖRUNG des bürgerlichen Parlamentarismus," (eben!) "um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats." (Kap. IV,3).

Die Entwicklung des "revolutionären Prozesses" von der Bildung irgendeiner fortschrittlichen oder meinetwegen äußerst fortschrittlichen Regierung abhängig zu machen, heißt nur, sich dem am weitesten links stehenden Opportunismus anzupassen, der sich wiederum dem an seiner Rechten stehenden Opportunismus anpaßt usw. usf.; das heißt nur, auf der Grundlage einer unter anderem gradualistischen Auffassung auf den revolutionären Weg zu verzichten.

Wir maßen uns nicht an, alle Probleme behandelt zu haben, die mit der richtigen Auffassung des revolutionären Prozesses zusammenhängen. Wir versuchen lediglich, die Grenzen eines Weges zu zeigen, der trotz aller Fehler sich immerhin der hundertprozentig populistischen - und somit bürgerlichen - Auffassung entgegenstellt, die die Maoisten aller Schattierungen als Alternative zur KPP anbieten, auch wenn sie diese hart angreifen (um sich zu einer Wiederbelebung der ominösen Theorie des "Sozialfaschismus" verleiten zu lassen): radikale Kleinbürger, ohnmächtig gegenüber den realen Grundtendenzen der Gesellschaft.

Was uns betrifft, so sind unsere Ziele bescheidener. Keinesfalls glauben wir, daß alles "ohnehin" verloren sei. Wir glauben vielmehr, daß man auf zwei Grundziele hinarbeiten kann: die Bildung und Stärkung von einer von der staatlichen Gewerkschaftsstruktur unabhängigen Klassenbewegung - in welcher Form sie sich auch artikulieren kann - auf der Grundlage der ökonomischen und physischen Verteidigung der Arbeiter; der Aufbau einer Partei, die keine Zugeständnisse an "Zwischentapen" macht, ob diese "Etappen" nun im populistischen Sinne aller stalinistischen Strömungen verstanden werden, oder im Sinne von Stufen INNERHALB DES BÜRGERLICHEN STAATES, die das erleichtern sollen, was dieser niemals erleichtern wird: seine Zerstörung.

lichen und Arbeiterorganisationen die Widersprüche verschleiert, die auf der sozialen und politischen Bühne die unversöhnlichen Interessen von Ausbeutern und Ausgebeuteten entgegensetzen". M.A. W., wie sich aus der ganzen Antwort auf die Plattform der MFA ergibt, wirft man dieser Plattform vor allem die Aufnahme der bürgerlichen Rechten vor, und nicht, daß sie ein greifbarer Ausdruck bürgerlicher Interessen ist.

DIE PARLAMENTARISMUSDEBATTE AUF DEM II.
KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Die Geschichtsschreiber des heutigen Superopportunismus möchten ihrem kultivierten Publikum glauben machen, daß der revolutionäre Parlamentarismus den Kernpunkt des II. Kongresses der Komintern darstellte und daß für Lenin und die Bolschewiki das WAHRE Kennzeichen der wirklich kommunistischen Parteien eben in der Teilnahme an den Wahlen und an der parlamentarischen Tätigkeit bestand. Die erste Behauptung wird schon durch das imponierende Thesengerüst des II. Kongresses widerlegt, dessen Mittelpunkt in den Prinzipienfragen der Revolution, der Diktatur, des roten Terrors und der entsprechenden und notwendigerweise antiparlamentarischen Vorbereitung des Proletariats lag. Was die zweite Behauptung angeht, so wird sie in der Einleitung und in allen Paragraphen der Thesen über den Parlamentarismus (siehe Anhang) widerlegt. Letztere ordnen die Wahl -und Parlamentstätigkeit strikt dem REVOLUTIONÄREN KAMPF unter und betrachten sie als ein UNTERSTÜTZUNGSMITTEL, dessen Anwendung übrigens NICHT IMMER GÜLTIG ist - des kommunistischen Kampfes. Wenn die Bolschewiki in dem REVOLUTIONÄREN PARLAMENTARISMUS (d.h. mit antiparlamentarischen Zielen) einen der Prüfsteine für die revolutionäre Fähigkeit der entstehenden kommunistischen Parteien erblickten und dessen konsequente praktische Anwendung verlangten, ging es ihnen einerseits darum, die in der Arbeiterbewegung noch überlebenden parlamentarischen und demokratischen Illusionen zu ZERTRÜMMERN, wie JEDER Paragraph der Thesen gegen die heutigen Geschichtsschreiber beweist; andererseits waren die UMGEKEHRTEN Vorurteile anarchistischer, syndikalistischer und ouvrieristischer Natur zu vernichten. Diese Vorurteile führten zu einem Wahlboykottismus aus MORALISCHEN Überlegungen (Ablehnung der "Macht", der "Autorität", der "Führer", "Reinheits"-skrupel, absolute Verurteilung von Kompromissen usw.), zur Identifikation zwischen dem parlamentarischen Kampf und dem politischen Kampf überhaupt, und schliesslich zur Zurückweisung des politischen Kampfes zu Gunsten des rein gewerkschaftlichen Kampfes, der Partei zu Gunsten der Gewerkschaft, oder der Gewerkschaften zu Gunsten der Betriebsräte usw. Sie führten sogar dazu, Parlamente und reaktionäre Gewerkschaften, deren Boykott sie aus gleichem Grund verfochten, in einen einzigen Topf zu werfen. Es ging den Bolschewiki im allgemeinen auch um die kritische Widerlegung von Strömungen,^{+) der selben demokratischen Infektion der Parteien der II. Internationale zeugte. Die kommunistische Internationale hatte diesen Strömungen ihre Tore geöffnet in der Hoffnung, daß sie unter einer zentralisierten Führung als wirkungsvolles (weil rein proletarisches) Gegengewicht zu den "kommunistischen" Flügeln sozialdemokratischen Ursprungs (und die mit diesem Ursprung noch behaftet waren) dienen könnten. In beiden Fällen standen die Bolschewiki und wir auf DEMSELBEN Boden und die Meinungsverschiedenheit zwischen uns und ihnen drehte sich um Fragen, deren bloßes Aufwerfen die VORBEHALTSLOSE ANNAHME der ANTIDEMOKRATISCHEN Prinzipien des Kommunismus VORAUSSETZTE!}

^{+) wo die Anbetung des PRIMATES der Massen oder sogar des Individuums von}

Man vergleiche die Thesen von Lenin-Bucharin (und ihre Einleitung, die von Trotzki geschrieben wurde) mit den Thesen unserer Fraktion (siehe Anhang). Die Diagnose der antirevolutionären Funktion des Parlaments als Regierungswerkzeug der Bourgeoisie ist IDENTISCH; die Negation des Parlamentarismus SOWOHL als Form der zukünftigen Gesellschaftsordnung ALS AUCH als Form der Klassendiktatur des Proletariats ist IDENTISCH; die Möglichkeit, das Parlament zu erobern, um es in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes zu stellen, wird bei beiden GLEICH NEGIERT; die Erklärung, daß der Kommunismus die Aufgabe hat, die parlamentarischen und demokratischen Institutionen zu VERNICHTEN, (siehe vor allem die Punkte 1-6 des ersten Teiles der Thesen der Komintern) ist IDENTISCH; die Verurteilung des "Antiparlamentarismus aus Prinzip" (Punkt 16 des dritten Teils) sowie jeglicher Illusion von "parlamentarischem Weg zum Sozialismus" ist IDENTISCH; die Ablehnung von Spaltungen der kommunistischen Bewegung wegen der Frage des revolutionären Parlamentarismus oder umgekehrt des revolutionären Boykottismus - da es sich in beiden Fällen um eine zweitrangige Frage handelt, in Vergleich zu den Fragen, die die kommunistische Partei kennzeichnen und bestimmen - ist IDENTISCH (siehe Pkt. 19). Schließlich IDENTISCH ist die Verurteilung der anarchistischen "Gleichgültigkeit" gegenüber solchen typischen Erscheinungen der bürgerlichen Demokratie wie Wahlen und Parlament. Unser Boykottismus fordert den Eingriff in die Wahlkundgebungen, um die demokratische Fassade der kapitalistischen Klassenherrschaft anzugreifen; er fordert die ständige Anprangerung der parlamentarischen Illusionen und Täuschungen.

Die Thesen von Lenin-Bucharin schließen andererseits aus, daß die Beteiligung an Wahlen und am Parlament je zu einer permanenten Richtlinie erhoben werden könne; sie weisen auf die NOTWENDIGKEIT hin, unter genau umrissenen Umständen WAHL UND PARLAMENT ZU BOYKOTTIEREN (Pkt. 17), was, nebenbei gesagt, die Anmassung der sogenannten "Leninisten" von heute, in ... Lenins Namen zu reden, mindestens lächerlich macht: solche Leute, wenn sie einen Boykott von Abgeordnetenhaus und Senat ins Auge fassen, dann nur in der Perspektive - die die Thesen von 1920 AUSDRÜCKLICH ausschließen -, Demokratie und Parlamentarismus zu retten !

Wo liegt also die Divergenz zwischen der italienischen Linken und den Bolschewiki ? Unsere Thesen erklären es zunächst (wir sagen zunächst, weil hier die Grundfrage liegt) in den Punkten 7 - 8. Die Wahlbeteiligung und die parlamentarische Tätigkeit waren nützlich und sogar notwendig, und zwar hinsichtlich der Propaganda, Agitation und Kritik, als das Problem der VORBEREITUNG auf die Machteroberung sich noch nicht als EINZIGE UND DIREKTE Perspektive stellte. SIE SIND ES NOCH in den Ländern, wo die bürgerliche Revolution noch im Gange ist und das Parlament seinen ursprünglichen Charakter von HISTORISCH revolutionärer Institution im Kampf gegen den Feudalismus behält (Russland 1917, die Kolonien und die "rückständigen" Länder 1920 und teilweise noch heute).

In den Ländern von alter demokratischer Tradition hingegen, wo die bürgerliche Revolution seit langen abgeschlossen ist, müssen nicht nur alle Energien der Partei und der Klasse der Vorbereitung des revolutionären Ausgangs gewidmet werden, sondern man hat zu diesem Zweck mit den Bräuchen, Vorurteilen und Illusionen, die mit der üblichen parlamentarischen Praxis zusammenhängen, radikal aufzuräumen. HIER UND WÄHREND DIESER PHASE - die man nicht mit Monaten oder Jahren bemessen kann, da sie den ganzen historischen Zyklus erfasst, der mit dem Welt-sieg des revolutionären Proletariats abgeschlossen werden soll - zwingt sich der Boykott des Parlaments (begleitet von der Ausnützung der Wahlkämpfe zur Entlarvung der betrügerischen "Volksherrschaft") auf, damit man im Dickicht der riesigen Mystifikation von "Stimmzettel und Wahlurne" als "Waffen" der Machteroberung Klarheit schafft.

Gegenüber dieser GRUNDSÄTZLICHEN Überlegung hatten die praktischen Erwägungen einen zweitrangigen Wert. Was man aber weder damals noch später verstanden hat, ist, daß auch diese mit der Angst, "sich die Hände zu beschmutzen", "Zeit zu verlieren", "unnützig Risiken zu laufen" oder sich, auch ohne es zu wollen, zu "kompromittieren", nichts zu tun hatten. Man hat nicht verstanden, daß die Überlegungen praktischer Natur der wesentlichen Diagnose entsprachen, daß die jungen Parteien, die der dritten Internationale beitraten, vor allem in den Ländern von überreifen Kapitalismus und entsprechender parlamentarischer Verwesung die GANZE TRADITIONELLE FORM IHRER AKTIVITÄT UND IHRER ORGANISATION NICHTNUR "ZURECHTBIEGEN" (wozu sich die Thesen der Komintern in Punkt 4 mit einer Reihe von Vorsichtsmaßnahmen bemühten) SONDERN UMBIEGEN MUSSTEN, um sie auf VÖLLIG ANDERE GRUNDLAGEN, ALS DIE DER VERGANGENHEIT, ZU STÜTZEN und alle ihre Kräfte an einen nicht nur ANTILEGALITÄREN SONDERN AUCH ILLEGALEN Kampfboden zu binden, um somit der eigenen kommunistischen Bezeichnung zu entsprechen. Das war im Westen unmöglich, wo die Wahl -und Parlamentsbeteiligung den größten Teil der Energien in einem alles zermahlenden und erstickenden Mechanismus aufsaugt. Ein völlig neuer Horizont musste sowohl den kommunistischen Militanten als auch den Proletariern im allgemeinen eröffnet werden. Ein sehr klarer Horizont, der im zaristischen Russland sozusagen selbstverständlich war, wo zwei Revolutionen ineinandergriffen und jegliche wirklich oppositionelle politische Aktivität sofort und von sich aus revolutionäre Natur, Form und Charakter annahm - sogar in der Duma, so bescheiden und zweitrangig dieser "Kriegsschauplatz" auch gewesen war. AUCH im Westen würde dieser Horizont selbstverständlich und klar werden, wenn die letzten demokratischen Augenbinden von den Augen der Arbeiter weggerissen wären.

Die Bolschewiki bemühten sich mit Recht, die "Antiparlamentaristen aus Prinzip" umzuorientieren. Als große Militante einer doppelten Revolution haben sie aber nicht gesehen, daß es VOR ALLEM notwendig war, die "Parlamentaristen aus Mentalität und Gewohnheit", so ehrlich deren antidemokratische Ansätze auch sein mochten, VON OBEN BIS UNTEN UMZUERZIEHEN.

"Die Frage der Partei ist die Kardinalfrage" - sagte Bucharin, Referent der Thesen der Komintern-, "Wenn Sie eine wirkliche kommunistische Partei haben, dann brauchen Sie nicht zu fürchten, einen Ihrer Männer in das bürgerliche Parlament zu schicken, denn er wird handeln, wie ein Revolutionär handeln muss". Das Problem musste aber anders gestellt werden: wir werden niemals eine "wirklich kommunistische Partei haben", wenn wir die Achse ihrer Aktivität nicht um 180° schwenken; und die Achse können wir nicht schwenken, wenn wir die Traditionen, unter denen wir aufgewachsen sind und die uns immer noch umgeben, und die widerpenstiger wie die schrecklichste Trägheitskraft sind, nicht total wegfegen. Die Garantie dafür, daß der alte Parlamentarismus tot war, lokalisierte Bucharin in der Tatsache, daß die Aussiebung der Reformisten und Kommunisten **BEREITS GESCHEHEN WÄRE**. Für uns bestand die unerlässliche Bedingung einer solchen Aussiebung (unsere These 11) in dem **VÖLLIGEN** Bruch der Bindungen zum Parlament und seinen Mechanismus, was andererseits eine Waffe für den Kampf gegen die anarchosyndikalistischen Vorurteile (die oft als instinktive Reaktion gegen die parlamentarische Entartung des Sozialismus entstanden waren) lieferte (unsere These 9). Die Bolschewiki stützten sich auf eine **AUSSCHLIESSLICH REVOLUTIONÄRE** Tradition, und konnten daher ohne Schaden ihre Tätigkeit auf das äusserst nebensächliche Terrain der Duma ausdehnen, eines jungen Organs, das durch die historischen Bedingungen des Landes Schauplatz von effektiven Kämpfen sein konnte. Bei uns im Westen gab es eine hundertprozentige parlamentarische Tradition, die sich dazu in Institutionen entfaltete, die von jeglicher nicht nur revolutionären sondern sogar wahrhaft politischer Substanz entleert waren (wie die Einleitung von Trotzki zu den Thesen der Komintern ausdrücklich als Kennzeichen der imperialistischen und tendenziell faschistischen Ära der bürgerlichen Herrschaft erkennt).

Das waren die Kernpunkte unserer Anschauung des Problems und weder die Thesen von Lenin-Bucharin noch die Argumente ihrer Reden konnten uns davon überzeugen, daß wir im Unrecht wären, denn die von uns aufgeworfenen Fragen wurden darin nicht beantwortet. Die Geschichte hat die Bilanz gezogen. Es sind keine kommunistischen Parteien entstanden, die in der Lage wären, dem Sozialdemokratismus und der Konterrevolution zu widerstehen.

Die Kommission für die parlamentarische Frage, die von Trotzki geleitet wurde, hatte den Thesenentwurf von Lenin-Bucharin durch einige Änderungen und die Thesen mit einer bereits erwähnten Einleitung ergänzt. Darin werden der konterrevolutionäre Charakter und die konterrevolutionäre Funktion der bürgerlichen Repräsentantenhäuser in der imperialistischen Ära angezeigt und eine Kritik des parlamentarischen Opportunismus der Parteien der II Internationale und seines Überlebens in den Parteien, die der III. beitreten wollten, gemacht. Die Diskussion, die mit der Rede Bucharins eröffnet wurde (Protok. S. 404-442), wurde leider zu einem großen Teil dadurch negativ beeinflusst, daß unsere Argumente - die, wie der Referent anerkannte, von theoretischen marxistischen Voraussetzungen ausgingen - von den naiven, sentimental oder heterodoxen Argumenten der "Antiparlamentaristen aus Prinzip" durchkreuzt wurden.

Darüberhinaus führte die übermäßige Beschäftigung mit lokalen Situationen und mit nebensächlichen Aspekten des Problems schließlich dazu, daß man sich um praktische Detailfragen kümmerte, anstatt an den Kern der Sache zu gehen. Die Bolschewiki selbst, die mit Recht befürchteten, daß aus richtigen Voraussetzungen falsche Folgerungen gezogen würden, und daß die ernstesten und schwierigsten Fragen der kommunistischen Taktik von einem ethischen, sentimentalischen oder sogar ästhetischen Gesichtspunkt angegangen würden, was einen Sturz in den Idealismus oder in den Nullismus dargestellt hätte, die Bolschewiki selbst haben schließlich die Punkte, um die sich die Diskussion hätte drehen müssen, aus den Augen verloren: 1) Ausmerzungen jener Überbleibsel von parlamentarischen Auffassungen in den Mitgliedsparteien und in den Parteien, die der Internationale beitreten wollten; davon wurden ja in der Rede von Bucharin eklatante Beispiele gebracht; 2) die kritische Untersuchung ihrer Ursachen, als Voraussetzung für die Anwendung einer wirkungsvollen Therapie für eine zugegebenermaßen chronische oder halbchronische Krankheit.

Bucharin glaubte, zwischen unserem Boykottismus und jenem der "Linksradikalen" eine Brücke auf taktischer Ebene feststellen zu können. Er warf uns vor, die "Physische Berührung" mit den Bürgerlichen während der Wahlen und im Parlament zu befürchten, und meinte, das wäre vom Gefühlsstandpunkt begreiflich, aber politisch falsch, und forderte uns heraus, die Unmöglichkeit der Ausnützung der Parlamentstribüne für antiparlamentarische Propaganda und Agitation logisch zu beweisen. In Wirklichkeit ging es aber bei unseren Thesen nicht um eine "Berührung", sondern um den Interklassismus, der jeder demokratischen Auffassung und der entsprechenden Wahl- und Parlamentspraxis zugrundeliegt. Und was den zweiten Punkt angeht, so war sie nicht "logischer" sondern historischer und dialektischer Natur. Die polemische Replik von Bucharin verfehlte somit ihr Ziel und kreiste um die Kernfrage, ohne sie zu berühren. In der Polemik wirksam, war der andere Vergleich zwischen Parlament und Armee dennoch theoretisch unzutreffend und in der praktischen Konsequenz gefährlich. Wir waren in der ersten Reihe der Verfechter der Unterwanderung der Armee, um sie zu zersetzen. Wenn wir als Boykottisten die Teilnahme am Parlament auch zu Zerstörungszwecken hingehen ablehnten, so hing das damit zusammen, daß diese Institution nicht wie die Armee ein bloßes Unterdrückungsorgan der Bourgeoisie ist, sondern auch das auserkorene Terrain einer Täuschung der Arbeiterklasse; und mit der Hilfe des Opportunismus hat sich die Arbeiterklasse als für diese Täuschung besonders anfällig erwiesen. Das einzige Beispiel von "revolutionärem Parlamentarismus", den Bucharin in Unterstützung seiner These liefern konnte, war die Tätigkeit der Bolschewiki in der zaristischen Duma. Die Frage war aber, ob diese Erfahrung ohne weiteres auf den Westen, wo die Arbeiterbewegung seit langen Jahrzehnten vom Demokratismus zersetzt wurde, übertragen werden konnte.

Seine Forderung, daß sich die Parteien von der sozialdemokratischen Schlacke befreien, um "wirklich kommunistisch" zu werden, und somit in der Lage zu sein, die Wahlpraxis ohne Schaden zu bestehen, ging an der großen Frage vorbei: wie sollte man verfahren, damit diese Parteien, die den Ballast der schwer auszutilgenden parlamentarischen "Überbleibsel" bis nach Moskau hinter sich schleppten, und so der Internationale trotz der verhärteten Fassung der Aufnahmebedingungen (und besonders wenn diese falsch gehandhabt wurden) beitraten, wie sollte man verfahren, damit diese Parteien endlich den "WIRKLICH KOMMUNISTISCHEN" organisatorischen Voraussetzungen entsprächen ?

Eben auf diese grundlegenden Fragen kam der Delegierte der Wahlboykottistischen Fraktion der S.P.I. zurück. Er unterstrich die Tatsache, daß unser Antiparlamentarismus sich von der marxistischen Kritik der bürgerlichen Demokratie ableitet, was bei dem Antiparlamentarismus der Anarchisten und Syndikalistischen nicht der Fall ist. Er wies auf die Unmöglichkeit hin, die historischen Bedingungen der Revolution in Russland und im Westen auf die gleiche Ebene zu stellen. In Russland hatte sich die Aktion der Bolschewiki, deren parlamentarischer Aspekt zu dem nur nebensächlich gewesen war, unter ähnlichen Bedingungen wie die von 1848-49 in Deutschland (als Marx und Engels die Perspektive der doppelten Revolution zeichneten) entfaltet. Im Westen, unter einem hochentwickelten Kapitalismus, war es dringend notwendig, die Arbeiterklasse auf das einzige Ziel der revolutionären Machteroberung und der Vernichtung des bürgerlichen Staates (Vorbedingung für den Beginn der Abschaffung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse) zu richten. Dazu war es aber notwendig, alle gradualistischen und parlamentarischen Illusionen zu zerstören; dadurch würde man andererseits der instinktiven aber anarchosyndikalistischen Reaktion des Antiparlamentarismus "aus Prinzip", aus "Abscheu vor den Führern" oder aus Verachtung der "legalen Aktion" entgegenwirken können. Er zeigte weiter, daß man unsere antiparlamentarische Taktik nicht mit der von anderer Seite vertretenen Taktik des Verlassens der Gewerkschaften vergleichen konnte. Die Dringlichkeit, Parteien und Militante hinsichtlich einer unmissverständlichen Stellung zu den Wahlen und zum Parlament auszusprechen, wurde betont. Es wurde darauf hingewiesen, daß es in den entwickelten kapitalistischen Ländern in der Natur der Sache liegt, daß Wahlen und Parlamentstätigkeit ein Höchstmaß der Energien der Parteien aufsaugen und diese Parteien in Riesenmaschinen zur Produktion von Stimmen und Mandaten verwandeln, sowie auf die Notwendigkeit, in diesen Ländern eine viel direktere Taktik anzuwenden, als dies in der russischen Revolution erforderlich gewesen war. Schließlich wird wiederholt, daß diese Frage nicht zu einer Spaltung in der kommunistischen Weltbewegung führen konnte und durfte. Die italienischen Wahlboykottisten versicherten, daß sie den Beschluß des Kongresses - welches dieser Beschluß auch immer sei - mit aller Treue ausführen würden, und wünschten, daß die Bilanz des "kommunistischen Parlamentarismus" weniger traurig als das von Bucharin in der Einleitung dargestellte Bild ausfallen würde.

Die darauffolgenden Reden verdienen nur einen kurzen Hinweis. Entweder beschränkten sie sich darauf, über lokale Erfahrungen kommunistischer parlamentarischer Aktion zu berichten, sei es mit POSITIVEN Ergebnissen (wie z.B. in Bulgarien oder in England in der Meinung der "Wahlteilnehmer"), sei es mit NEGATIVEN Ergebnissen (wie in der Schweiz lt. Herzog oder wieder in England, diesmal in der Meinung des "prinzipiellen Wahlboykottisten" Gallacher). Zuweilen wurden Fragen taktischer Natur angeschnitten, die man aber mit einer ganz anderen Taktik als der jeweils vertretenen lösen müsste. (Siehe Rede von Murphy). Manchmal gingen die Redner auch von antimarxistischen Voraussetzungen aus, wie z.B. der deutsche Syndikalist Souchy, der den Parlamentarismus als logisches Erzeugnis des.. marxistischen Doktrinarismus und Sektierertums überhaupt betrachtete! In der gleichen Weise begann Gallacher, Vertreter der Schottischen Shop Stewards, seine Rede mit der Erklärung: "Es tut mir leid, feststellen zu müssen, daß auch die kommunistische Internationale auf dem Wege ist, opportunistisch zu werden". Danach beklagte er die "unvermeidliche Korruption" der Abgeordneten, um schließlich alles auf die simpl Formel zu bringen, "Die kommunistische Internationale befindet sich jetzt vor der Alternative, entweder den Weg der Unterwerfung oder den des Kampfes zu gehen" (sic!). Nur der schweizer Delegierte Herzog schnitt die wesentlichen Fragen an, leider ohne sie zu vertiefen. Er wies aber darauf hin, wie es für die Komintern gefährlich war, daß ihr ganze Flügel der alten sozialistischen Parteien zuflossen, die sich hastig zum Kommunismus bekehrten, aber an ihre ultralegalitäre und ultraparlamentarische Tradition gebunden waren (Sozialistische Partei Frankreichs, USPD).

Man kann verstehen, daß das so entstandene Wirrwarr zu einer entschiedenen Reaktion von Lenin und Bucharin führte. Es bleibt dennoch und leider Tatsache, daß ihre wie üblich unerbittliche und unvoreingenommene Replik nicht an den echten Kern der Frage heranging, und daß sie sich in der Polemik zu riskanten Äusserungen hinreissen liessen. Bei Lenin und Bucharin, materiellen Verkörperungen der kommunistischen Prinzipien, war das selbstverständlich kein Problem. Das Problem lag in den möglichen opportunistischen "Folgerungen" seitens der Neubekehrten. Zum Beispiel, um die Kommunisten zu überzeugen, daß es ihre Pflicht ist, das Parlament auszunützen, wenn auch als zweitrangige Waffe unter vielen anderen, um die Auslösung der politischen Situationen, die sich notwendigerweise im Parlament widerspiegeln, zu begünstigen, übernahm Lenin den polemischen Wink von Bucharin, daß die Sowjets noch nirgends existieren außer in Russland und daß man sie nicht künstlich errichten kann, während man die Parlamente in Reichweite vor sich hat, als Produkt der historischen Entwicklung, das man nicht aus der Welt schaffen kann, bevor man nicht stark genug ist, die bürgerlichen Parlamente auseinanderzujagen. Nun wird eine solche Formulierung in ihrem Geist völlig entstellt und von den Leuten, die die kommunistische Teilnahme an bürgerlichen Regierungen verfechten, bis zum äussersten ausgebeutet.

Auf diese Gefahr wies der wahlboykottistische Delegierte in seiner Schlußreplik hin. Schließlich wäre die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen ohne Zweifel auch ein Mittel, um auf die Entwicklung der Ereignisse Einfluß zu bekommen, ABER IN EINER RICHTUNG, DIE DER DES KOMMUNISMUS ENTGEGENGESETZT IST.

Das Argument, daß auch die Gewerkschaften opportunistisch sind und als solche eine Gefahr darstellen und also nach der boykottistischen Logik verlassen werden müssten, läßt die Tatsache beiseite, daß die Gewerkschaften, ob reaktionär oder nicht, ausschließlich proletarische Organisationen bleiben: sie sind der Form nach keine interklassistischen und dem Wesen nach keine bürgerlichen Klasseninstitutionen.

Sich auf die "revolutionäre" Weltlage als sichere Garantie gegen die Korruption der Kommunisten im Parlament (Bucharin) berufen, würde bedeuten, sich auf die heilende Kraft von Situationen zu verlassen, die andererseits noch nicht vermocht hatten, die restlose Korruption ganzer Arbeiterparteien zu verhindern. "Nieder mit dem Parlamentarismus!" rief Bucharin am Ende der Diskussion, auch um die Befürchtungen der revolutionären Syndikalisten, Shop Stewards und IWW zu zerstreuen. Wir wussten sehr gut, daß diese Äusserung aus seinem Herzen kam und seiner politischen und wissenschaftlichen Überzeugung entsprach. Aber der ehrlichste und bewegteste Ausruf reichte nicht aus, um Leute auf die richtige Bahn zu lenken, die - und dessen waren wir sicher - sich nur kommunistisch nannten (und vielleicht es auch sein wollten), aber noch einen langen Weg durchlaufen und viele tiefliegende Auffassungen in sich selbst vernichten mussten, um es wirklich zu werden. Genauso wussten wir - im Gegensatz zu einer pathologischen Linken, für die die Internationale "schon immer" opportunistisch war -, daß die gewagten polemischen Schläge bei der Bolschewiki keineswegs eine Abweichung von den Prinzipien oder die Duldung von opportunistischen Thesen oder Interpretationen bedeutete. Tatsache ist aber, daß Worte, wie Bücher auch ihr Schicksal haben. Auch sie sind etwas materielles und ihre Folgen können sich somit der Kontrolle ihres Urhebers entziehen und in den Dienst einer völligen oder teilweise Entstellung seiner Gedanken gestellt werden, vor allem von Leuten oder Gruppen, die nicht einmal in dem besten Fall solide genug sind, um sich den Luxus der Polemik zu leisten, ohne daß sie gleichzeitig die Theorie verletzen, die Prinzipien abschwören und gegen beide HANDELN!

Daher die Wiederholung unseres Widerspruchs in der Entgegnung, (siehe Anhang), begleitet von der Aufforderung, daß nur die antiparlamentarisch gesinnten Genossen für sie stimmen, "die sie als Ganzes und in ihrem Geist annehmen ...", da sie die marxistischen Behauptungen, welche den Inhalt der Thesen darstellen, teilen": die Thesen haben "mit den anarchistischen und syndikalistischen Argumenten gegen den Parlamentarismus" nichts zu tun. Die Thesen von Lenin-Bucharin erhielten 80 Stimmen; von den 11 Gegenstimmen waren nur drei für unsere Thesen.

Die Frage wurde nicht mehr erörtert. Fügen wir noch hinzu, daß die einzige Partei, die 1921 den "bolschewistischen Parlamentarismus" anwandte, die von der Linken geführten KPI war, und nicht aus Zufall: die Spaltung von Livorno war dramatisch genug, um alle "Parlamentaristen aus Prinzip" in die Flucht zu jagen.

Die vom II. Kongress beschlossene Taktik des revolutionären Parlamentarismus hat sich als geschichtlich ungeeignet erwiesen. Obwohl Sinowiew als Referent des EKKI auf den darauffolgenden Kongressen darauf hinweisen musste, daß man auf diesem Gebiet keine positiven Ergebnisse erzielt hatte, ist die Internationale in den ihr noch verbleibenden Lebensjahren als revolutionäre Weltorganisation nicht in der Lage gewesen, eine umfassende Bilanz zu ziehen. Geschwächt durch eine Reihe von Niederlagen und durch die sich unter anderem daraus ergebende Behauptung der Stalin-Tendenz im isolierten Russland, konnte sie auch nicht verhindern, daß die Parteien des Westens von halbherzigen Versuchen des bolschewistischen Parlamentarismus zurückfielen, und daß sich um die legalitäre Praxis jene Kräfte assimilierten und organisierten, die ab 1926 ihre konterrevolutionäre Vernichtung unternehmen würden. Die als diesem konterrevolutionären Vernichtungsprozess entstandenen Parteien, die sich in den verschiedenen Ländern nach wie vor kommunistisch nennen, deren parlamentarischer Kretinismus jedoch sogar ein Bernstein oder Turati skandalisiert hätte, gehen nicht ins Parlament, um es zu entlarven und seine Zerstörung durch revolutionäre Aktion zu erleichtern; sie denken auch nicht daran, es auszunützen, "während man auf die Revolution wartet". Nein. Sie betreten das Parlament und verteidigen es nach allen Seiten, weil sie im Parlamentarismus ein Mittel sehen, um den Ausbruch der kapitalistischen Widersprüche zu vermeiden und den Klassenkampf auf einen demokratischen Wahlkampf zu reduzieren.

+) in den reinen Parlamentarismus

Auch der Parlamentarismus der Tendenzen, die sich offiziell auf Trotzki berufen, ist von dem bolschewistischen Parlamentarismus des II. Kongresses weit entfernt. Die schriftliche Verwerfung der "parlamentarischen Machteroberung" und die Erklärung der Notwendigkeit der Gewaltanwendung durch die Massen verlieren jeden Inhalt, wenn man den Wahlsieg der reformistischen Parteien als Sprungbrett oder sogar als notwendige Etappe für die revolutionäre Aktion ansieht, wenn man, weit davon entfernt, die Wahlen für revolutionäre Propaganda auszunützen, daran teilnimmt, um dem Proletariat durch die Wahl von Mitterand, Berlinguer oder Wilson ... zum "Sieg" zu "verhelfen"!

Was uns gegen all diese Wahlkämpfer (genauso wie gegen die "boykottistischen" Maoisten, die hie und da aus ultrademokratischen Populismus "Wahlboykottismus" betreiben) stellt, sind keine taktischen Meinungsverschiedenheiten, sondern ein Prinzipiengegensatz - hinsichtlich der grundlegenden Fragen der Revolution, der Partei, des Staates und der Diktatur

stimmen ihre Auffassungen keineswegs mit den marxistischen Positionen überein, die der II. Kongress so glänzend wiederholte.

Heute gibt es niemanden, der behaupten könnte, den revolutionären Parlamentarismus des II. Kongresses zu vertreten. Wir allein hätten das Recht dazu, weil wir allein die revolutionären Prinzipien vertreten die dieser Taktik zugrundelagen. Wenn wir aber 1920 jeden Grund hatten, uns dem Beschluß des II. Kongresses zu unterwerfen (eben weil es eine Prinzipienübereinstimmung gab, und weil wir den kommunistischen Zentralismus und Disziplin über den Wahlboykottismus stellen), so ist es heute nicht mehr der Fall. Wir haben die Bilanz eines halben Jahrhunderts Konterrevolution gezogen, eines halben Jahrhunderts einer unerhörten Vergiftung der Arbeiterbewegung mit Demokratismus, Wahlanbetung und parlamentarischem Kretinismus. Wir haben heute daher jeden Grund, UNSEREN Boykottismus als Bestandteil der Taktik der revolutionären Partei zu vertreten, als ein Kriterium zur Selektion und Vorbereitung der revolutionären Partei, als ein Mittel der langatmigen revolutionären Vorbereitung des Proletariats.

(Aus "Programme Communiste", Nr. 66, April 75)

LEITSÄTZE ÜBER DEN PARLAMENTARISMUS DER KOMMUNISTISCHEN
WAHLBOYKOTTISTISCHEN FRAKTION DER SOZIALISTISCHEN PARTEI
ITALIENS

1. Der Parlamentarismus ist die Form der politischen Vertretung, die der kapitalistischen Ordnung eigen ist. Die prinzipielle Kritik der kommunistischen Marxisten an dem Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie führt im allgemeinen zu der Feststellung, dass das allen Bürgern aller sozialen Klassen gewährte Stimmrecht bei den Wahlen in die Vertretungskörper des Staates es nicht verhindern kann, dass jeder Regierungsapparat des Staates zum Komitee des Schutzes der Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse wird und dass der Staat sich als das historische Organ des Kampfes der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution organisiert.
2. Die Kommunisten bestreiten die Möglichkeit, dass die Arbeiterklasse je die Macht erobert durch die Mehrheit der Parlamentsmandate. Allein der bewaffnete revolutionäre Kampf wird sie zu ihrem Ziele führen. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die den Ausgangspunkt des ökonomischen kommunistischen Aufbaus bildet, führt zur gewaltsamen und sofortigen Beseitigung der demokratischen Organe und zu ihrem Ersatz durch Organe der proletarischen Macht --- durch Arbeiterräte. Die Ausbeuterklasse wird auf diese Weise jedes politischen Rechts beraubt und die Diktatur des Proletariats, d.h. ein Regierungssystem mit Klassenvertretung errichtet. Die Beseitigung des Parlamentarismus wird zur historischen Aufgabe der kommunistischen Bewegung. Mehr noch: die repräsentative Demokratie ist gerade die erste Form der bürgerlichen Gesellschaft, die gestützt werden muss, und zwar noch früher als das kapitalistische Eigentum, noch früher als die bürokratische Staatsmaschinerie.
3. Das gleiche muss mit den Kommunaleinrichtungen geschehen, die man den Staatsorganen nicht theoretisch gegenüberstellen sollte. In Wirklichkeit ist ihr Apparat identisch mit dem Staatsmechanismus der Bourgeoisie. Sie müssen vom revolutionären Proletariat ebenfalls vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden.
4. Während der Exekutiv- Militär- und Polizeiapparat des bürgerlichen Staates die direkte Aktion gegen die proletarische Revolution organisiert, bildet die repräsentative Demokratie ein indirektes Verteidigungsmittel und verbreitet unter den Massen die Illusion, dass ihre Befreiung durch einen friedlichen Prozess verwirklicht werden kann und dass der proletarische Staat sich auf parlamentarischer Grundlage mit einem Vertretungsrecht für die bürgerliche Minderheit organisieren kann. Das Ergebnis dieses demokratischen Einflusses auf die sozialistischen Massen war die theoretische und praktische Korruption der sozialistischen Bewegung der II. Internationale.

5. Im gegenwärtigen Augenblick ist es die Aufgabe der Kommunisten, in ihrem Bestreben, die Revolution geistig und materiell vorwärtszutreiben, das Proletariat vor allem von den Illusionen und Vorurteilen zu befreien, die durch den Verrat der alten sozialdemokratischen Führer in den Massen verbreitet werden. In den Ländern, in denen seit langer Zeit eine demokratische Ordnung herrscht, die in den Gewohnheiten und dem Gedankenkreis der Massen, wie auch der alten sozialistischen Parteien eingewurzelt ist, ist diese Aufgabe von besonderer Wichtigkeit und tritt unter den Problemen der Vorbereitung zur Revolution an die erste Stelle.

6. Die Teilnahme an den Wahlen und an der parlamentarischen Tätigkeit während einer Zeit, in der man vom Gedanken der Eroberung der Macht durch das Proletariat noch weit entfernt war und als noch nicht die Rede von direkten Vorbereitungen für die Revolution und von der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats war, kann große Möglichkeiten für Propaganda, Agitation und Kritik bieten. Andererseits kann in solchen Ländern, wo noch erst eine bürgerliche Revolution im Gang ist .+) in die Vertretungskörper, die sich noch im Stadium der Bildung befinden, einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse haben, um einen glücklichen Ausgang der Revolution und den endgültigen Sieg des Proletariats herbeizuführen. +) und neue Institutionen schafft, der Eintritt der Kommunisten

7. In der gegenwärtigen Epoche, die mit dem Ende des Weltkrieges und seinen Folgen für die soziale Organisation der Bourgeoisie, mit der russischen Revolution als erster Verwirklichung der Idee der Eroberung der Macht durch das Proletariat und der Bildung der neuen Internationale im Gegensatz zur Sozialdemokratie der Verräter begonnen hat, - und in den Ländern, in denen die demokratische Ordnung seit langer Zeit durchgeführt ist, gibt es keine Möglichkeit, die Parlamentstribüne für die revolutionäre Sache des Kommunismus auszunutzen. Die Klarheit der Propaganda nicht weniger als die Vorbereitung des endgültigen Kampfes für die Diktatur des Proletariats erfordern, daß die Kommunisten eine Agitation für den Boykott der Wahlen von seiten der Arbeiter führen.

8. Unter diesen historischen Bedingungen, unter denen die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat zum Hauptproblem der Bewegung geworden ist, muß jede politische Tätigkeit der Partei diesem Ziel gewidmet sein. Es ist notwendig, mit der bürgerlichen Lüge ein für allemal zu brechen, mit der Lüge, die glauben machen will, daß jedes Zusammenreffen der feindlichen Parteien, jeder Kampf um die Eroberung der Macht, sich im Rahmen des demokratischen Mechanismus in Wahlkämpfen und parlamentarischen Debatten abspielen muß. Es wird nicht gelingen, diese Ziele zu erreichen, ohne daß man sich von der traditionellen Methode, die Arbeiter zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern, wo sie Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeiten, völlig lossagt, ohne dem Schauspiel ein Ende zu machen, daß die Delegierten des Proletariats auf dem gleichen parlamentarischen Boden wie seine Ausbeuter stehen.

9. Die ultraparlamentarische Praxis der alten sozialistischen Parteien hat die gefährliche Auffassung verbreitet, daß jede

politische Aktion nur in Wahlkämpfen und parlamentarischer Tätigkeit besteht. Andererseits hat die Abneigung des Proletariats gegen diese Verräterei den syndikalistischen und anarchistischen Fehlern, die der politischen Aktion und der Tätigkeit der Partei jeden Wert absprechen, einen fruchtbaren Boden geschaffen. Daher werden die kommunistischen Parteien mit der Propagierung der revolutionären marxistischen Methode niemals einen großen Erfolg erzielen, wenn sie ihre Arbeit nicht unmittelbar auf die Diktatur des Proletariats und auf die Arbeiterräte stützen und auf jede Berührung mit der bürgerlichen Demokratie verzichten.

10. Die überaus große Bedeutung, die man in der Praxis den Wahlkämpfen und ihren Ergebnissen beimißt, die Tatsache, daß die Partei ihnen für einen ziemlich langen Zeitraum alle ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen an Menschen, Presse und ökonomischen Mitteln widmet, bringt es einerseits mit sich, daß trotz aller Versammlungsreden und aller theoretischen Erklärungen die Überzeugung gestärkt wird, daß dies die wirkliche Hauptaktion zur Erreichung der kommunistischen Ziele ist; andererseits führt sie zum beinahe völligen Verzicht auf jede Arbeit der revolutionären Organisation und Vorbereitung, indem sie der Parteiorganisation einen technischen Charakter gibt, der im völligen Gegensatz zu den Anforderungen der legalen und illegalen revolutionären Arbeit steht.

11. Was die Parteien anbetrifft, die sich durch einen Mehrheitsbeschluß der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, so verhindert die weitere Teilnahme an den Wahlkämpfen die erforderliche Aussiebung der sozialdemokratischen Elemente, ohne deren Beseitigung die Kommunistische Internationale ihre historische Rolle nicht durchführen können, und ohne deren Beseitigung sie nicht die disziplinierte und einheitliche Armee der Weltrevolution sein kann.

12. Der eigentliche Charakter der Debatten, die sich im Parlament und in anderen demokratischen Organen abspielen, schließt jede Möglichkeit aus, von der Kritik an der Politik der Gegenparteien zu einer Propaganda gegen das Prinzip des Parlamentarismus überzugehen, zu einer Aktion, die die Grenzen der parlamentarischen Verfassung überschreitet, ebenso wie es unmöglich ist, ein Mandat zu erhalten, welches das Recht zu sprechen gibt, wenn man sich weigert, sich allen Formalitäten des Wahlverfahrens zu unterwerfen. Der Erfolg des parlamentarischen Gefechts kann bloß durch die Geschicklichkeit in der Benutzung dieser gemeinsamen Waffe der Prinzipien, auf die sich die Institution selbst gründet, und durch Ausnützung der Feinheiten des Reglements errungen werden, ebenso wie der Erfolg des Wahlkampfes immer mehr nach der Anzahl der Stimmen und der erhaltenen Mandate beurteilt wird. Jedes Bestreben der kommunistischen Parteien, der Praxis des Parlamentarismus einen ganz anderen Charakter zu verleihen, wird bloß zu einem Bankrott der Energie führen, die man dieser Sisyphusarbeit widmen muß. Die Sache der kommunistischen Revolution fordert unverzüglich zur direkten Aktion gegen das kapitalistische System der Ausbeuter auf.

LEITSÄTZE ÜBER DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN UND DEN PARLAMENTARISMUS, angenommen auf dem II. Kongress der Komintern

1. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus war anfänglich, in der Zeit der I. Internationale, die der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente zum Zwecke der Agitation. Die Teilnahme am Parlament wurde vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewusstseins, d.h. des Erwachens der Klassenfeindschaft des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Dieses Verhältnis wandelte sich, nicht unter dem Einfluss der Theorie, sondern unter dem Einfluss der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des kapitalistischen Ausbeutungsgebietes gewann der Kapitalismus und gewannen mit ihm die parlamentarischen Staaten dauernd an Festigkeit.

Hieraus entstanden: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die "organische" gesetzgeberische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die immer grössere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Mindestprogramms der Sozialdemokratie, die Wandlung des Maximalprogramms in eine Debattierformel für ein überaus entferntes "Endziel". Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrates an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue Doktrin, sondern durch die Veränderung der Rolle des Parlaments selbst bestimmt. In der vorhergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewisser Masse historisch fortschrittliche Arbeit geleitet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des zügellosen Imperialismus aber hat sich das Parlament in ein Werkzeug der Lüge, des Betruges, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes verwandelt. Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Räubereien und Zerstörungen verlieren parlamentarische Reformen, des Systems, der Stetigkeit und der Planmässigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Übergang von den organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiete des Parlamentarismus. So hat die russische Arbeiterpartei (die Bolschewiki) das Wesen des revolutionären Parlamentarismus schon in der vorhergegangenen Periode ausgearbeitet, weil Russland seit 1905 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und in die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Soweit einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, dass der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei, und es ablehnen,

sich von den parlamentaristischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie, dem Wesen der Sache nach, von der bewussten Schätzung der bevorstehenden Epoche als einer Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft aus und nehmen an, dass auf dieser Grundlage, im Kampf um Reformen, eine Koalition mit den Turati und Longuet praktische Resultate ergeben könne. Der theoretisch klare Kommunismus wird dagegen den Charakter der gegenwärtigen Epoche richtig einschätzen (Höhepunkt des Kapitalismus; imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges, etc.) In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Beziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Das Wesen bleibt aber überall ein und dasselbe. Es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats zur Zerstörung der bürgerlichen und für die Aufrichtung der neuen proletarischen Macht.

Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergegangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und endgültig über die Grenzen des Parlaments hinaus verlegt. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehung zu den werktätigen Massen, sondern auch kraft ihrer verwickelten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Massnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament durchzuführen, wo die verschiedenen Cliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich blösstellen usw.

Deshalb ist es die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreissen, sie zu zerbrechen, zu vernichten, und an ihre Stelle neue proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig aber ist der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse stark daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese Aufgabe der Zerstörung zu erleichtern. Hieraus ergibt sich ganz klar der Grundunterschied zwischen der Taktik des Kommunisten, der mit revolutionären Zielen in das Parlament eintritt, und der Taktik des sozialistischen Parlamentariers. Der letztere geht von der Voraussetzung der relativen Festigkeit, der unbestimmten Dauer der bestehenden Herrschaft aus. Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln Reformen zu erreichen, und ist daran interessiert, dass jede Errungenschaft von der Masse in gebührender Weise als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus geschätzt wird. (Turati, Longuet und Co.)

An die Stelle des alten Anpassungsparlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt. Die widerwärtigen Überlieferungen der alten parlamentaristischen Taktik jedoch stossen einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (I.W.W.), der revolutionären Syndikalisten (K.A.P.D.). Der zweite Kongress erhebt daher folgende Thesen zum Beschluss.

2. Der Kommunismus, der Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

I.

1. Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine „demokratische“ Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Fiktion einer Volksvertretung bedarf, die äusserlich als eine Organisation eines ausserhalb der Klassen stehenden „Volkswillens“ erscheint, im wesentlichen aber eine Maschine zur Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals ist.

2. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der Staatsordnung; daher kann er durchaus nicht die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgend eine Staatsmacht kennt.

3. Der Parlamentarismus kann auch keine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Übergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, im Bürgerkrieg, muss das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als KAMPFESORGANISATION aufbauen, in welche die Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des „Volkswillens“ direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik.

4. Die bürgerlichen Parlamente, einer der wichtigsten Apparate der bürgerlichen Staatsmaschine, können als solche nicht auf die Dauer erobert werden, wie das Proletariat überhaupt nicht den bürgerlichen Staat erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören, und zugleich mit ihr die Parlamentsinstitutionen, mögen es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sein.

5. Nicht anders ist es mit den Kommunaleinrichtungen der Bourgeoisie, die den Staatsorganen gegenüber zu stellen theoretisch unrichtig ist. In Wirklichkeit sind sie ähnliche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die von dem revolutionären Proletariat vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden müssen.

6. Folglich verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Zukunftsgesellschaft. Er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Proletariats. Er verneint die Möglichkeit, die Parlamente dauernd zu erobern; er setzt sich die Zerstörung des Parlamentarismus zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnutzung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zweck ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann die Frage gestellt werden.

II.

7. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige Ausstand, der sich über das ganze Land verbreitet, wird dem bürgerlichen Staat bedrohlich und nimmt dadurch einen politischen Charakter an. Jeder Versuch, die Bourgeoisie zu stürzen und ihren Staat zu zerstören, heisst einen politischen Kampf führen. Einen proletarischen Klassenapparat zur Verwaltung und zur Unterdrückung dersich widersetzenden Bourgeoisie schaffen, welcher Art dieser Apparat auch sein wird, heisst die politische Macht erobern.

8. Folglich ist die Frage des politischen Kampfes durchaus nicht identisch mit der Frage des Verhaltens zum Parlamentarismus. Jene ist eine allgemeine Frage des proletarischen Klassenkampfes, der charakterisiert wird durch die Steigerung von kleinen und Teilkämpfen zum allgemeinen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung überhaupt.

9. Die wichtigste Kampfmethod des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d.h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Massenaktion. Die Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räten) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer einheitlichen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg; in diesem Krieg muss das Proletariat sein tapferes politisches Offizierkorps, seinen starken politischen Generalstab haben, die alle Operationen auf allen Gebieten des Kampfes leiten.

10. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muss die führende Partei des Proletariats in der Regel alle legalen Stellungen festigen, indem sie sie zu Hilfsstützpunkten ihrer revolutionären Tätigkeit macht und diese Stellungen dem Plan des Hauptfeldzuges, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnet.

11. Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am parlamentarischen Kampf kann durchaus nicht die Begründung angeführt werden, dass das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution sei. Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen (z.B. die Tätigkeit Liebknechts in Deutschland, der Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der "demokratischen Beratung", in dem "Vorparlament" Kerenskis, in der "Konstituierenden Versammlung" und in den Stadtdumas, schliesslich die Tätigkeit der bulgarischen Kommunisten).

12. Diese Tätigkeit in dem Parlament, die hauptsächlich in revolutionärer Agitation von der Parlamentstribüne, in der Entlarvung der Gegner, im geistigen Zusammenschluss der Massen, die noch immer, namentlich in den rückständigen Gebieten befangen von demokratischen Illusionen, nach der Parlamentstribüne schauen, usw besteht, soll ganz und gar den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes ausserhalb des Parlaments untergeordnet sein.

Die Teilnahme am Wahlkampf und die revolutionäre Propaganda von der Parlamentstribüne herab ist von besonderer Wichtigkeit für die politische Erfassung derjenigen Schichten der Arbeiterschaft, die bisher, etwa wie die ländlichen werktätigen Massen, dem politischen Leben fernstanden.

13. Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so sollen a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Massnahmen, Durchführung oder Versuche zur Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz etc.) ; c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich grossen Veränderungen entgegengesetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingung die Gemeindeverwaltungen etc. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. -- Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muss also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.

14. Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Losungen derproletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden, und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, dabei alle Massenaktionen (Ausstände, Demonstrationen, Gärungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade stattfinden, auszunutzen und mit ihnen in enge Fühlung zu kommen. Das Heranziehen aller proletarischen Massenorganisationen zur aktiven Tätigkeit ist notwendig.

15. Bei Wahrnehmung aller dieser wie auch der in einer besonderen Instruktion angeführten Vorbedingungen ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil jenes gemeinen Politikasterns, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder anwenden, die ins Parlament gehen, um diese "demokratische" Institution zu unterstützen oder sie bestenfalls zu "erobern". Die Kommunistische Partei kann ausschliesslich nur für die revolutionäre Ausnutzung des Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts und der Bolschewiki sein.

III.

16. Der prinzipielle "Antiparlamentarismus" in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der revolutionären parlamentarischen Tätigkeit ist also eine naive kindische Doktrin unter jeder Kritik, eine Doktrin, die bisweilen einen gesunden Ekel vor den politik-asternden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Ausserdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verbunden, die in der Kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stosstrupp der Arbeiter, sondern ein denzentralisiertes System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen UNTER ALLEN UMSTÄNDEN. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm jede Kraft zu nehmen und es dem am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. Ein Gleiches taten sie in der konstituierenden Versammlung am Tage der Auflösung, indem sie den III. Kongress der Sowjets zum Mittelpunkt der politischen Geschehnisse erhoben. Je nach den Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewaltsame Beseitigung, wie des ganzen bürgerlichen Staatsapparats, so auch der bürgerlichen Parlamentsclique, oder aber Teilnahme an den Wahlen; während das Parlament selbst boykottiert wird, usw. notwendig sein.

18. Auf diese Weise soll die kommunistische Partei, die die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen sowohl in die zentralen Parlamente als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennt, von der Wertung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehend, die Frage konkret lösen. Boykott der Wahlen oder der Parlamente, sowie Austritt aus den letzteren ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen unmittelbaren Überganges zum bewaffneten Kampf und zur Machtergreifung schon vorhanden sind.

19. Dabei soll man beständig die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im ausserhalb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, dass die Frage der proletarischen Diktatur und des MASSENKAMPFES dafür mit der besonderen Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

20. Daher betont die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, dass sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongress ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, die ihren Einfluss auf alle Massenorganisationen der Arbeiter ausübt, auf, die völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzustreben trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

3. Der revolutionäre Parlamentarismus

Um die tatsächliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, dass

1. die Kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee bereits im VORBEREITUNGSSTADIUM, d.h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktionen sorgen müssen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muss für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muss das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn keine Gewähr besteht, dass dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirklich kommunistische Politik verfolgen wird.

Die Kommunistische Partei muss mit der alten sozialdemokratischen Gewohnheit brechen, ausschliesslich sogenannte "erfahrene" Parlamentarier, vorwiegend Anwälte und dergleichen, als Abgeordnete aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stossen, dass diese meist einfache Parteimitglieder ohne grosse parlamentarische Erfahrung sind. Diejenigen Strebererlemente, die sich an die kommunistischen Parteien herannähern, um ins Parlament zu gelangen, muss die Kommunistische Partei rücksichtslos brandmarken. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Genossen bestätigen die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.

2. Wenn die Wahlen beendet sind, muss die Organisation der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei zu dem betreffenden Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentsfraktion müssen von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt werden. Das Zentralkomitee muss in der Parlamentsfraktion einen ständigen Vertreter mit Einspruchsrecht haben, und in allen wichtigen politischen Fragen muss sich die Parlamentsfraktion vorher Verhaltensmassregeln vom Zentralkomitee der Partei erbitten. Das Zentralkomitee

hat das Recht und die Pflicht, bei einer bevorstehenden grossen Aktion der Kommunisten im Parlament den Redner der Fraktion aufzustellen bzw. zu beanstanden und von ihm die vorherige Vorlegung der Leitsätze seiner Rede bzw. der Rede selbst zwecks Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muss ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, dass er auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei hin, das Mandat niederzulegen, bereit ist, um in einer gegebenen Situation die Aktion des Austritts aus dem Parlament geschlossen durchzuführen.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistischen, halbreformistischen und einfachen Streberelementen gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzudringen (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktion vorzunehmen, von dem Prinzip ausgehend, dass es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluss des Zentralkomitees verpflichtet, die legale Arbeit mit der illegalen zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gesetzen erfreut, muss diese Immunität dazu ausgenützt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation und Propaganda zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei ausserhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmässige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muss auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

6. Bei Strassendemonstrationen der Arbeiter und sonstigen revolutionären Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindung mit den revolutionären Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen anzuknüpfen suchen; sie dürfen unter keinen Umständen gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern nachlaufen. Sie müssen sich jederzeit zur Verfügung der kommunistischen Organisation für jede Propagandaarbeit im Lande halten.

8. Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muss dessen eingedenk sein, dass er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüssen nachzukommen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der losen Wählermasse, sondern seiner legalen oder illegalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waschfrau, jedem Hirten verständlich ist, so dass die Partei die Möglichkeit hat, die Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkeln des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen ---auch in den Fällen, wenn die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit die Reden in der Presse und als Flugblätter abgedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des "Zentrums" und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der Kommunistischen Internationale ausnützen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur einige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine herausfordernde Haltung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, dass nur derjenige des Namens Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.

REDE von BUCHARIN

Genossen! Zunächst bitte ich um Entschuldigung wegen meiner Sprache. Das wird keineswegs die deutsche Sprache sein, sondern eine Ersatzsprache. Wir haben die Arbeit in folgender Weise eingeteilt: Zuerst werde ich über die prinzipielle Fragestellung und die entsprechende Lösung dieser Frage referieren; zweitens wird die Genossin Wolfstein über die Arbeit unserer Kommission referieren, und dann kommt das Korreferat vom Genossen Bordiga, der Vertreter der Ansicht ist, dass wir in dieser Epoche der Zerstörung des kapitalistischen Weltsystems überhaupt nicht an irgendwelchen Parlamenten teilnehmen dürfen.

Jetzt zur Sache: Wir müssen wenn wir irgend ein Problem aufstellen, stets von der Abschätzung der konkreten Epoche ausgehen. Und hier haben wir eine prinzipielle Differenz zwischen der früheren Epoche der friedlichen Entwicklung und der jetzigen, die die Epoche des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems, die Epoche der Klassenkriege, der Bürgerkriege und der proletarischen Diktatur ist. Die "friedliche" Epoche -- diese Epoche war allerdings nicht friedlich, wenn wir die Kolonien in Betracht ziehen -- kann man bezeichnen als die Epoche einer gewissen Interessengemeinschaft zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Diese Gemeinschaft beruhte, besonders bei dem Proletariat der hochentwickelten kapitalistischen Länder, darauf, dass die grösskapitalistischen Länder eine furchtbare imperialistische Politik geführt haben. Deswegen waren die kapitalistischen Klassen der entsprechenden Länder imstande, Extraprofite zu machen und von diesen Extraprofiten dem Proletariat der eigenen Länder höhere Löhne auszusahlen. Es ist prinzipiell falsch, was seinerzeit Kautsky gesagt hat, dass die imperialistische Politik der Arbeiterklasse überhaupt keinen Nutzen gab. Wenn wir die Sache vom Standpunkt der vorübergehenden Interessen der Arbeiterklasse betrachten würden, so könnte man behaupten, dass die imperialistische Politik einen gewissen Nutzen gebracht hat, und das waren die höheren Löhne der Arbeiter, die von den Extraprofiten der Kapitalisten gezahlt werden konnten.

Wenn wir diese Epoche als die Epoche einer gewissen Interessengemeinschaft zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie betrachten können, so ist damit ein zweites Charakteristikum dieser Epoche gegeben, nämlich, dass sie auch die Epoche des Hineinwachsens der Arbeiterorganisationen in den bürgerlichen Staatsapparat war. Das, was die Reformisten als Hineinwachsen des Sozialismus bezeichnen, war das Hineinwachsen der Arbeiterklasse und auch der Arbeiterorganisationen in den bürgerlichen Staatsapparat. Diese Erscheinung trat besonders krass in der Zeit des Staatskapitalismus hervor, als faktisch fast alle Arbeiterorganisationen -- und ziemlich grosse Arbeiterorganisationen -- als Bestandteile des staatskapitalistischen Staatsapparats erschienen. Wenn wir die grossen politische Parteien der Arbeiterklasse, die gelbe Sozialdemokratie, und die Gewerkschaften während des Krieges betrachten, so können wir finden, dass alle diese Massenorganisationen damals zu Bestandteilen des kapitalistischen Systems und Staatsapparats wurden.

Sie wurden bürgerlich nationalisiert. Der Ausgangspunkt für diese Entwicklung liegt schon in der Zeit vor dem Krieg. Er war gegeben in dem Prozess des Hineinwachsens in den Kapitalismus, wie denn auch schon vor dem Krieg fast alle Organisationen der Arbeiterklasse sich in diesem Prozess des Hineinwachsens befinden. So können wir auch behaupten, dass die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse und die Fraktionen der Arbeiterparteien in das bürgerliche Parlament hineingewachsen sind. Anstatt etwas zu sein, was gegen das System als Ganzes überhaupt und gegen das bürgerliche Parlament gerichtet war, wurden sie zum Bestandteil des parlamentarischen Apparats als solchen. Das war die frühere Epoche des friedlichen Kapitalismus. Solche Erscheinungen sehen wir auch am Anfang des Krieges.

Dann kam die neue Epoche des Zusammenbruchs des Kapitalismus und der Bürgerkriege. Was die Arbeiterklasse als Klasse betrifft, so hat sie in diesem Prozess ihre frühere, ziemlich imperialistische Ideologie verloren. Diese Ideologie, die in der Losung der "nationalen Verteidigung" gipfelte, brach zusammen, und mit ihr sind auch ihre Folgeerscheinungen zusammengebrochen. Die Arbeiterorganisationen wurden, anstatt Bestandteile des kapitalistischen Systems zu sein, allmählich zu Instrumenten des Klassenkampfes. Also aus Werkzeugen, die das kapitalistische System stützten, wurden sie zu Instrumenten seiner Zerstörung. Parallel damit ging auch die Veränderung der parlamentarischen Fraktionen vor sich, die aus einem Bestandteil des gesamten parlamentarischen Apparats zu Instrumenten seiner Zerstörung wurden. Und damit ist der neue Parlamentarismus entstanden, dessen Anhänger wir Kommunisten sein dürfen und müssen.

Genossen, ich werde keineswegs alle Paragraphen unserer Leitsätze, die sehr ausführlich sind, kommentieren. Ich werde einige Hauptpunkte auswählen und darüber sprechen. Und dann können wir strittige Fragen lösen.

Wenn wir diese zwei Epochen ganz verschiedenen Charakters vor uns haben, so können wir schon a priori sagen, dass der Prozess des Übergangs von einer Epoche zur anderen, vom alten zum neuen Parlamentarismus als Prozess betrachtet werden muss, der in jedem konkreten Augenblick verschiedene Reste der früheren Auffassungen unter der Arbeiterklasse mit sich führen wird. Je mehr dieser Prozess sich entwickelt, desto mehr werden diese Reste verschwinden. Jetzt aber können wir diese Überbleibsel der früheren Vorstellungen bei vielen Parteien klar sehen, auch bei solchen, die sich schon in der kommunistischen Internationale befinden. Überhaupt sind der Opportunismus und die schwankenden Parteien in der Arbeiterbewegung noch vorhanden, die Ideologie des Zusammenarbeitens mit der Bourgeoisie besteht teilweise noch, und das spiegelt sich wider in dem Vorhandensein des früheren Parlamentarismus.

Betrachten wir zunächst das gesamte Bild der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiterklasse. Nehmen wir die Zusammensetzung verschiedener parlamentarischer Fraktionen, und wir werden ein sonderbares Bild bekommen. Zum Beispiel die U.S.P.: Diese Partei hat jetzt 82 Mitglieder im Parlament. Wenn wir aber im Rahmen der schon ziemlich gemässigten und opportunistischen Partei als solche die Zusammensetzung ihrer parlamentarischen Fraktion betrachten würden, so würden wir ungefähr folgende Zahlen bekommen: von diesen 82 Mitgliedern der parlamentarischen Fraktion gehören 20 ungefähr direkt zu den Rechten, zirka 40 zum "Sumpf" und ungefähr 20 zur linken U.S.P. Also der Prozentsatz der Rechten und des "Sumpfes" -- ich betone "Im Rahmen der U.S.P.", die an und für sich schon ziemlich opportunistisch ist -- ist ziemlich gross. Nehmen wir die italienische Partei und ihre parlamentarische Fraktion. Diese Partei gehört zu uns und ist in der Kommunistischen Internationale. Sie ist eine unserer besten Parteien, und wir können behaupten: Wenn wir die Mitglieder dieser parlamentarischen Fraktion in drei Teile teilen würden, nämlich in die Anhänger von Turati und Lazzari, in die von Serrati und die sogenannten Bombaccianer, so werden wir folgende Zahlen erhalten: 30 % der ganzen Fraktion gehören zur Richtung Turati, 55 % zum Zentrum und 15 % zur Linken. Genosse Serrati hat mir einige andere Ziffern gegeben. Nach seiner Meinung zählen die Reformisten 41 Mandate. Das ist eine offizielle Angabe des Genossen Serrati und bedeutet einen sehr grossen Prozentsatz innerhalb der kommunistischen Partei. Wenn wir die französische Partei betrachten, haben wir folgende Zahlen: 68 Parlamentarier, unter ihnen 40 ausgesprochene Reformisten innerhalb der schon opportunistischen Partei und 26 vom Zentrum, -- nicht in unserem Sinne des Wortes, sondern das Wort bedeutet hier das Zentrum der französischen Partei --, also Zentrum im Quadrat. Was die Kommunisten betrifft, so haben sie vielleicht 2 Stimmen. In der norwegischen Partei, die eine ziemlich gute Partei ist, hat die parlamentarische Fraktion 19 Mitglieder. Von diesen sind ungefähr 11 Rechte, 6 Zentrum und 2 sind Kommunisten. Die schwedische parlamentarische Fraktion hat ziemlich viel solcher Genossen, die keineswegs als Kommunisten bezeichnet werden dürfen. Also Summa Summarum: ein ziemlich trauriges Bild. Die Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktionen ist unter jeder Kritik. Und wenn wir die Ursache dieser Erscheinung betrachten, so ist sie darin gegeben, dass diese Parteien auch als Parteien nicht genügend klar kommunistisch sind, weil sich innerhalb derselben eine ziemlich grosse Zahl Opportunisten befindet. Deswegen dulden sie auch solche Elemente auf ihren parlamentarischen Fraktionssitzen.

Jetzt gehe ich von der Zusammensetzung der Parteien zu der Politik über, d.h. zu ihrer parlamentarischen Politik, und da können wir mit Recht behaupten, dass diese Politik ebenso weit vom revolutionären Parlamentarismus wie der Himmel von der Erde entfernt ist. Ich nehme als Muster wieder die U.S.P. Während des Krieges, als es galt, an die Völker zu appellieren, um den Krieg zu bändigen, haben sie an die Regierung appelliert. Ich erinnere mich eines Gesprächs mit dem Genossen Haase. Er wollte uns, als wir in Berlin waren, beweisen, dass er einen wirklich revolutionären Parlamentarismus treibe.

Als den besten Beweis hat er eine seiner Reden angeführt, in der er behauptet hat, dass die deutsche Regierung einen Missbrauch geübt hat, indem sie deutsche Truppen nach Finnland schickte. Man könnte diese Truppen missbrauchen. Also: wenn man sie nach der französischen Front schickt, so ist es kein Missbrauch, nur nach Finnland ist es ein Missbrauch. Das ist ein Beweis nicht des revolutionären Parlamentarismus, sondern des opportunistischen. Nehmen wir alles, was im deutschen Parlament über die Sozialisierungsfrage geschrieben und geredet wurde. Es ist zum Lachen. Wenn wir diese Reden sehen, spüren wir keinen revolutionären Standpunkt. Und auch Genosse Däumig hat, wie ich weiss, noch 1920 diese opportunistische Fragestellung vertreten, indem er über Sozialisierungspläne geschrieben hat. Oder z.B. die Rede über die Verfassung von Oskar Cohn, dem Vertreter der U.S.P. Diese Rede ist ziemlich lang, aber es ist in ihr absolut keine Spur der revolutionären Fragestellung enthalten. Hier hören wir, dass die Verfassung krank ist. Über Noske kein Wort. Das ist die Methode von Kautsky. Denn wenn er die Frage der bürgerlichen Demokratie bespricht, spricht er über Affen und wilde Menschen. Ebenso die Rede des Genossen Oskar Cohn. Hier könnte man unseren prinzipiellen Standpunkt ganz revolutionär entwickeln. Nehmen wir z.B. die Geschichte der Untersuchungskommission der Schuldigen am Kriege. An dieser reinen Komödie, die auf der Basis des Materials, das vom Auswärtigen Amt geliefert ist, geführt wird, wollen die Unabhängigen parlamentarisch die Frage der Schuld untersuchen. Hierin gibt es doch keine Spur irgendwelcher revolutionären Tätigkeit.

Nehmen wir den Antrag des Genossen Oskar Cohn im deutschen Parlament über die Aufhebung des Schutzhaftgesetzes. Dieses Gesetz galt nur für die politischen Gefangenen. Hier haben wir alles Mögliche, aber keineswegs den revolutionären Standpunkt des revolutionären Kommunisten. Nehmen wir das, was wir hier in dieser Saale von den Genossen der U.S.P. gehört haben. Als sie sich entschuldigten, dass sie uns nicht rechtzeitig die Antwort gaben, da hat, wenn ich mich nicht irre Genosse Dittmann oder ein anderer Vertreter gesagt: Wir haben damals Wahlen gehabt, und weil wir diese so grosse Sache wie die Wahlen gehabt haben, konnten wir nicht sofort ein Antwortschreiben verfassen. Das ist ein schreiendes Beispiel, das die Genossen, die es anführen, tötet. Wenn sie einerseits die Wahlen haben und andererseits die Sache der ganzen Internationale, so ist es doch für jeden Revolutionär klar, dass er den Wahlkampf unter der Losung der Internationale führen muss. Einen Gegensatz zwischen der Internationale und den Wahlen aufzustellen, das ist eben alles Mögliche, aber nichts, was mit der Zusammengehörigkeit mit der Kommunistischen Internationale im Einvernehmen steht. Wir können die ganze parlamentarische Tätigkeit der Genossen von der U.S.P. verfolgen, und niemals werden wir eine klare zielbewusste Tätigkeit in unserem Sinne finden. Wenn wir die Französische Sozialistische Partei betrachten oder andere Parteien, so werden wir auch da ein ziemlich trauriges Bild finden. Ich werde die Aufmerksamkeit nicht darauf lenken, denn es ist genug, ein Beispiel anzuführen, um sofort die ganze Lage zu rekonstruieren. In allen diesen Erscheinungen, sowohl in der Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktion als auch in ihrer Taktik, zeigen sich die Reste des früheren Parlamentarismus, die wir buchstäblich ausrotten müssen; denn solange wir diese Praxis und diese

Methoden und eine derartige Zusammensetzung der parlamentarischen Fraktionen haben werden, können wir keine revolutionäre Tätigkeit entwickeln. Es ist absolut ausgeschlossen, mit so einem Wust in den revolutionären Kampf zu gehen.

Jetzt kommen wir zu einer anderen Frage, nämlich zu der Frage des prinzipiellen Antiparlamentarismus. Dieser Antiparlamentarismus ist das legale Kind des oben geschilderten Opportunismus und der früheren parlamentarischen Tätigkeit mit allen ihren Sünden. Dieser prinzipielle Antiparlamentarismus ist uns viel sympathischer als der opportunistische Parlamentarismus. Unter den Anhängern des Antiparlamentarismus können wir, meine ich, zwei Hauptgruppen unterscheiden: Eine Gruppe, die wirklich prinzipiell jede Teilnahme an der parlamentarischen Tätigkeit verneint, und die zweite Gruppe, die gegen den Parlamentarismus wegen besonderer spezifischer Abschätzung der Möglichkeiten der parlamentarischen Tätigkeit ist. In unserer Epoche können wir als Vertreter der ersten Richtung die amerikanischen I.W.W. bezeichnen. Als Vertreter der zweiten Richtung wird heute Genosse Bordiga hier reden. Was nun den prinzipiellen Antiparlamentarismus betrifft, so kann man von der ersten Gruppe behaupten, dass diese Lehren oder diese Taktik, wenn man sie theoretisch verfolgt, auf einer vollständigen Konfusion der Grundbegriffe des politischen Lebens basieren. Zum Beispiel machen sich die I.W.W. überhaupt keinen klaren Begriff darüber, was eigentlich der politische Kampf ist. Sie meinen, dass es kein politischer Kampf ist, wenn sie einen Generalstreik ökonomischer Natur haben, der faktisch gegen den bürgerlichen Staat gerichtet ist, der aber nicht von der politischen Partei, sondern von den Gewerkschaften geführt wird. Sie verstehen absolut nicht, was eigentlich politischer Kampf heisst. Sie verwechseln den politischen Kampf mit parlamentarischer Tätigkeit. Sie meinen, dass man unter politischem Kampf nur parlamentarische Tätigkeit oder die Tätigkeit der parlamentarischen Parteien verstehen muss. Ich werde hier diese Frage nicht untersuchen, denn sie ist in unseren Leitsätzen klar besprochen. Die Genossen brauchen die Leitsätze nur durchzulesen. Es ist ganz klar, dass dieses negative Verhalten zum Parlamentarismus auf verschiedenen Irrtümern prinzipieller Natur beruht, vor allem auf dem falschen Begriff von dem, was eigentlich politischer Kampf ist. Historisch betrachtet, weist der amerikanische Parlamentarismus soviel Niederträchtigkeit und Korruption auf, dass viele ehrliche Elemente in das Lager des prinzipiellen Antiparlamentarismus übergehen. Der Arbeiter denkt keineswegs abstrakt, er ist ein ziemlich grober Empiriker, und wenn man ihm nicht empirisch beweisen kann, dass der revolutionäre Parlamentarismus möglich ist, dann verneint er glatt die ganze Geschichte. Solche Elemente, die nur alle Niederträchtigkeiten gesehen haben, gehen in sehr grossem Masstabe in das Lager des prinzipiellen Antiparlamentarismus über.

Ich komme zur zweiten Gruppe, die hier im Saale von Bordiga vertreten wird. Er sagt uns, dass sein Standpunkt keineswegs mit dem des prinzipiellen Antiparlamentarismus zu verwechseln ist, und ich muss sagen, dass sein Standpunkt, formell betrachtet, alle theoretischen, aber keine anderen Ausgangspunkte hat. Genosse Bordiga behauptet, dass man gerade vom Standpunkt der jetzigen Epoche der Massenkämpfe des Proletariats, vom Standpunkt der Schätzung dieser Epoche als Epoche der Bürgerkriege, nur von diesem spezifisch historischen Standpunkt aus nicht in die Parlamente gehen dürfte. Das meint er. Ich meine aber, man kann beweisen, dass es eine prinzipielle Brücke gibt zwischen der Taktik des Genossen Bordiga und der Taktik derer, die prinzipiell dagegen sind. Genosse Bordiga hat seine eigenen Leitsätze ausgearbeitet, und wir lesen darin zum Beispiel folgendes:

"Es ist notwendig, mit der bürgerlichen Lüge ein für allemal zu brechen, mit der Lüge, die glauben machen will, dass sich jedes Zusammentreffen der feindlichen Parteien, jeder Kampf um die Eroberung der Macht im Rahmen des demokratischen Mechanismus, in Wahlkämpfen und parlamentarischen Debatten abspielen muss. Er wird nicht gelingen, dieses Ziel zu erreichen, ohne dass man sich von der traditionellen Methode, die Arbeiter zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern, wo sie Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeiten, völlig lossagt, ohne dem Schauspiel ein Ende zu machen, dass die Delegierten des Proletariats auf dem gleichen parlamentarischen Boden wie seine Ausbeuter auftreten."

Hier meint Genosse Bordiga, dass der Delegierte der Arbeiterklasse, wenn er sich physisch in einem Zimmer mit einem Bürgerlichen befindet, damit eo ipso Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeitet. Das ist eine naive Vorstellung, die für die I.W.W. typisch ist.

Am Ende seiner 9. These lesen wir: "Daher werden die kommunistischen Parteien niemals einen grossen Erfolg mit der Propaganda der revolutionären marxistischen Methode erzielen, wenn sie ihre Arbeit nicht unmittelbar auf die Diktatur des Proletariats und die Arbeiterräte stützen und auf jede Berührung mit der bürgerlichen Demokratie verzichten."

Also, eine physische Berührung in einem Zimmer ist schon ein Sündenfall, und dann geht die ganze Geschichte kaputt. Ich meine aber, dass dieser Fehler noch grösser sein wird, weil wir nicht immer die Arbeiterräte haben. Genosse Bordiga ist mit uns einverstanden, dass wir nicht sofort in allen Ländern die Arbeiterräte organisieren können. Die Räte sind Kampforganisationen des Proletariats. Wenn keine Bedingungen vorliegen, um diesen direkten Kampf zu führen, dann hat es keinen Sinn, diese Räte zu bilden. Dann verwandeln sie sich in kulturelle Anhängsel anderer Einrichtungen, die absolut reformistisch werden, und es ist die grosse Gefahr vorhanden, dass sich die Arbeiterräte dann sozusagen nach französischem Muster organisieren, wo ein paar Leute zusammenkommen und eine humanitär-pazifistische Organisation gebildet wird, die keinen revolutionären Wert hat. Alle diese Einrichtungen bestehen auch noch gar nicht, sie sind nicht real gegeben. Aber das bürger-

liche Parlament ist real gegeben. Wir sagen in unseren Leitsätzen: Wir müssen hier in diesen Einrichtungen unsere revolutionären Agenten haben, hier arbeiten unsere proletarischen Kundschafter Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse. Hier ist eine ganz negative Vorstellung gegeben, die nicht logisch ausgearbeitet ist, die aber vom Gefühlsstandpunkt ganz begreiflich ist. Vom Standpunkt der revolutionären Logik und Zweckmässigkeit ist das entscheidende Moment in der ganzen Fragestellung das, dass wir revolutionären Kommunisten behaupten: Es gibt eine Möglichkeit, in die bürgerlichen Parlamente zu gehen, um zu versuchen, sie von innen heraus zu sprengen. Früher, als die parlamentarischen Fraktionen in die parlamentarischen Institutionen hineinwuchsen, wurden sie zu Bestandteilen des Systems als solches. Wir aber wollen unsere Tätigkeit so entwickeln, dass ein immer schrofferer Gegensatz zwischen dem parlamentarischen System und unserer Fraktion entsteht. Wir brauchen nicht zu sagen, dass das Primäre für uns dabei ist, dass unsere parlamentarische Tätigkeit mit den Massen der Arbeiterklasse koordiniert werden muss. Verfolgen wir die Leitsätze des Genossen Bordiga weiter.

Zunächst eine kleine Bemerkung. Ich behaupte, dass bei einigen Genossen ein prinzipieller Antiparlamentarismus vorliegt, weil diese Genossen sich fürchten, als revolutionäre Parlamentarier aufzutreten, denn dieser Boden ist ihnen zu gefährlich, und weil sie in der Revolution von dieser schwersten Aufgabe auf irgendwelchem Wege wegzulaufen suchen. Man zitiert grosse Parteien, um zu beweisen, dass diese Tätigkeit überhaupt nicht möglich ist. Ich sage das nicht vom Genossen Bordiga; aber in seiner Fraktion gibt es solche Elemente, und wenn er zu uns kommt und in seiner 12. These sagt:

"Der eigentliche Charakter der Debatten, die sich im Parlament und in anderen demokratischen Organen abspielen, schliesst jede Möglichkeit aus, von der Kritik an der Politik der Gegenparteien zu einer Propaganda gegen das Prinzip des Parlamentarismus überzugehen, zu einer Aktion, die die Grenzen der parlamentarischen Verfassung überschreitet."

Genosse Bordiga sagt, es sei technisch nicht möglich, das Parlament auszunutzen; aber das muss man beweisen. Niemand wird sagen, dass wir unter dem Zarismus bessere Verhältnisse in unserer Duma gehabt haben als jetzt in der Italienischen Deputiertenkammer. Niemand hat versucht, so zu sprechen, wie man müsste. Warum haben Sie schon a priori behauptet, dass das unmöglich ist? Versuchen Sie es zuerst; machen Sie verschiedene Skandale; lassen Sie sich verhaften; machen Sie einen politischen Prozess im grossen Stile. Sie haben das alles nicht gemacht. Diese Taktik muss man in einem sich steigenden Masse entwickeln. Und ich behaupte, dass dies möglich ist. Französische Genossen, zum Beispiel Lefèvre, behaupten, man könnte in der Französischen Kammer kein scharfes Wort gegen Clemenceau sagen. Niemand hat das probiert, niemand hat den Versuch gemacht. Ich meine, dass hier eine direkte Furcht vorliegt. Die Leute sagen: Ja, das ist zu gefährlich. Wir können propagandistisch nur rein legale Arbeit treiben. Sie haben sich hier selbst demaskiert. Weil es

ein zu gefährlicher Boden ist, wollen sie von dieser schweren Aufgabe weglaufen. Genosse Bordiga führt uns im § 10 als Argumente gegen die parlamentarischen Wahlen folgendes an:

"Die überaus grosse Bedeutung, die man in der Praxis den Wahlkämpfen und ihren Ergebnissen beimisst, die Tatsache, dass die Partei ihnen für einen ziemlich langen Zeitraum alle ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen an Menschen, Presse, ökonomischen Mitteln widmete, bringt es einerseits mit sich, dass trotz aller Versammlungsreden und aller gegenteiligen theoretischen Erklärungen die Überzeugung gestärkt wird, dass dies die wirkliche Hauptaktion zur Erreichung der kommunistischen Ziele ist. Andererseits führt sie zum beinahe völligen Verzicht auf jede Arbeit der revolutionären Organisation und Vorbereitung, indem sie der Parteiorganisation technisch einen Charakter gibt, der im völligen Gegensatz zu den Anforderungen der legalen und illegalen revolutionären Arbeit steht."

Vielleicht gibt es so etwas in Italien, aber Sie müssen uns beweisen, warum das logisch notwendig ist. Wenn Sie auf dem Standpunkt des Genossen Dittmann stehen und sagen: der Wahlkampf ist ein Gegensatz zur Frage der Internationale, dann haben Sie recht. Unser Standpunkt besteht aber darin, dass die ganze Wahlkampagne unter dem revolutionären Gesichtspunkt zu entwickeln ist. Dann kann sich kein solcher Gegensatz ergeben. Es ist kein logischer Widerspruch, wenn wir sagen: wir müssen den ganzen Wahlkampf unter den schärfsten revolutionären Losungen entwickeln, um in die Dörfer zu gehen und zu arbeiten, dort, wo kein politisches Interesse vorhanden ist, und um die Leute als Massenorganisation zusammenzuschweissen, um alle diese Kampagnen verschiedener Art in Kontakt zu halten. Ja, sagen Sie, das ist gerade ein Morden der revolutionären Arbeit. Genosse Bordiga hat das deswegen geschrieben, weil er von der wirklichen revolutionären Wahlkampagne wenig gesehen hat, wie auch die Genossen von den I.W.W. keinen revolutionären Parlamentarismus gesehen haben. Deswegen stellt Genosse Bordiga solche Behauptungen auf, die er aber wenigstens begründen müsste. Ich meine, dass es trotzdem viele empirische Beweise für den revolutionären Parlamentarismus gibt. Ich werde sie wiederholen, die Namen sind uns bekannt. Es war die Tätigkeit von Liebknecht, die Tätigkeit von Höglund, dann bei den bulgarischen Genossen und auch bei uns. Wir haben einen revolutionären Parlamentarismus gehabt unter den verschiedensten historischen Umständen, z.B. während der zweiten Duma, während des Vorparlaments von Kerenski und während der Konstituante. Wir hatten keine Furcht, uns Seite an Seite mit den Bürgerlichen, mit den Sozialrevolutionären oder mit den Kadetten zu stellen, weil wir eine feste revolutionäre Taktik, ganz klare taktische Linien hatten. Deswegen ist nun diese ganze Frage, nämlich die Frage der Partei, die Kardinalfrage. Wenn Sie eine wirkliche kommunistische Partei haben, dann brauchen Sie nicht zu fürchten, einen Ihrer Männer in das bürgerliche Parlament zu schicken, denn er wird handeln, wie ein Revolutionär handeln muss. Wenn Sie aber in der Partei einen Mischmasch haben, wo 40 % reine Opportunisten sind, dann schleichen natürlich gerade diese Herren in die parlamentarischen Fraktionen hinein, auf solche Plätze, wo sie am besten situiert sind. Deswegen sind sie fast alle Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen. Dann können sie ihre revolutionären kommunistischen parlamentarischen Pflichten nicht ausüben. Das ist eine Parteifrage.

Ich wiederhole, wenn wir unter den Parteien der Kommunistischen Internationale wirkliche kommunistische Parteien haben, die in ihrem Schosse keine Opportunisten und keine Reformisten beherbergen, wenn wir diese Reinigung schon durchgeführt haben, dann haben wir die Garantie, dass wir nicht den alten Parlamentarismus haben werden, sondern einen wirklichen revolutionären Parlamentarismus und eine zuverlässige Methode der Zerstörung der Bourgeoisie, des ganzen bürgerlichen Staatsapparates und des bürgerlichen Systems.

REDE VON BORDIGA

Die linke Fraktion der Italienischen Sozialistischen Partei ist antiparlamentarisch gesinnt, und zwar aus Gründen, die nicht allein für Italien gültig sind, sondern einen allgemeinen Charakter tragen.

Handelt es sich hier nun um eine Frage des Prinzips? Gewiß nicht. Wir sind doch im Prinzip alle Gegner des Parlamentarismus, weil wir ihn als Mittel der Befreiung des Proletariats und als politische Form des proletarischen Staates ablehnen. Die Anarchisten sind im Prinzip Antiparlamentaristen, da sie sich gegen jede Machtvertretung erklären. Die syndikalistischen Gegner der Aktion der Partei, die eine ganz andere Auffassung des Befreiungsprozesses des Proletariats haben, sind es ebenfalls. Was uns betrifft, so stützt sich unser Antiparlamentarismus auf die marxistische Kritik der bürgerlichen Demokratie. Ich will hier die Argumente des kritischen Kommunismus nicht wiederholen, der die bürgerliche Lüge über die politische Gleichheit entlarvt, als ein Mittel, die wirtschaftliche Ungleichheit und den Klassenkampf zu verwischen. Dieser Auffassung liegt die Idee eines historischen Prozesses zugrunde, in welchem die Befreiung des Proletariats nach einem heftigen Klassenkampf, der durch die Diktatur des Proletariats unterstützt wird, erreicht wird.

Diese theoretische Auffassung, die in dem "Kommunistischen Manifest" klargelegt ist, hat in der russischen Revolution ihre erste historische Verwirklichung gefunden. Zwischen diesen beiden Tatsachen liegt eine lange Zeitspanne. Währenddessen ist die Entwicklung der kapitalistischen Welt weit vorgeschritten. Die marxistische Bewegung ist zu einer sozialdemokratischen herabgesunken und hat ein gemeinsames Arbeitsfeld für die kleinen Interessen der Zusammenarbeit einzelner Arbeitergruppen und der bürgerlichen Demokratie geschaffen. Die gleiche Erscheinung ist in den Gewerkschaften und in den sozialistischen Parteien zu bemerken.

Man hatte die marxistische Aufgabe der marxistischen Partei, die im Namen der ganzen Arbeiterklasse hätte sprechen und ihrer alten historischen revolutionären Aufgaben eingedenk sein müssen, also fast vollständig vergessen. Man fabrizierte eine ganz neue Ideologie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat, die Gewaltmaßregeln verwarf und von der Diktatur des Proletariats absah, um an ihre Stelle die Illusion einer sozialen Entwicklung auf friedlichem und demokratischen Wege zu setzen.

Die russische Revolution hat die marxistische Theorie in bewunderungswürdiger Weise verwirklicht, indem sie die Notwendigkeit eines heftigen Kampfes und der Einführung der Diktatur des Proletariats bewies. Aber die historischen Bedingungen, unter denen sich die russische Revolution entwickelt hat, sind andere als die Bedingungen für die proletarische Revolution in den Ländern Westeuropas und Amerikas. Die Lage in Rußland könnte vielleicht mit der Lage in Deutschland im Jahre 1848 verglichen werden, wo zwei Re-

· revolutionen nacheinander ausbrachen, eine bürgerlich-demokratische und eine proletarische.

· Die taktischen Erfahrungen der russischen Revolution können nicht auf andere Länder übertragen werden, in denen die bürgerliche Demokratie bereits seit langer Zeit durchgeführt ist und wo die revolutionäre Krise in einem direkten Übergang von dieser Ordnung zur Diktatur des Proletariats bestehen wird.

Die marxistische Bedeutung der russischen Revolution liegt darin, daß sie in ihrer Endphase (die Auflösung der konstituierenden Versammlung und das Ergreifen der Macht durch die Sowjets) auf marxistischer Grundlage aufgebaut ist und der Entwicklung jeder neuen Bewegung, der Entwicklung der kommunistischen Internationale, den Boden vorbereitete, welche mit den Sozialdemokraten, die, zu ihrer Schande sei es gesagt, in der Kriegszeit gänzlich versagt haben, endgültig gebrochen hat.

Das revolutionäre Problem verlangt von dem westlichen Europa vor allem, den Boden der bürgerlichen Demokratie zu verlassen, zu beweisen, daß die Forderung der Bourgeoisie, jeder politische Kampf solle nur durch den Mechanismus des Parlaments ausgetragen werden, falsch ist, und daß der Kampf auf eine neue Weise, durch direkte revolutionäre Tätigkeit zur Erkämpfung der Macht geführt werden muß.

· Die Partei braucht eine neue technische Organisation, d.h. eine neue historische Bildung. Diese wird durch die kommunistische Partei verwirklicht, die, wie es in den Leitsätzen des Exekutivkomitees, die Frage der Rolle der Partei betreffend, heißt, "in der Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats" geboren wurde (Leitsatz 4).

Der erste Mechanismus der Bourgeoisie, der zerstört werden muß, bevor man zum wirtschaftlichen Aufbau des Kommunismus übergeht und bevor man den neuen Mechanismus des proletarischen Staates, der den Regierungsapparat vertreten soll, schaffen kann, ist das Parlament.

Die bürgerliche Demokratie arbeitet unter den Massen mit indirekten Verteidigungsmaßnahmen, während der Staatsapparat sich bereit hält, direkte Gewaltmittel anzuwenden, die in Tätigkeit gesetzt werden, sobald die letzten Versuche, das Proletariat auf den Boden legaler demokratischer Politik zu ziehen, mißglückt sind.

Es ist also von äußerster Wichtigkeit, dieses Spiel der Bourgeoisie zu entlarven und den Massen den ganzen Betrug des bürgerlichen Parlamentarismus zu zeigen.

· Die Praxis der traditionellen sozialistischen Parteien hatte bereits vor dem Weltkriege eine antiparlamentarische Reaktion in die Reihen des Proletariats getragen: die syndikalistisch-anarchistische Reaktion, die jeder politischen Tätigkeit den Wert absprach, um die Aktivität des Proletariats auf das Gebiet der wirtschaftlichen Organisationen zu konzentrieren, und die dadurch die falsche Vorstellung ver-

breitet hat, daß es außerhalb der Wahl- und Parlamentstätigkeit keine politische Tätigkeit gibt. Gegen diese Vorstellung wie auch gegen die sozialdemokratische Illusion muß angekämpft werden; diese Auffassung steht der wahren revolutionären Methode ganz fern und führt das Proletariat in seinem Befreiungskampf auf einen falschen Weg.

In der Propaganda ist größere Klarheit nötig; die Massen brauchen eine einfache und klare Ausdrucksweise.

Von marxistischen Prinzipien ausgehend, schlagen wir vor, daß in Ländern, wo die demokratische Ordnung seit langem entwickelt ist, die Agitation für die Diktatur des Proletariats auf die Propagierung des Boykotts der Wahlen und der demokratischen bürgerlichen Organe aufgebaut wird.

Die große Bedeutung, die man der Wahltätigkeit in der Praxis beimißt, enthält eine zweifache Gefahr: Einerseits erweckt sie den Anschein, daß sie die Haupttätigkeit bildet, andererseits nimmt sie alle Kräfte der Partei in Anspruch, wodurch die Arbeit in den übrigen Zweigen der Bewegung lahmgelegt wird. Die Sozialdemokraten sind nicht die einzigen, die den Wahlen eine große Bedeutung beimessen. Selbst in den von der Exekutive vorgeschlagenen Leitsätzen heißt es, daß es wichtig sei, in der Wahlkampagne alle Mittel der Agitation anzuwenden (Leitsatz 15).

Die Organisation der Partei, die die Wahltätigkeit ausübt, entwickelt einen ganz besonderen technischen Charakter, der sich von dem Charakter der Organisation, die den revolutionären legalen oder illegalen Bedürfnissen entspricht, stark unterscheidet. Die Partei teilt sich in eine Menge von Wahlkomitees, die sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Mobilisierung der Wähler befassen. Wenn es sich um eine alte sozialdemokratische Partei handelt, die sich der kommunistischen Bewegung angeschlossen hat, liegt in der Ausübung der Parlamentsaktion, wie sie früher praktiziert wurde, eine große Gefahr. Wir haben zahlreiche Beweise dafür.

Was die in Vorschlag gebrachten und von den Rednern verteidigten Leitsätze betrifft, möchte ich bemerken, daß ihnen eine historische Einleitung voranght, mit deren ersten Teil ich fast vollständig einverstanden bin. Es heißt dort, daß die I. Internationale sich des Parlamentarismus zu Agitations-, Kritik- und Propagandazwecken bediente. Später, in der II. Internationale, trat die schädliche Einwirkung des Parlamentarismus zutage, der zum Reformismus und zur Zusammenarbeit der Klassen (Burgfrieden) führte. Daraus wird in der Einleitung der Schluß gezogen, daß die Kommunistische Internationale zur Parlamentstaktik zurückkehren soll zwecks Vernichtung des Parlaments von innen heraus. Die Kommunistische Internationale muß aber im Gegenteil, wenn sie dieselbe Doktrin annimmt wie die I., die ganz verschiedenen historischen Verhältnisse in Betracht ziehen und eine ganz andere Tätigkeit entfalten, nämlich nicht mit der bürgerlichen Demokratie zusammenzuarbeiten.

Der erste Teil der darauffolgenden Leitsätze steht auch mit den von mir unterstützten Ideen in keiner Weise in Wider-

spruch. Erst wo es sich um die Ausnutzung der Wahlkampagne und der Parlamentstribüne zu Massenaktionen handelt, beginnt der Unterschied. Wir weisen den Parlamentarismus nicht zurück, weil es sich um ein legales Mittel handelt. Man kann ihn aber nicht in derselben Weise benutzen, wie die Presse, die Freiheit der Vereinigung usw. Hier handelt es sich um ein Aktionsmittel und dort um eine bürgerliche Institution, die durch proletarische Institutionen, durch Arbeitersowjets ersetzt werden muß. Wir denken nicht daran, nach der Revolution von der Ausnutzung der Presse, der Propaganda usw. abzustehen; aber wir sind bestrebt, zu allererst den demokratischen Apparat zu vernichten und an seine Stelle die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Das ist ebenso wenig ein von uns behauptetes Argument wie das über die "Führer" der Bewegung. Es kann gar nicht in Frage kommen, daß die Führer abgeschafft werden könnten.

Wir wissen sehr gut, und wir haben es den Anarchisten seit Beginn des Krieges gesagt, daß es nicht richtig ist, den Parlamentarismus abzulehnen, um die Führer abzuschaffen. Wir werden ihrer immer bedürfen als Propagandisten, Journalisten etc.

Gewiß ist in der Revolution eine zentralisierte Partei notwendig, die die Tätigkeit des Proletariats leitet. Diese Partei braucht selbstverständlich auch Führer; aber die Rolle der Partei, die Rolle der Führer ist eine ganz andere, als sie es bei den Sozialdemokraten war. Die Partei leitet die Tätigkeit des Proletariats in dem Sinne, daß sie die gefährlichste Arbeit verrichtet, die die größte Aufopferung verlangt. Die Leiter der Partei sind nicht nur Führer der siegreichen Revolution, sie sind es auch, die bei einer Niederlage zuerst unter den Schlägen der Feinde fallen. Ihre Stellung ist eine ganz andere als die Stellung der Parlamentsführer, die die vorteilhaftesten Posten in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen.

Man sagt uns: Man kann auch von der Rednerbühne des Parlaments aus Propaganda machen. Darauf will ich mit einem etwas kindlichen Beweisgrund antworten: Was man auf der Rednertribüne des Parlaments sagt, wird in der Presse wiederholt. Wenn es sich um die bürgerliche Presse handelt, wird alles falsch dargestellt sein, handelt es sich aber um unsere Presse, so ist es verlorene Mühe, das, was später gedruckt wird, vorher auf der Rednerbühne vorzutragen.

Die von dem Redner angeführten Beweise werden unseren Leitsätzen keinen Abbruch tun. Liebknecht hat im Reichstag in einer Zeit gewirkt, in der wir die Möglichkeit der Parlammentstätigkeit anerkannten, um so mehr, da es sich damals nicht darum handelte, den Parlamentarismus selbst zu sanktionieren, sondern die bürgerliche Macht zu kritisieren.

Wenn wir aber Liebknecht, Höglund und die übrigen wenig zahlreichen Fälle der revolutionären Tätigkeit im Parlament auf eine Waagschale legen und in die andere die ganze Masse des Verrats der Sozialdemokraten, so wird das Ergebnis für den revolutionären Parlamentarismus durchaus ungünstig sein.

Die Parlamentstätigkeit der Bolschewiki in der Duma, im Vorparlament Kerenskis in der Konstituierenden Versammlung wurde unter ganz anderen Verhältnissen ausgeübt, als es die sind, unter denen wir vorschlagen, die Parlamentstaktik zu verlassen. Ich will nicht auf den Unterschied zurückkommen, der zwischen der Entwicklung der russischen Revolution und der Revolution in den anderen bürgerlichen Ländern liegt.

Ich bin auch nicht für den Gedanken, daß man die Wahlen in die bürgerlichen kommunalen Institutionen ausnützen muß. Ein sehr wichtiges Problem kann ich aber nicht mit Schweigen übergehen. Ich denke daran, die Wahlkampagne zu Agitations- und Propagandazwecken für die kommunistische Revolution auszunutzen: aber diese Agitation wird umso wirksamer sein, je kräftiger wir den Massen den Boykott der bürgerlichen Wahlen predigen.

Man kann übrigens nicht voraussagen, worin die zerstörende Tätigkeit bestehen könnte, die die Kommunisten im Parlament ausüben könnten. Der Referent legt uns über diese Frage den Entwurf einer Bestimmung hinsichtlich der Tätigkeit der Kommunisten im bürgerlichen Parlament vor. Das ist sozusagen die reine Utopie. Es wird nie gelingen, eine Parlamentstätigkeit zu entfalten, die den Prinzipien des Parlamentarismus widerspricht und aus den Grenzen der Parlamentsbestimmungen heraustritt.

Jetzt noch ein paar Worte über die Argumente des Genossen Lenin, die er in seiner Broschüre über den "linken" Kommunismus anführt.

Ich glaube nicht, daß man unsere antiparlamentarische Tendenz für eine solche halten kann, die den Austritt aus den Gewerkschaften fordert.

Die Gewerkschaft ist immerhin, wenn auch verdorben, ein Arbeitermilieu. Aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften austreten - hieße die Auffassung der Syndikalisten teilen, die sich in revolutionären Kampforganen von einem anderen ökonomischen Typus vereinen wollen.

Das ist vom marxistischen Standpunkt aus ein Irrtum, der nichts mit den Argumenten zu tun hat, auf die sich unser Antiparlamentarismus stützt.

In den Leitsätzen heißt es jedoch, daß die Frage des Parlamentarismus für die kommunistische Revolution erst an zweiter Stelle komme; anders aber stehe es um die Frage der Gewerkschaften.

Ich finde, daß man aus der Opposition gegen die Parlamentstätigkeit kein endgültiges Urteil über einzelne Genossen oder kommunistische Parteien fällen kann. Genosse Lenin beschreibt uns in seinem interessanten Werk eine kommunistische Taktik, indem er seine sehr weite Tätigkeit bestimmt, auf Grund einer sehr aufmerksamen Analyse der Situation in der bürgerlichen Welt, und er macht den Vorschlag, bei dieser Analyse in den kapitalistischen Ländern die Erfah-

rungstatsachen der russischen Revolution anzuwenden.

Er betont auch die Notwendigkeit, dem Unterschied zwischen den verschiedenen Ländern Rechnung zu tragen.

Ich unternehme es nicht, diese Methode hier zu erörtern.

Ich will nur bemerken, daß eine marxistische Bewegung in den demokratischen westlichen Ländern eine viel direktere Taktik verlangt, als die Taktik, die in der russischen Revolution angewandt wurde.

Genosse Lonia beschuldigt uns, das Problem der kommunistischen Aktion im Parlament ausschalten zu wollen, weil uns seine Lösung zu schwierig erscheint und weil die antiparlamentarische Taktik die geringste Anstrengung kostet.

Wir sind vollständig darin einig, daß die Aufgaben der proletarischen Revolution sehr groß und schwierig sind. Wir sind überzeugt, daß wir, wenn wir nach dem Problem der Parlamentsaktion auch die übrigen viel wichtigeren Probleme erörtert und bestimmt haben, doch nicht weitergekommen sein werden, und daß ihre Lösung nicht so einfach sein wird, wie wir es uns denken.

Deshalb beabsichtigen wir, die Hauptkräfte der kommunistischen Bewegung für wichtigere Gebiete als das Parlament es ist zu verwenden.

Wir schrecken vor keinen Schwierigkeiten zurück. Wir bemerken nur, daß die opportunistischen Parlamentarier, die auch eine leichte Taktik einschlagen, deshalb durch ihre parlamentarische Tätigkeit nicht weniger mit Arbeit belastet sind.

Daraus schließen wir, daß wir zur Lösung des Problems des kommunistischen Parlamentarismus nach den vorgeschlagenen Leitsätzen (wenn wir diese Lösung annehmen) eine große Anstrengung und eine unermüdliche Tätigkeit brauchen werden und daß dann für die wirklich revolutionäre Tätigkeit wenig Mittel und Energie zurückbleiben werden.

Man kann nicht schon in der bürgerlichen Welt diejenigen Etappen auf politischem Gebiet durchmachen, die erst nach Ausbruch der Revolution durch die ökonomische Umwandlung des Kapitalismus zum Kommunismus ausgekämpft werden müssen.

Der Übergang der Macht von den Ausbeutern an die Ausgebeuteten zieht eine Veränderung in dem Vertretungsapparat nach sich. Der bürgerliche Parlamentarismus muß durch das Sowjetsystem ersetzt werden.

Die alte demokratische Maske des Klassenkampfes muß zerrissen werden, damit die direkte revolutionäre Aktion eingeleitet werden kann.

Das ist unser Standpunkt dem Parlamentarismus gegenüber, ein Standpunkt, der mit der revolutionären marxistischen Methode in vollem Einklang steht.

Ich kann mit einer Ansicht schließen, die wir mit dem Genossen Bucharin teilen. Diese Frage kann und darf nicht dazu beitragen, daß eine Spaltung in der marxistischen Bewegung stattfindet.

Wenn die Kommunistische Internationale die Schaffung eines kommunistischen Parlamentarismus auf sich nehmen will, unterwerfen wir uns ihrer Bestimmung. Wir glauben nicht, daß dieser Plan gelingen wird; aber wir erklären, daß wir nichts unternehmen werden, um dieses Werk unzustoßen.

Ich wünsche, daß der nächste Kongreß der Kommunistischen Internationale nicht über die Resultate der Parlamentsaktion zu debattieren braucht, sondern viel mehr die Siege der kommunistischen Revolution in einer großen Anzahl von Ländern prüfen wird.

Sollte das nicht möglich sein, so wünsche **ich** dem Genossen Bucharin, daß er uns ein weniger trauriges Bild des kommunistischen Parlamentarismus vorlegen kann, als das, mit welchem er diesmal seine Einleitung beginnen mußte.

REDE VON LENIN

Genosse Bordiga wollte angeblich hier den Gesichtspunkt der italienischen Marxisten verteidigen; aber er hat nichtsdestoweniger auf keines der Argumente geantwortet, die hier von anderen Marxisten für eine parlamentarische Aktion vorgebracht wurden.

Genosse Bordiga hat zugegeben, daß die historischen Erfahrungen nicht künstlich entstehen. Er sagte uns oben, daß man den Kampf auf ein anderes Gebiet übertragen müsse. Weiß er denn nicht, daß jede revolutionäre Krise von einer parlamentarischen Krise begleitet war? Er hat zwar davon gesprochen, daß man den Kampf auf ein anderes Gebiet übertragen soll, so auf die Sowjets. Aber Genosse Bordiga hat selbst zugegeben, daß man die Sowjets nicht künstlich errichten kann. Das Beispiel Rußlands beweist, daß die Sowjets erst entweder während der Revolution oder unmittelbar vor der Revolution errichtet werden können. Noch zu Kerenskis Zeiten waren die Sowjets so (nämlich menschowistisch) zusammengesetzt, daß sie sich gar nicht zu einer proletarischen Macht gestalten konnten. Das Parlament ist ein Produkt der historischen Entwicklung, das man nicht aus der Welt schaffen kann, bevor man nicht stark genug ist, das bürgerliche Parlament auseinanderzujagen. Nur wenn man Mitglied des Parlaments ist, kann man von dem gegebenen historischen Standpunkt aus die bürgerliche Gesellschaft und den Parlamentarismus bekämpfen. Dasselbe Mittel, das von der Bourgeoisie in Kämpfen angewandt wird, muß auch vom Proletariat angewandt werden, natürlich mit ganz anderen Zielen. Sie können doch nicht bestreiten, daß dem so ist, und wenn Sie es bestreiten wollen, so müssen Sie damit die Erfahrungen der gesamten revolutionären Ereignisse der Welt streichen. Sie haben gesagt, daß auch die Gewerkschaften opportunistisch sind, daß auch sie eine Gefahr darstellen, andererseits haben Sie jedoch gesagt, daß man für die Gewerkschaften eine Ausnahme machen soll, weil sie eine Arbeiterorganisation darstellen. Das gilt aber nur in einem gewissen Grade. Auch in den Gewerkschaften gibt es sehr rückständige Elemente. Ein Teil des proletarischen Kleinbürgertums, die rückständigen Arbeiter und Kleinbauern, alle diese Elemente denken wirklich, daß ihre Interessen im Parlament vertreten werden und dagegen muß man durch die Arbeit im Parlament ankämpfen und durch Tatsachen den Massen die Wahrheit beibringen. Die rückständigen Massen lassen sich nicht durch Theorien belehren, sie brauchen Erfahrungen.

Das hat man auch in Rußland gesehen. Auch noch nach dem Siege des Proletariats war man gezwungen, die Konstituante einzuberufen, um dem rückständigen Proletariat zu beweisen, daß es damit nichts erringen kann. Man mußte dem Parlament konkret die Sowjets gegenüberstellen zum Vergleich der einen und der anderen Erfahrung, und man mußte ihm die Sowjets als einzige Waffe darstellen.

Genosse Souchy, der revolutionäre Syndikalist, hat dieselben Theorien vertreten; aber die Logik ist nicht auf seiner Seite. Er sagte, er sei nicht Marxist; dann ist das selbstverständlich. Aber wenn Sie, Genosse Bordiga, sagen, daß Sie Marxist sind, dann müßte man von Ihnen mehr Logik verlangen.

Man muß wissen, auf welche Weise das Parlament zerbrochen werden kann. Wenn Sie es durch einen bewaffneten Aufstand in allen Ländern machen können, so ist es sehr gut. Sie wissen, daß wir in Rußland nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis unseren Willen gezeigt haben, das bürgerliche Parlament zu zerstören. Aber Sie haben die Tatsache aus dem Auge gelassen, daß dies ohne eine ziemlich langwierige Vorbereitung unmöglich ist, und daß es für die meisten Länder noch nicht möglich ist, das Parlament mit einem Schlage zu zerstören. Wir sind gezwungen, den parlamentarischen Kampf zur Zerschlagung des Parlaments anzuwenden. Die Bedingungen, welche die politische Linie bestimmen, die von allen Klassen der modernen Gesellschaft verfolgt wird, ersetzen Sie durch Ihren revolutionären Willen, und darum vergessen Sie, daß wir, um das bürgerliche Parlament in Rußland zu zerstören, erst die Nationalversammlung einberufen mußten, und das sogar nach unserem Siege. Sie haben gesagt: Es ist wahr, daß die russische Revolution ein Beispiel ist, das den Bedingungen des westlichen Europas nicht angepaßt werden kann. Aber Sie haben uns kein stichhaltiges Argument vorgebracht, um uns das zu beweisen. Wir sind durch die Periode der bürgerlichen Demokratie hindurchgegangen. Wir sind schnell hindurchgegangen in einer Zeit, wo wir gezwungen waren, Wahlen für die Nationalversammlung auszuschreiben. Und selbst später, als die proletarische Klasse die Macht ergreifen konnte, war es die Bauernklasse, die noch glaubte, daß das bürgerliche Parlament notwendig sei.

Mit Rücksicht auf diese rückständigen Elemente mußten wir Wahlen ausschreiben lassen und den Massen durch das Beispiel, durch die Tatsachen zeigen, daß diese Nationalversammlung, die während der größten allgemeinen Not gewählt worden war, nicht dem Sehnen und den Ansprüchen der ausgebeuteten Klasse Ausdruck gab. Damit wurde der Konflikt zwischen der Sowjetmacht und der bürgerlichen Macht vollkommen klar, und das nicht nur für uns, für die Avantgarde der Arbeiterklasse, sondern auch für die gewaltige Mehrheit der Bauernklasse, für die kleinen Angestellten, die Kleinbürger usw. In allen kapitalistischen Ländern gibt es rückständige Elemente der Arbeiterklasse, die überzeugt sind, daß das Parlament die wahre Vertretung des Volkes ist, und die nicht sehen, daß hier unlautere Mittel angewandt werden. Es ist, sagt man, das Instrument, mit dem die Bourgeoisie die Massen täuscht. Aber dieses Argument muß sich gegen Sie richten und richtet sich gegen Ihre Thesen. Wie werden Sie den wahrhaft rückständigen und von der Bourgeoisie getäuschten Massen den wahren Charakter des Parlaments offenbaren, wenn Sie nicht hineingehen? Wie werden Sie dieses oder jenes parlamentarische Manöver, die Haltung dieser oder jener Partei bloßstellen, wenn Sie nicht im Parlament sind? Wenn Sie Marxisten sind, so müssen Sie erkennen, daß die Beziehungen der Klassen in einer kapitalistischen Gesellschaft und die Beziehungen der Parteien eng verbunden sind. Wie, ich wiederhole es, werden Sie das alles zeigen, wenn Sie nicht Mitglied des Parlaments sind, wenn Sie die parlamentarische Aktion ablehnen? Die Geschichte der russischen Revolution hat klar bewiesen, daß die großen Massen der Arbeiterklasse, der Bauernklasse, der kleinen Angestellten, wenn sie nicht eigene Erfahrungen gemacht hätten, durch kein Argument überzeugt worden wären.

Es ist hier gesagt worden, daß man viel Zeit vergeudet, wenn man an parlamentarischen Kämpfen teilnimmt. Kann man sich irgend eine Gelegenheit denken, an der sich alle Klassen in solchem Umfange beteiligen wie am Parlament? Das läßt sich nicht künstlich schaffen. Wenn alle Klassen veranlaßt werden, sich am parlamentarischen Kampfe zu beteiligen, so deshalb, weil die Klasseninteressen und Konflikte im Parlament ihren Widerschein haben. Wenn es möglich wäre, überall vielleicht zunächst entscheidende Generalstreiks zu veranstalten, um mit einem Male aufzuräumen zu können, dann würde die Revolution schon in verschiedenen Ländern stattgefunden haben. Man muß aber mit den Tatsachen rechnen, und das Parlament stellt die Arena des Klassenkampfes dar. Genosse Borjga und diejenigen, die auf seinem Standpunkt stehen, sollten den Massen die Wahrheit sagen. Deutschland ist das beste Beispiel dafür, daß im Parlament eine kommunistische Fraktion möglich ist, und daher sollten Sie den Massen offen sagen: "Wir sind zu schwach, um eine Partei mit einer straffen Organisation zu schaffen." Das würde die Wahrheit sein, die man aussprechen sollte. Würden Sie aber den Massen diese Schwäche eingestehen, dann würden sie nicht zu Ihren Anhängern, sondern zu Ihren Gegnern, zu Anhängern des Parlamentarismus werden.

Wenn Sie sagten: "Genossen, Arbeiter, wir sind so schwach, daß wir keine so disziplinierte Partei schaffen können, die die Abgeordneten zwingt, ihr zu gehorchen", dann würden die Arbeiter sie verlassen, denn sie würden sich sagen: "Wie werden wir die Diktatur des Proletariats mit so schwachen Leuten aufrichten?"

Wenn Sie glauben, daß am Tage des Sieges des Proletariats die Intellektuellen, die Mittelklasse, die Kleinbürger Kommunisten werden, so sind Sie sehr naiv.

Wenn Sie diese Illusion nicht haben, so müssen Sie von heute an die Arbeiterklasse vorbereiten, sich durchzusetzen. Auf allen Gebieten der Staatsarbeit gibt es keine einzige Ausnahme von dieser Regel. Überall finden wir am Tage nach der Revolution opportunistische Advokaten, die sich Kommunisten nennen, Kleinbürger, die weder die Disziplin der kommunistischen Partei, noch die des proletarischen Staates anerkennen. Wenn sie die Arbeiter nicht vorbereiten, eine wirklich disziplinierte Partei zu gründen, die alle ihre Mitglieder zwingen wird, sich ihrer Disziplin zu unterwerfen, so werden Sie niemals die Diktatur des Proletariats vorbereiten. Darum glaube ich, geben Sie nicht zu, daß es die Schwäche sehr vieler neuer kommunistischer Parteien ist, die Sie zwingt, die parlamentarische Aktion zu verleugnen. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit der wirklich revolutionären Arbeitern uns folgen und sich gegen Ihre antiparlamentarischen Thesen aussprechen wird.

ENTGEGNUNG VON BORDIGA

Die Einwendungen des Genossen Lenin gegen die Leitsätze, die ich vorgelegt habe, und gegen meine Beweisgründe haben sehr interessante Fragen aufgeworfen, die ich hier selbst nicht berühren will und die das Gesamtproblem der marxistischen Taktik widerspiegeln.

Ohne alle Zweifel stehen die parlamentarischen Ereignisse und die Ministerkrise in enger Beziehung mit der Entwicklung der Revolution und der Krise der bürgerlichen Organisation. Damit aber die proletarische politische Aktion auf die Ereignisse Einfluß gewinnen kann, muß man die methodischen Erwägungen in Betracht ziehen, die die marxistische Linke der internationalen sozialistischen Bewegung schon vor dem Kriege veranlaßten, die Beteiligung an Ministerien und die parlamentarische Unterstützung bürgerlicher Ministerien abzulehnen, obwohl dies zweifellos Mittel waren, um auf die Entwicklung der Ereignisse Einfluß zu bekommen.

Die Notwendigkeit, die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu einer Organisation für den Endkampf des Kommunismus zu vereinigen, ist es, welche zu einer Taktik führt, die auf gewissen allgemeinen Aktionsregeln ruht, selbst wenn diese als zu einfach und zu wenig biegsam angesehen werden.

Ich glaube, daß die gegenwärtige historische Mission uns zu einer neuen, durch die Verhältnisse gegebenen Taktik führt, d.h. zur Ablehnung der Teilnahme an den Parlamenten: das ist nicht mehr ein Mittel, um auf die Ereignisse im revolutionären Sinne einzuwirken.

Das Argument, daß das praktische Problem einer kommunistischen, der Parteidisziplin unterworfenen parlamentarischen Aktion gelöst werden muß, da man auch in der nachrevolutionären Periode Menschen des bürgerlichen und halbbürgerlichen Milieus wird organisieren und einordnen müssen, dieses Argument könnte ebenso gut angeführt werden, um die Zweckmäßigkeit sozialistischer Minister unter der bürgerlichen Herrschaft zu rechtfertigen.

Aber es ist nicht der Augenblick, um tiefer in dieses Problem einzudringen, und ich beschränke mich darauf, zu erklären, daß ich bei meinen Ansichten über das Argument, das uns beschäftigt, bleibe. Ich bin mehr denn je davon überzeugt, daß es der Kommunistischen Internationale nicht gelingen wird, eine parlamentarische und zugleich wahrhaft revolutionäre Aktion zustande zu bringen.

Schließlich, da anerkanntermaßen die Thesen, die ich vorge-schlagen habe, sich auf rein marxistische Prinzipien stützen und nichts mit den anarchistischen und syndikalistischen Argumenten gegen den Parlamentarismus zu tun haben, so hoffe ich, daß nur von den antiparlamentarisch gesinnten Genossen, welche sie als Ganzes und in ihrem Geist annehmen, dafür gestimmt wird, da sie die marxistischen Behauptungen, welche den Inhalt der Thesen darstellen, teilen.

DIE LAUFBAHN DES WELTIMPERIALISMUS

(aus PROGRAMME COMMUNISTE, Nr. 67, Juli-August-Sept. 1975)

D I E K A P I T A L I S T I S C H E K R I S E

(Der hier veröffentlichte Bericht wurde der Generalversammlung der Partei von Mai 1975 vorgelegt. Die Daten wurden unter Berücksichtigung der vorhandenen Statistiken von Anfang Juli 1975 ergänzt.)

Nach dreißig Jahren bürgerlichem "Wohlstand" - einem Wohlstand, der sich am Schweiß der Arbeiter und am Blut der vom Imperialismus genordeten Völker mißt - ist die kapitalistische Produktion erneut von der Krise erschüttert. Die herrschenden Klassen bildeten sich ein, daß mit der Aufhebung aller Schranken für die Entwicklung der Handelsbeziehungen und für den freien Kapitalverkehr endlich die Bedingungen für die Stabilität des Kapitalismus eingeführt und das Gespenst dieser Krämpfe, die periodisch den ganzen Produktionsapparat lahmlegen, beseitigt sind. Aber das, was sie der vernünftigen Haltung des von seinen Kinderkrankheiten befreiten kapitalistischen Monster, oder der endlich erlangten vermeintlichen Beherrschung seiner Mechanismen zuschrieben, war nur von vorübergehender Natur. Das Blutbad des zweiten imperialistischen Konfliktes mit seinen massiven Kapitalvernichtungen war für den Weltkapitalismus eine wirkliche Verjüngungskur. Wie es aber der Marxismus vorausgesehen hatte, haben die drei Jahrzehnte von rasender Akkumulation und von Wachstum der Produktivkräfte, für die sie den Weg freimachte, nur zu einer neuen Periode von Zusammenstößen und Krisen führen können, die - wenn die proletarische Revolution vorher nicht Ordnung geschaffen hat - selbst nur in einem neuen imperialistischen Krieg münden kann.

NOTWENDIGKEIT DER KAPITALISTISCHEN KRISEN

Die Bourgeoisie hat immer behauptet, die Wirtschaftskrisen mit den vorhandenen Schranken für die freie Entfaltung des Kapitals erklären zu können: man bräuchte nur diese Schranken - Erben der Vergangenheit oder Produkte der menschlichen Unwissenheit - aufzuheben und alles würde bestens laufen. Da der opportunistische Reformismus im Grunde genommen dieselbe Theorie anerkennt, wirft er der herrschenden Klasse vor, für die Überwindung dieser Schranken unfähig gewesen zu sein, für die "schlechte Verwaltung" des kapitalistischen Apparates - den er fähig wäre, ohne Klippen zu leiten - schuldig zu sein. In Wirklichkeit ist die Ursache der Krisen weder in den der Entwicklung des Kapitals äußerlichen Schranken, noch in der Unerfahrenheit seiner Agenten, zu suchen, sondern wohl IM HERZEN des kapitalistischen Systems selbst: sie steckt im Widerspruch zwischen den vom Kapital entwickelten Pro-

duktivkräften und den bürgerlichen Produktionsverhältnissen, im antagonistischen Wesen einer Produktionsweise, die die Produktionskräfte nur außerordentlich entwickelt, indem sie ihren Produkten eine solche FORM gibt, daß das System sie periodisch zurückwerfen M U ß. Während im Herzen selbst der entwickeltesten kapitalistischen Nationen breite proletarische und halbproletarische Schichten plötzlich ins Elend gestürzt werden, während riesige Gebiete der Erde im Rückstand und im langsamen Tod vegetieren, wird die kapitalistische Produktion plötzlich lahmgelegt, weil sie keine Absatzmärkte mehr findet! Die Erklärung für dieses revoltierende Geheimnis steckt im Wesen des Kapitals selbst: das Kapital ist ein W E R T, der sich zu V E R W E R T E N sucht. Das Kapital stellt seine Produkte her, indem es ihnen die Form von W A R E N gibt, d.h. von Gebrauchswerten, die gleichzeitig T A U S C H W E R T E sind. Diese Waren werden nicht mit dem Ziel produziert, die Bedürfnisse der Gattung zu befriedigen, sondern um auf dem Markt einen bestimmten M E H R W E R T zu realisieren, d.h. um sie zu einem bestimmten Preis und also mit einem bestimmten Profit gegen Geld zu tauschen, um sie somit in einem dem ursprünglich vorgeschossenen Kapital höheren Geldkapital rückzuverwandeln, dann in Produktivkapital, damit der kapitalistische Akkumulationszyklus wieder anfängt usw.. Die Überproduktion bedeutet nicht, daß man im Verhältnis zu den Bedürfnissen an Konsumgütern oder an Produktionsgütern zu viel produziert hat, sondern daß der Markt - dessen Aufnahmekapazität im Verhältnis zu den Verwertungsbedürfnissen nur A P O S T E R I O R I bekannt sind und auf den neue Warenmassen geworfen werden, die von individuellen oder kollektiven Produzenten stammen - nicht mehr in der Lage ist, für die Waren den Preis und damit den Profit zu zahlen, die sie "normalerweise" einbringen sollten. Aber die Waren sind nur eine verwandelte Form des Kapitals. Hinter der Überproduktion von WAREN im Verhältnis zu der vom Markt erlaubten VERWERTUNG steckt also nichts anderes als die Überproduktion von KAPITAL im Verhältnis zu seinen eigenen Verwertungsbedürfnissen. Schließlich verhindern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst die Verwertung des Kapitals. Wie Marx schreibt, ist "die WAHRE Schranke der kapitalistischen Produktion DAS KAPITAL SELBST" (1). Mit anderen Worten hemmt das Kapital als Produktionsverhältnis die Verwertung des Kapitals als Produktivkraft, die zu einer unbegrenzten Entfaltung tendiert.

Im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die von der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und von der Produktivitätssteigerung begleitet wird, verschärft sich dieser Widerspruch mit dem Fall der Profitrate: diese drückt oben den Verwertungsgrad des Kapitals aus und sein tendenzieller Fall bedeutet, daß diese Verwertung historisch schwieriger wird. Die Rebellion der PRODUKTIVKRÄFTE des Kapitals gegen die kapitalistischen PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE - d.h. die Marktverhältnisse, das Kapital und die Lohnarbeit - bricht unvermeidlich in den Krisen der kapitalistischen Produktion aus:

(1) DAS KAPITAL, Dritter Band, 15. Kapitel, S. 261, DIETZ VERLAG BERLIN 1973.

"Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebenen Verleilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. um diesen Prozeß ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen.

Es wird zuviel Reichtum produziert. Aber es wird periodisch zuviel Reichtum in seinen kapitalistischen, gegensätzlichen Formen produziert." (2)

Das Leben des Kapitals selbst ist also nur eine Aufeinanderfolge von periodischen Krisen, in denen alle von der kapitalistischen Produktionsweise akkumulierten Widersprüche mehr oder weniger gewaltsam zum Ausbruch kommen. Im ersten Band des KAPITALS beschreibt Marx diesen Zyklus, der sich mit allen Konsequenzen für die Arbeiterklasse unvermeidlich wiederholt:

"Die ungeheure, stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauf folgende Überfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt. Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation. Die Unsicherheit und Unstetigkeit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage des Arbeiters unterwirft, werden normal mit diesen Periodenwechsel des industriellen Zyklus. Die Zeiten der Prosperität abgerechnet, rast zwischen den Kapitalisten heftigster Kampf um ihren individuellen Raumanteil am Markt. Dieser Anteil steht in direktem Verhältnis zur Wohlfeilheit des Produkts. Außer der hierdurch erzeugten Rivalität im Gebrauch verbesserter, Arbeitskraft ersetzender Maschinerie und neuer Produktionsmethoden tritt jedesmal ein Punkt ein, wo Verwohlfeilierung der Ware durch gewaltsamen Druck des Arbeitslohnes unter den Wert der Arbeitskraft erstrebt wird."(3)

(2) Ebenda, S. 268

(3) DAS KAPITAL, Erster Band, 13. Kapitel, VII - S. 476.

Die periodischen Krisen sind also keine "Unfälle" im Leben des Kapitals: sie sind ihm I N H Ä R E N T und N O T W E N D I G, wie das Atmen für das Leben des Menschen. Regelmäßig sprengen sie alle "Vorteile" in die Luft, die das Kapital der Arbeiterklasse zu "garantieren" vorgibt. Sie machen aus der Unsicherheit und der Unbeständigkeit die N O R M A L E Lage der Arbeiterklasse und verschlimmern periodisch ihre Lebensbedingungen, da sie immer dazu führen, einen Teil der Proletarier auf die Straße zu werfen und die Löhne des ganzen Proletariats zu kürzen. Diese einfache Stelle von Marx teilt den Opportunisten eine großartige Ohrfeige aus, die glauben machen wollen, daß das Kapital und sein Staat irgendetwas der Arbeiterklasse "garantieren" könnten, oder daß das Interesse dieser in der "Verteidigung der Volkswirtschaft" oder des "Unternehmens" liegt, während sich die Volkswirtschaften und die Unternehmen eben mit Entlassungen und Lohnkürzungen verteidigen.

KREISLAUF DER KRISEN UND ZYKLUS DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTION

Die periodischen Krisen des Kapitals verleihen der kapitalistischen Produktion eine zyklische Bewegung aus einer Reihenfolge mittlerer Aktivität, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation. Im zweiten Band des KAPITALS zeigt Marx, wie sich dieser Zyklus materiell bildet:

"In demselben Maße also, worin sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Wertumfang und die Lebensdauer des angewandten fixen Kapitals entwickelt, entwickelt sich das Leben der Industrie und des industriellen Kapitals in jeder besonderen Anlage zu einem vieljährigen, sage im Durchschnitt Zehnjährigen. Wenn einerseits die Entwicklung des Kapitals dieses Leben ausdehnt, so wird es andererseits abgekürzt durch die beständige Unwälzung der Produktionsmittel und die Notwendigkeit ihres ständigen Ersatzes infolge des moralischen Verschleißes, lange bevor sie physisch ausgelebt sind. Man kann annehmen, daß für die entscheidendsten Zweige der großen Industrie dieser Lebenszyklus jetzt im Durchschnitt ein zehnjähriger ist. Doch kommt es hier nicht auf die bestimmte Zahl an. Soviel ergibt sich: Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch - die ganze Gesellschaft betrach

tet - mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus."(4)

Die Tendenz des fixen Kapitals (Ausrüstungen, Maschinen), sich immer mehr zu entwerten, ist ein grundlegendes Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, die die mit der Produktivitätssteigerung zusammenhängende Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ausdrückt und die als Konsequenz die Tendenz zur Verlängerung seiner Lebensdauer hat. Aber im Gegensatz dazu wird das fixe Kapital meistens "moralisch" abgenutzt, d.h. durch die Schaffung neuer Produktionsmethoden und neuer Maschinen veraltet, bevor es materiell verbraucht wird (5). Die berühmte "Konkurrenzfähigkeit", d.h. das Rennen nach vorn unter dem Antrieb der Konkurrenz, verlangt, daß man es ersetzt, obwohl es noch lange Jahre gebraucht werden könnte. Man kann sich die ungeheure Vergewandlung gesellschaftlicher Arbeit vorstellen, die von diesem Akkumulationswahnsinn verursacht wird. Die Resultante dieser zwei Tendenzen sieht so aus, daß in der Epoche, wo Marx schreibt,

(4) DAS KAPITAL, Zweiter Band, 9. Kapitel, S. 185-186, DIETZ VERLAG BERLIN, 1963. An anderer Stelle betont Marx: "Es kann durchaus keinem Zweifel unterliegen, daß der Zyklus, den die Industrie durchläuft, seit der Entwicklung des C A P I T A L F I X E in großem Maßstab, in einem P L U S O U M O I N S zehnjährigen Zeitraum zusammenhängt mit dieser so bestimmten G E S A M T P R O D U K T I O N D E S K A P I T A L S. Wir werden auch andere Bestimmungsgründe finden. Aber dies ist einer." (GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, DIETZ VERLAG BERLIN, 1974, S. 608). Siehe ebenfalls die Korrespondenz zwischen Marx und Engels vom 2. bis 5. März 1858, wo Marx an Engels insbesondere schreibt: "Die Durchschnittszeit, worin die Maschinerie erneuert wird, ist E I N (von Marx hervorgehoben) wichtiges Moment in der Erklärung des mehrjährigen Zyklus, den die industrielle Bewegung durchläuft, seit die große Industrie sich konsolidiert hat..." (2. März 1858); und nachdem Engels auf eine durchschnittliche Abschreibungsdauer von $13 \frac{1}{3}$ Jahren auf der Grundlage einer Abschreibungsrate von $7 \frac{1}{2}\%$ jährlich hingewiesen hat, antwortet Marx: "Die Zahl von 13 Jahren entspricht, soweit es nötig ist, der Theorie, da sie eine E I N H E I T für eine Epoche der industriellen Reproduktion setzt, die mehr oder weniger zusammenfällt mit der Periode, worin sich die großen Krisen wiederholen, deren Verlauf natürlich noch durch ganz andre Momente, ihrer Reproduktionszeit nach, bestimmt wird. Das Wichtige ist mir, in den unmittelbaren materiellen Voraussetzungen der großen Industrie E I N (von Marx hervorgehoben) Moment der Bestimmung für die Zyklen zu finden." (BRIEFE ÜBER DAS KAPITAL, DIETZ VERLAG BERLIN, 1954, S. 81-84).

(5) Dieser "moralische Verschleiß" des fixen Kapitals findet seinen Ausdruck in den kapitalistischen Buchungspraktiken, die das, was sie "degressive Abschreibung" der Ausrüstungsgüter nennen, erlauben.

der durchschnittliche Lebenszyklus des fixen Kapitals 10 Jahre beträgt.

In Wirklichkeit ist diese Lebensdauer sehr unterschiedlich je nach Branchen und Techniken und es wäre absurd, sich vorzustellen, daß alle Kapitalisten zusammen alle 10 Jahre ihr Material erneuern. Aber DIE KRISE DIEN T I M M E R A L S A U S G A N G S P U N K T F Ü R M Ä C H T I G E I N V E S T I T I O N E N. Mit anderen Worten ist die Investitionsbewegung E I N E R D E R M O T O R E N der periodischen Krisen. Muß man da staunen? Auf keinen Fall: dieses Gesetz steht in vollkommener Übereinstimmung mit einem anderen Gesetz des Kapitalismus, das von Marx bewiesen wurde und an das Lenin später in mehreren Polemiken gegen die russischen Volkstümler erinnert hat (6), nämlich daß sich die Entwicklung der kapitalistischen Produktion wesentlich A U F K O S T E N D E R P R O D U K T I O N S M I T T E L vollzieht. Mit anderen Worten ist der Sektor I - Produktion von Produktionsgütern - der wirkliche M O T O R der kapitalistischen Produktion. Nebenbei bemerkt, ist hier noch ein Argument der kleinbürgerlichen und opportunistischen Ökonomie, das von Marx unwiderruflich vernichtet wurde: man könnte "die Krise vermeiden", indem man "den Volkskonsum entwickelt". Aber der "Volkskonsum" ist wohl das fünfte Rad am kapitalistischen Wagen und folglich der letzte Kummer seiner Agenten, nicht der Motor, der das Ganze wieder auf die Beine bringen kann! Was jetzt die Steigerung des "Volkskonsums" - d.h. die Verbesserung der Lebensbedingungen der Proletarier - anbetrifft, so ist das einzig und allein die Sache von K L A S S E N K A M P F und nicht von Ratschlägen oder von Bittschriften, die an den Ausbeuterstaat von unterwürfigen, reformistischen und parlamentarischen Marionetten gerichtet werden.

Die Produktionszyklen beruhen auf der Investitionsbewegung des Kapitals, werden aber auch von anderen Faktoren mitgestaltet, wie in folgendem Passus aus "DAS KAPITAL" beschrieben:

"Mit der Akkumulation und der sie begleitenden Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst die plötzliche Expansionskraft des Kapitals, nicht nur, weil die Elastizität des funktionierenden Kapitals wächst, und der absolute Reichtum, wovon das Kapital nur einen elastischen Teil bildet, nicht nur, weil der Kredit, unter jedem besonderen Reiz, im Umschlag ungewöhnlichen Teil dieses Reichtums der Produktion als Zusatzkapital zur Verfügung stellt. Die technischen Bedingungen des Produktionsprozesses selbst, Maschinerie, Transportmittel usw. ermöglichen, auf größter Stufenleiter, die rascheste Verwandlung von Mehrprodukt in zushüssige Produktionsmittel. Die mit dem Fortschritt der Akkumulation

(6) Namentlich ÜBER DIE SOGENANNTTE MARKTFRAGE, (1893), Werke, Bd. I; ZUR CHARAKTERISIERUNG DES ÖKONOMISCHEN ROMANTISMUS (1897), Werke, Bd. II; DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN RURLAND (1899), Werke, Bd. III.

überschwellende und in Zusatzkapital verwandelbare Masse des gesellschaftlichen Reichtums drängt sich mit Frenesie in alte Produktionszweige, deren Markt sich plötzlich erweitert, oder in neu eröffnete, wie Eisenbahnen usw., deren Bedürfnis aus der Entwicklung der alten entspringt.(7)

Die erweiterten alten Märkte und die neu eröffneten werden von Waren allmählich überfüllt; es entsteht ein "Überangebot", bis der Markt schließlich nicht mehr aufnahmefähig ist. Die Wechselfälle des Handels verquicken sich mit der alternierenden Bewegung des Kapitals.

Dies alles - Wechselfälle des Handels, Überangebot, Sättigung des Marktes - sind nichts anderes als Formen, in denen - immer über den Weg der Konkurrenz, der kapitalistischen Anarchie und, um mit Engels zu sprechen, der Planlosigkeit - der Widerspruch zwischen Entwicklung der Produktivkräfte einerseits und Produktionsverhältnissen andererseits offen zu Tage tritt.

Sobald sich die Märkte öffnen, werden die Waren in solchen Mengen produziert und zu solchen Preisen verkauft, daß sie im Verhältnis zu den Aufnahmekapazitäten der Märkte in Überangebot stehen. Alle der Entwicklung des Kapitalismus immanenten Phänomene haben als Folge, diesen Widerspruch zu VERSCHÄRFEN, indem sie ihm erlauben, sich ohne Schranken zu manifestieren; die technischen Fortschritte, die eine flexible und rasche Verwandlung des Geldkapitals ins Produktivkapital ermöglichen, die Schnelligkeit der Transportmittel, die die Beschleunigung der Realisierung der Waren und der Rückverwandlung des Warenkapitals in Geldkapital ermöglicht, tragen zum selben Ergebnis bei; ähnlich ist es mit den erzielten Produktivitätsgewinnen, die die Öffnung neuer Märkte und "die Erweiterung der alten" durch die Preissenkung erlauben. Die Mechanismen der Konkurrenz zwischen den Kapitalien gehen Hand in Hand mit der Erneuerungs- und Wachstumsbewegung des fixen Kapitals, um diese Abwechslung von Expansions- und Kontraktionsperioden in Gang zu bringen, die das Leben selbst der kapitalistischen Produktion darstellt: anfangs langsame Wiederaufnahme und Investitionsbewegung; Beschleunigung der Wechselwirkung der verschiedenen Branchen der Produktion; Kapitalzufluß, fieberhafte Investitionen, spekulative Raserei in allen Sphären, mit anderen Worten BOOM, Verstopfung der Märkte und brutale Rückentwicklung der Konjunktur, Krise und Depression. Einmal diese Bewegung hergestellt, wiederholt sie sich mechanisch und jede Krise zeichnet das Ende eines Zyklus und den Anfangspunkt eines anderen:

"Ganz wie Himmelskörper, einmal ⁱⁿ eine bestimmte Bewegung geschleudert, dieselbe stets wiederholen, so die gesellschaftliche Produktion, sobald sie einmal in jene Bewegung wechselnder Expansion und Kontraktion geworfen ist. Wirkungen werden ihrerseits zu Ursachen, und die Wechselfälle des ganzen

Prozesses, der seine eigenen Bedingungen stets reproduziert, nehmen die Form der Periodizität an. Aber erst von der Zeit an, als die mechanische Industrie so tiefe Wurzeln geschlagen hatte, daß sie auf die ganze nationale Produktion einen überwiegenden Einfluß ausübte; als durch sie der Außenhandel dem Binnenhandel den Rang abzulaufen begann; als sich der Weltmarkt sukzessive ausgedehnter Gebiete in der neuen Welt, in Asien und in Australien bemächtigte; als schließlich die industriellen Nationen, die auf die Arena traten, zahlreich genug geworden waren - erst von dieser Zeit an datierten jenseit sich stets wieder erzeugenden Zyklen, deren aufeinanderfolgende Phasen Jahre umfassen und die immer hinauslaufen auf eine allgemeine Krise, die Ende eines Zyklus und Ausgangspunkt eines neuen ist." (8)

Mit anderen Worten, wenn die Krisen eine absolute Notwendigkeit der in ihrem abstrakten Niveau betrachteten kapitalistischen Produktionsweise sind, bildet sich ihre Wiederholung **H I S T O R I S C H** in einer zyklischen Bewegung von Expansion und Kontraktion der Produktion, nach einem gewissen Entwicklungs- und Ausdehnungsgrad des Kapitalismus, durch das Zusammenspiel einer Reihe von Phänomenen, die sich aus den Gesetzen des Kapitals und ihrer Anwendung in einem gewissen materiellen, konkreten, geographischen, historischen, politischen, usw. Kontext ergeben. Diese Bewegung zieht die Nationen mit, die durch ihre Tausch- und Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt eng miteinander verbunden sind. Dies kann sich gewaltsam manifestieren, wie es Marx und Engels 1847, 1857 und 1867 feststellten und analysierten. Sie kann sich mildern, sogar in gewissen Momenten anscheinend verschwinden, wie es Engels z. B. für England in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts feststellt, als die Konkurrenz, der die britische Industrie von Seiten ihrer jungen kontinentalen Rivalen ausgesetzt war mitunter so aussah, daß die Depression fortdauernd war (9). Aber das ist die Ausnahme. In seinem Referat über "Die Weltwirtschaftskrise und die neuen Aufgaben der kommunistischen Internationale" auf dem III. Kongreß der Komintern (10)

(8) Ebenda, S. 662

(9) "Die sich schnell entwickeln die ausländische Industrie starrt der englischen Produktion überall ins Gesicht, nicht nur auf zollgeschützten, sondern auch auf neutralen Märkten und sogar diesseits des Kanals. Während die Produktivkraft in geometrischer Reihe wächst, schreitet die Ausdehnung der Märkte bestenfalls in einer arithmetischen Reihe fort. Der zehnjährige Zyklus von Stagnation, Prosperität, Überproduktion und Krise, der von 1825 bis 1867 immer wiederkehrte, scheint allerdings abgelaufen zu sein; aber nur um uns im Sumpf der Verzweiflung einer dauernden und chronischen Depression landen zu lassen." (Vorwort zur englischen Ausgabe, DAS KAPITAL, 1886. Erster Band, S. 39-40, DIETZ VERLAG BERLIN, 1972)

(10) Protokoll des III Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Reprint) Bd. I, Erlangen 1973, S. 48 ff.

zitierte Trotzki eine in der Londoner TIMES von Januar 1921 veröffentlichte Tabelle, woraus klar hervorgeht, daß die britische Wirtschaft zwischen 1783 und 1921 16 Zyklen durchgemacht hatte, d.h. 16 Krisen und 16 "Prosperitäts"phasen jeder Zyklus umfaßte durchschnittlich annähernd $8 \frac{2}{3}$ Jahre. Nach den offiziellen Daten der Regierung der Vereinigten Staaten hat die amerikanische Wirtschaft zwischen 1892 und 1969 17 Zyklen von einer durchschnittlichen Dauer von $4 \frac{1}{3}$ Jahren - der umfangreichste ist selbstverständlich der, der mit der großen Krise von 1929 zusammenfällt - durchgemacht (11).

Das Thema führte zu Tintenergüssen bei den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern, die offenbar Schwierigkeiten haben, diese Wirklichkeit der widersprüchlichen und kranpftaften Entwicklung des Kapitals, die regelmäßig Millionen Arbeiter auf die Straße wirft, mit der Auffassung einer harmonischen Produktionsweise in Einklang zu bringen, die allen Wohlstand und Sicherheit bringen soll, wie sie verbreiten. Aber von all denjenigen, deren vergebliche Mission in dem Versuch besteht, die Krämpfe der kapitalistischen Maschinerie vorauszusehen und zu mildern, wird das Dilemma doch begriffen; so veröffentlicht von nun an die sehr offizielle Organisation für Zusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung (OECD), die alle entwickelten kapitalistischen Länder umfaßt, in ihrem monatlichen statistischen Bulletin (das wir regelmäßig als statistische Quelle benutzen), einen vollständigen Teil für zyklische Indikatoren der gewerblichen Industrien (12) Gleichzeitig haben die amerikanischen und englischen "Experten" zusammengesetzte Indizes LEADING INDICATORS oder "fortgeschriebene Indikatoren" "aufgestellt", d.h. ökonomische Indizes, die es ermöglichen, einige Monate vorher die Tendenz und die Rückentwicklungen der Konjunktur vorauszusehen. Elend der bürgerlichen "Wissenschaft": dem mächtigsten Imperialismus der Welt bleibt nichts weiter übrig, als zu versuchen, die wirtschaftliche Zukunft sechs Monate vorher vorauszusehen! (13) Welch Ohnmachtsgeständnis der Bourgeoisie gegenüber ihrer eigenen Produktionsweise!

Nach dem zweiten imperialistischen Krieg hat sich der Zyklus nicht überall sofort manifestiert, denn die Bedürfnisse des Wiederaufbaus nach den massiven Zerstörungen von Gütern und damit von Kapital hatten riesige Absatzmärkte für den amerikanischen Imperialismus geschaffen und den vollständig oder teilweise vernichteten Kapitalismen eine neue Jugend gegeben. Die Abwechslung von Expansion und Kontraktion in den westlichen kapitalistischen Ländern hat aber wieder angefangen, sich zu manifestieren, wie wir es mit Zahlen und Graphiken für die USA, Großbritannien, Deutschland und Japan belegt hatten (14). Aber die Zyklen ~~haben~~ noch nicht parallel in den verschiedenen Ländern: die Expansion bei den einen konnte einer Rezession bei den anderen entsprechen, was je-

(11) US Bureau of Economic Analysis, LONG-TERM ECONOMIC GROWTH, 1860-1970, Washington, 1973.

(12) OECD, PRINCIPAUX INDICATEURS ECONOMIQUES, Dritter Teil, ZYKLISCHEN INDIKATOREN.

(13) Nach THE ECONOMIST vom 19.4.75 wären die amerikanischen Indikatoren NICHT PESSIMISTISCH GENUG GEWESEN (!), d.h. sie hätten nicht erlaubt, die Dauer und die Tiefe der gegenwärtigen Krise vorauszusehen.
(Anmerkung 14 auf Seite 64!)

der Volkswirtschaft ermöglichte, wenn sie in Schwierigkeiten gerät, durch das Spiel der Exportesozusagen "die Schäden in Grenzen zu halten". Dieser Mechanismus selbst mußte aber unvermeidlich zu einer Vereinheitlichung der unterschiedlichen Zyklen führen. Einmal der Wiederaufbau beendet, die wichtigsten Zoll- und Währungsschranken abgeschafft (namentlich die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der wichtigsten Währungen), die deutschen und japanischen Imperialismen wirtschaftlich wiederaufgerichtet und wieder massiv auf dem Weltmarkt auftretend, machte mit dem Ende der sechziger Jahre die Ära der durch eine beispielelose Phase von guten Geschäften hervorgerufenen bürgerlichen Illusionen Platz für die Ära der Zusammenstöße und der Krisen. Der Währungs- und Handelskrieg von 1970-71 (Abwertung des Dollars, amerikanisch-japanischer Zusammenstoß, Währungschaos) war das Produkt einer relativ leichten Krise, die sich mit Verlangsamung des Zuwachses der Industrieproduktion oder Sinken, Kontraktion des Welthandels, Zunahme der Arbeitslosigkeit usw., auf die USA konzentrierte.

Nach dieser "kleinen" Krise, die unter anderem das westliche Kapital veranlaßt hat, zu versuchen, die "Öffnung nach Osten" zu beschleunigen, in der vergeblichen Hoffnung, den sich anbahnenden schärferen Krisen zu entgehen, gab es eine Wiederaufnahme und einen gleichzeitigen WirtschaftsB O O M, der seinen Höhepunkt 1973-74 erreichte, mit einer starken Inflation, plötzlicher Steigerung der Rohstoffpreise usw. Durch die Handelsbeziehungen auf dem Weltmarkt hat sich der wirtschaftliche Zyklus von nun an vereinheitlicht. Der G L E I C H Z E I T I G E Boom, der folglich um so S T Ä R K E R ist, hat unabwendbar zu einer um so T I E F E R E N Krise 1975 geführt. Die kapitalistische Weltwirtschaft hat den sie kennzeichnenden krampfartigen Lauf mit immer heftigeren Stößen wieder aufgenommen.

ERLÄUTERUNG DER GEGENWÄRTIGEN KRISE

o INDUSTRIEPRODUKTION

Das einfachste Barometer der Entwicklung und der Krämpfe des Kapitalismus ist der Index der Industrieproduktion, den man in allen entwickelten Ländern berechnet. In früheren Partearbeiten wurde dieser Index benutzt, um die historische Dynamik der kapitalistischen Entwicklung klarzustellen, die für die jüngeren Kapitalismen schneller ist und die sich mit der Entwicklung des Kapitals verlangsamt. Wir bewiesen damit unter anderem die Nichtigkeit der stalinistischen Theorie, die die hohen Rhythmen der russischen Industrieproduktion - die in Wirklichkeit der Jugend des russischen Kapitalismus zu verdanken waren, wie ihre spätere Verlangsamung dies bestätigt hat - einem vermeintlichen "Sozialismus" zuschrieben. Der Kapitalismus entwickelt die Produktivkräfte ungleichmäßig, schneller für die jüngeren Kapitalismen, langsamer für die älteren. Diese ungleichmäßige Entwicklung - in der andere materielle, historische, geographische, politische Faktoren mitwir-

(14) Siehe PROGRAMME COMMUNISTE, Nr. 64 vom Oktober 1974. Auf Deutsch "Laufbahn des Weltimperialismus", in "Auszüge aus der Presse der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI", Nr. 5, Jan. 1975.

ken), bildet die materielle Grundlage der Modifizierung der zwischenimperialistischen Kräfteverhältnisse, die zu den Zusammenstößen und zu den Kriegen führt, die mit den Krisen der Produktion alternieren oder zusammenfallen.

Betrachtet man den Index der Industrieproduktion während einer langen Periode, so wird das Gesetz des Alterns des Kapitalismus und der ungleichmäßigen Entwicklung bestätigt. So sahen die DURCHSCHNITTLICHEN Jahreszuwachsrate der Industrieproduktion für die sechs wichtigsten Länder in der Periode zwischen 1955 und 1973 wie folgt aus (15):

JAPAN	: 13,1%
ITALIEN	: 7,2%
BRD	: 5,8%
FRANKREICH	: 5,8%
USA	: 4,6%
GROßBRITANNIEN	: 2,9%

Die Expansions- und Krisenzyklen stellen gewissermaßen für jedes Land die Schwankungen des Indexes des Wirtschaftsseismographen auf beiden Seiten der "Tendenzlinie" dar, die die Entwicklung der Produktivkräfte dieses Landes in einer bestimmten Epoche kennzeichnet. Als wir für 18 Jahre berechnete, durchschnittliche Jahresraten zitierten, hatten wir diese Tendenzlinie zwischen 1955 und 1973 willkürlich als geradlinig und gleichmäßig gesetzt. I N W I R K L A B E S H K E I T a b e r hat sie die Tendenz mit der schrittweisen Verlangsamung der Zuwachsrate historisch in Kurven zu verlaufen.

Um jetzt den krampfartigen Lauf der kapitalistischen Wirtschaft klarzustellen, werden wir von der langfristigen Wachstumsbewegung abstrahieren. Wir betrachten nicht den Index der Industrieproduktion selbst, sondern die Variationsraten jedes monatlichen Indexes in Verhältnis zum selben Monat des Vorjahres, was uns ermöglicht, Monat für Monat die Wechselfälle der Produktion zu verfolgen. Die Tabelle 1 (S. 66) umfaßt diese Monat für Monat berechneten jährlichen Zuwachsrate für die USA, Großbritannien, Japan, die BRD, Frankreich und Italien, von Januar 1970 bis zu den letzten verfügbaren Zahlen (16). Diese Zahlen sind graphisch in den Kurven des Anhangs dargestellt. Sie zeigen den Aufschwung, der der Rezession von 1970-71 folgte, dann den Boom von 1972-73, dann die Tendenzwende in der zweiten Hälfte von 1973 und schließlich den allgemeinen Sturz der Industrieproduktion in der zweiten Hälfte von 1974 und in 1975.

Wir haben absichtlich die Länder nicht einzeln dargestellt, sondern die sechs Kurven in einer graphischen Darstellung zusammengestellt, die besser als lange Kommentare zeigt, wie I N T E R N A T I O N A L und S I M U L T A N die Krise ist — die Herren Theoretiker der

(15) THE ECONOMIST, 12-7-75.

(16) Dieselben Berechnungen werden für die Periode von 1963 bis 1971 nicht Monat für Monat aufgestellt, sondern Trimester für Trimester in vorhergehenden Bericht über "Die Laufbahn des Weltimperialismus", PROGRAMME COMMUNISTE, Nr. 64. In Deutsch siehe "Auszüge aus der Presse der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI", Nr. 5 Jan. 1975, S. 19.

TABELLE 1 - INDUSTRIEPRODUKTION

Variation des Indexes in Verhältnis zum selben Monat
des Vorjahres (in %)

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
USA												
1970	-0,7	-1,4	-2,0	-2,0	-2,0	-2,7	-3,4	-3,4	-4,8	-6,8	-6,9	-4,8
1971	-2,1	-2,1	-2,1	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-2,1	-0,7	2,9	2,9	2,9
1972	2,9	4,3	5,0	5,7	5,7	5,7	6,9	8,7	8,5	10,0	10,7	10,6
1973	9,8	9,7	9,6	9,4	10,3	11,3	11,2	10,1	9,1	8,1	7,2	6,2
1974	2,6	0,8	0	0,8	0,8	0	-0,8	-1,5	-1,6	-1,7	-4,3	-6,5
1975	-9,3	-10,8	-11,9	-12,4	-13,1	-12,6						
GROßBRITANIEN												
1970	0,8	2,4	4,1	2,4	-0,8	0	0	1,6	2,4	3,2	0	1,6
1971	3,2	0	-2,3	0	2,4	1,6	1,6	0	-0,7	-0,7	0,8	-0,7
1972	-2,3	-8,8	2,4	2,3	3,9	2,3	4,7	4,7	5,5	6,3	7,1	7,9
1973	8,0	20,8	10,9	6,8	4,7	6,7	5,7	5,7	4,7	4,5	2,7	0
1974	-7,4	-6,3	-4,4	0	0	-0,9	0,9	1,8	0	-2,0	-2,7	-2,1
1975	4,9	3,8	0	-4,7	-6,7							
JAPAN												
1970	18,7	18,8	21,4	18,0	17,0	20,0	17,7	16,9	14,7	11,4	9,7	10,3
1971	10,3	8,1	9,2	5,1	0,4	3,0	3,0	3,8	4,9	2,2	6,9	3,7
1972	5,2	6,4	6,2	7,4	13,7	8,4	7,6	8,3	7,8	10,5	11,2	14,9
1973	18,2	17,1	18,7	17,7	19,4	18,3	19,4	18,0	17,8	18,4	17,2	12,6
1974	9,8	9,0	3,1	2,4	2,3	-1,5	-1,1	-5,3	-6,1	-9,7	-13,4	-13,8
1975	-18,0	-18,3	-15,8	-14,4	-14,7							
BRD												
1970	8,6	9,3	10,0	8,5	11,1	4,8	7,6	4,0	3,4	3,3	1,3	0
1971	3,3	3,9	1,9	3,9	-1,8	3,2	1,9	-0,6	3,3	3,2	1,9	-3,3
1972	2,5	-1,2	1,2	1,2	3,1	0,6	1,2	3,2	2,5	3,8	6,4	15,6
1973	8,6	12,7	6,6	8,5	5,6	10,5	3,8	8,7	11,3	5,5	5,5	6,3
1974	1,8	0,8	0,8	0	0,8	3,5	2,5	-2,1	-2,7	-4,4	-3,5	-8,9
1975	-8,5	-8,5	-4,3	-12,9	-5,5							
FRANKREICH												
1970	7,9	7,9	9,4	7,0	4,2	4,9	2,7	2,7	6,3	3,4	6,3	5,5
1971	2,0	3,3	6,0	1,9	2,6	6,0	7,4	7,4	8,6	8,6	8,6	7,2
1972	8,4	6,4	5,0	7,7	11,1	7,6	8,1	8,1	5,5	5,5	6,7	8,6
1973	9,0	10,9	10,1	7,2	10,6	9,8	9,5	9,5	9,0	8,7	7,6	1,6
1974	2,5	2,5	0	3,3	0,8	2,5	4,0	4,0	0,8	0	-3,2	-4,2
1975	-7,2	-7,2	-8,9	-12,7								
ITALIEN												
1970	4,1	7,1	4,1	2,7	3,4	0	2,7	0	10,0	14,5	17,7	11,7
1971	0	-1,3	-2,6	-4,6	-2,6	-2,7	-5,9	-6,2	-2,0	-0,6	-1,9	-0,6
1972	1,3	0,6	0,6	2,8	3,4	4,1	2,1	5,2	-2,0	5,3	4,0	1,9
1973	3,9	5,0	6,1	15,4	14,0	18,0	23,7	20,0	18,3	12,4	12,5	11,4
1974	20,0	16,1	17,8	12,5	8,9	7,2	2,6	-4,2	4,3	-2,8	-7,3	-11,1
1975	-12,5	-7,3	-14,3	-9,8	-18,7							

QUELLE: O.E.C.D., PRINCIPAUX INDICATEURS ECONOMIQUES und in der Presse veröffentlichte nationale Statistiken. Die Zahlen wurden nach den monatlichen Indizes der Industrieproduktion saisonbereinigt berechnet.

"besonderen Eigenschaften" und der "nationalen Wege" werden geboten ihre Brille aufzusetzen. Die wichtigsten westlichen kapitalistischen Länder sind über den Weltmarkt K O N K U R R E N T E N und gleichzeitig S O L I D A R I S C H, da sie U N T E R E I N - A N D E R den größten Teil der Waren, die sie produzieren, tauschen. Damit ZIEHEN SIE SICH G E G E N S E I T I G IN DIE KRISE, wie sie sich gegenseitig in die vorangegangene Expansionsphase gezogen hatten.

Die Nationen, die den Weltmarkt beherrschen, ziehen ebenfalls die kleineren kapitalistischen Länder in die Krise, wie der verallgemeinerte Sturz des Produktionsindex dieser Länder zeigt. So ist die Industrieproduktion von März 1974 bis März 1975 wie folgt gesunken:

KANADA	± 7,1%	BELGIEN	- 9,9%
AUSTRALIEN	- 8,2%	HOLLAND	- 9,1%
ÖSTERREICH	- 7,5%	SPANIEN	- 7,9%

Die statistischen Daten der Tabelle 1 zeigen ebenfalls die TIEFE und die DAUER der Krise, die seit dem Ende des zweiten imperialistischen Konfliktes ihre gleichen nicht findet: im Juni 1975 wird die Industrieproduktion von einem Jahr zum anderen den 12. Monat hintereinander in den USA, den 13. in Japan, den 11. in der BRD, den 9. in Italien, den 8. in Frankreich gesunken sein (Großbritannien ließen wir außer Acht, da der Vergleich für die ersten drei Monate von 1975 wegen des Bergarbeiterstreiks und der an Anfang 1974 daraus resultierenden Dreitageweche verfälscht wäre) Nach den verfügbaren Zahlen des letzten Monates ist die Industrieproduktion in einem Jahr um 12,6% in den USA, um 6,7% in Großbritannien, um 14,7% in Japan, um 5,5% in der BRD, um 12,7% in Frankreich und um 18% in Italien gesunken, während nichts darauf hindeutet, daß der tiefste Punkt der Krise erreicht worden ist.

o PREISBEWEGUNG

Die alternierende Bewegung von Expansion und Krise der kapitalistischen Produktion wirkt sich auf die Preise aus, und tendiert da zu, ihnen ebenfalls eine alternierende Bewegung von Steigerung und Senkung zu verleihen:

"Gicht den Krisen meist eine allgemeine Inflation of prices (Preissteigerung) vorher in allen der kapitalistischen Produktion angehörigen Artikeln. Sie nehmen daher alle an dem nachfolgenden crash (Krach) teil und sind alle zu den Preisen, die sie vor dem crash hatten, overburdening the market (Überlastung des Marktes). Der Markt kann eine Warenmasse absorbieren zu fallenden, unter ihren Kostenpreisen ge fallenen Preisen, die er zu ihren früheren Marktpreisen nicht absorbieren könnte. Die Übermasse der Waren ist immer relativ; d.h. Übermasse bei gewissen Preisen. Die Preise, zu denen die Waren dann absorbiert werden, ruinierend für den Produzenten oder Kaufmann." (17)

Die Tatsache, daß der Markt in der Lage ist, die Waren zu NIEDRIGEN Preisen aufzunehmen, Waren, die er nicht aufnehmen konnte, als ihre Preise höher lagen - was man in jeder Krise empirisch feststellen kann - zeigt sehr wohl, daß es sich hier nicht um eine Überproduktionskrise AN SICH handelt, sondern um Überproduktionskrisen von K A P I T A L in Verhältnis zu der von den kapitalistischen und Marktverhältnissen erlaubten Verwertung. Der einzige Ausweg für das in seiner Gesamtheit betrachtete Kapital ist dann der Sturz der Warenpreise, der einen Verlust für die Verkäufer, den Untergang und den Bankrott für gewisse Produzenten und also die E N T W E R T U N G des Gesamtkapitals mit sich bringt, bis zu dem Punkt, wo es ihm wieder möglich ist, seinen Verwertungszyklus wiederaufzunehmen.

Die zyklische Bewegung der Produktion ist aber nicht die einzige, die die Preisbewegung mitgestaltet. Andererseits wird der Preis jeder Ware letzten Endes von W E R T dieser Ware bestimmt, der H I S T O R I S C H dazu tendiert, mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sinken. Aber andererseits erscheint mit der Entwicklung des Kapitalismus, die die Konzentration und die Zentralisation des Kapitals, dann die Bildung von Monopolen und Kartellen impliziert, eine fortdauernde Tendenz zur Preissteigerung historisch als Ergebnis der Verallgemeinerung der monopolistischen Praktiken gegenüber dem Antriebe des Falles der Profitrate, mit dem Vorteil für das Kapital, die Lohnarbeiter um einen Teil ihres Lohnes ständig zu berauben.

Das Ergebnis der Kombination dieser Tendenzen ist eine galoppierende Inflation in produktiver BOOMPERIODE, wie die Erfahrung der Jahre 1973 und 1974 ausreichend gezeigt hat, und ein WIDERSTAND zur Senkung der Preise in Krisen- und Depressionsperioden. Dieser "Widerstand" ist nur eine GESAMTTENDENZ: die Preise können in den wenig monopolistischen und wenig kartellisierten Sektoren sinken; andererseits, da die Konkurrenz in Wesen des Kapitals selbst liegt, ist kein Kartell garantiert, in einer sehr tiefen Krise standzuhalten und sie können plötzlich zusammenbrechen, nachdem sie der Welle für einen Augenblick widerstanden haben (18).

(18) In der Wirklichkeit alternieren und treten Kartellisierung und Konkurrenz zusammen auf, wie das Beispiel der Stahlindustrie zeigt. Noch in vollen Boom in der ersten Hälfte von 1974 mußte sie am Ende des Jahres eine gewaltige Wende hinnehmen, die sie in eine gewaltsame Krise gestürzt hatte (die Gesamtbewegung der Produktion tendiert gewissermaßen dazu, die der verschiedenen Branchen eigenen, besonderen Zyklen zu "disziplinieren" und ihren Rhythmus zu unterwerfen). Anfang April haben die Vertreter der französischen Stahlindustrie verlangt, die Grenzen der E.G. für die Importe zu schließen. Dieser Antrag war hauptsächlich gegen Japan gerichtet, dessen Stahlimporte in dem Maße stiegen, wie die Rezession auf dem Binnenmarkt Fuß faßte (in Richtung E.G. sind diese Exporte in den drei ersten Monaten von 1975 gegenüber demselben Zeitraum von 1974 gestiegen). Schon in diesem Augenblick lief eine große Zahl Hochöfen mit wenig^{er} als 50% ihrer Kapazität und die Preise innerhalb der E.G. sind um 40% für bestimmte Produkte gegenüber den erreichten Spitzen von 1974 auf dem Höhepunkt des Booms gesunken. Im Mai 1975 ist die Rohstahlproduktion in einem Jahr um 23,3% in den USA, um 24,3% in Großbritannien, um 15% in Japan, um 30,8% in der BRD, um 40% in Frankreich und um 13% in Italien gefallen,

TABELLE 2 - INDEX DES WELTKURSES DER METALLE

	Monat	Index	Variation in einem Jahr
1974	Mai	245,8	+ 102%
	Juli	158,7	+ 14%
	September	139,3	+ 4%
	November	131,9	- 19%
1975	Januar	117,8	- 26%
	März	126,0	- 36%
	Mai	116,5	- 52%
	Juli	111,5	- 40%

QUELLE: Index von THE ECONOMIST (Grundindex: 100 für 1970) in Dollar; erste Woche jedes Monats.

Aufgrund dieses "Widerstandes" kommt aber die Krise nicht ohne weiteres durch den Sturz der Preise zum Ausdruck, sondern zuerst durch den Sturz von gewissen Preisen (diejenigen, für die die Preiskonkurrenz "frei" spielt) und durch die Verlangsamung oder den Stop der Steigerung der anderen. Das ist oben, was man anhand zweier Serien von Preisstatistiken feststellen kann, die den Schwankungen der Produktion ziemlich schnell folgen: die Rohstoffpreise und die Großhandelspreise.

ROHSTOFFPREISE. Wir werden den Zusammengesetzten Indikator des Kurses der Metalle in Dollar benutzen, der von der englischen Zeitschrift THE ECONOMIST regelmäßig errechnet und veröffentlicht wird. Die Tabelle zeigt die Entwicklung dieses Index - bei 1970 = 100 für die letzten 16 Monate. In Mai 1974 erreichte er sein historisches Rekordniveau aller Zeiten, nämlich 245,8: die Preise der wichtigsten Metalle waren in einem Jahr um 102,5% gestiegen, d.h. sie hatten sich V E R D O P P E L T: dies für den BOOM. Nach der Spitze von Mai 1974 ist der Sturz sehr gewaltig und ein Jahr später, im Mai 1975, ist der Index um 52% gesunken. Mit anderen Worten, die Preise sind um die HÄLFTE gesunken, was bedeutet, daß sie ungefähr ihr Niveau von Mai 1973 wiedererreichten: dies für die Krise. Nach 1975 setzt sich das Sinken fort, obwohl sein Rythmus sich leicht verlangsamt. In Juli war der Index um 111,5, also um 40% gegenüber demselben Monat des Vorjahres niedriger und um 54% gegenüber der Spitze von Mai 1974.

(Fortsetzung der Fußnote 18, S. 68) und die Aufträge ließen eine noch empfindlichere Verschlechterung voraussehen. Um einen Preiskrieg untereinander zu vermeiden, haben dann die europäischen Produzenten unter der Schirmherrschaft der E.G. ein Kartell gebildet, das die Einschränkung der Produktion planen soll, wie es seit langen in Japan praktiziert wird: von Juni bis September wird die Produktion um 15% gegenüber derselben Periode des Vorjahres reduziert. Gleichzeitig werden Kontakte mit den japanischen Stahlproduzenten angeknüpft..., während die Amerikaner über die notwendigen Maßnahmen beraten, um eine plötzliche Flut von europäischen und japanischen Importen einzudämmen. Es ist anzunehmen, daß Dreierverhandlungen stattgefunden haben oder stattfinden werden, um ähnliche Kartellabmachungen wie während der Krise von 1971 zu erreichen. Die Preissenkung, die begann, sich zu manifestieren, wird schließlich durch eine Reihe von Kartellabmachungen eingedämmt, an denen sich die großen Produzenten der Branche auf Weltenebene beteiligen.

GROSHANDELSPREISE. Die Tabelle 3 faßt die Entwicklung der Großhandelspreise der letzten sieben Monate Land für Land zusammen. Außer für Großbritannien kann man für alle Länder eine Verlangsamung der Steigerung und eine Stabilisierung ungefähr ab November 1974 um den Index 155 für die USA, 156-157 für Japan, 143-144 für die BRD, 190-191 für Italien feststellen; für Frankreich begann der Index - dessen Berechnungsweise verschieden ist -, ab Juli 1974 zu fallen. Andererseits verlangsamte sich für die gleichen Länder der jährliche Steigerungsrhythmus deutlich und ging in sieben Monaten von 18,9% auf 12% für die USA, von 31,3% auf 4% für Japan, von 16,1% auf 5,8% für die BRD, von 43,8% auf 9,7% für die Italien zurück. Für Frankreich ist der Index auch gesunken.

TABELLE 3 - INDEX DER GROSHANDELSPREISE

	Sept. 74	Nov. 74	Jan. 75	März 75	April 75	Mai 75
USA.....	151	156	156	154	156	157
Variation in einem Jahr (%)	18,9	23,8	17,3	12,4	13,0	12,1
GROßBRITANIEN..	159	165	172	179	182	187
"	24,6	27,9	28,3	26,0	24,6	25,5
JAPAN.....	156	157	157	156	156	156
"	31,3	24,6	10,5	5,4	4,0	4,0
BRD.....	137	139	143	143	144	144
"	16,1	15,8	13,5	8,3	8,2	5,8
FRANKREICH.....	161	159	155	152	151	147
"	28,8	19,5	7,6	-2,5	-7,5	-9,2
ITALIEN.....	187	190	190	191	191	191
"	43,8	39,7	25,8	13,0	10,4	9,7

QUELLE: OECD, PRINCIPAUX INDICATEURS ECONOMIQUES.

o DER WELTHANDEL

Die gegenwärtige Krise manifestiert sich ebenfalls durch eine Einengung der Tauschbeziehungen auf dem Weltmarkt, die die Zyklen der Produktion immer begleitet.

ZUWACHS DER WELTEXPORTE IN VOLUMEN

1968: + 13%	1972: + 8,5%
1969: + 10%	1974: + 4,5%
1970: + 9%	1975: + 5%
1971: + 6,1%	

Nach einer starken Zunahme des Volumens der Weltexporte 1973 (+14,5%) war die Verlangsamung schon 1974 deutlich, mit einer Zunahme von nur 5%! Für 1975 schon die Experten der GATT zum ersten Mal seit dem Ende des zweiten imperialistischen Krieges einen R Ü C K - G A N G des Gesamtvolumen der Exporte voraus.

Diese Einengung des Welthandels bedeutet unvermeidlich eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den rivalisierenden Imperialismen, einen Wiederausbruch des Handelskrieges, des Protektionismus

und der Währungsmanöver, usw.

VEREULENDUNG DER ARBEITERKLASSE

Für die Arbeiterklasse bedeuten die Produktionszyklen die PERMANENTE UNSICHERHEIT unter dem Regime des Kapitals; für die einen bedeuten die periodischen Krisen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, für die anderen Erhöhung der Arbeitsintensität, für alle Lohnsenkung und Vereulendung.

o ARBEITSLOSIGKEIT

Mit dem Fall der Produktion entledigt sich das Kapital der überschüssig gewordenen Arbeitskraft; es nutzt ebenfalls die Gelegenheit, um sich "umzustrukturieren", d.h. den Produktionsapparat so zu reorganisieren, um eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Intensität der nicht entlassenen Arbeiter zu erreichen, um somit seine Ausgaben an variablem Kapital noch mehr zu verringern und seine Mehrwertrate zu steigern. Die Aufblähung der Reservearmee erlaubt, die Löhne zu drücken und die Ausbeutung noch mehr zu verschärfen.

Trotz der sie umgebenden zynischen Verfälschungen können die offiziellen bürgerlichen Statistiken die gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht verschleiern. Die nach den offiziellen Statistiken jedes Landes aufgestellte Tabelle 4 zeigt Monat für Monat die rapide Zunahme der Arbeitslosenzahl: ihre Zahl ist in einem Jahr von Mai 1974 bis Mai 1975 offiziell um 82% in den USA, um 50% in Großbritannien, um 122% in Deutschland, um 89% in Frankreich, um 44% in Japan gestiegen; die Zahlen über Italien sind offensichtlich so verfälscht, daß man sie nicht zu berücksichtigen braucht.

Wenn die SCHWANKUNG der offiziellen bürgerlichen Zahlen einen Hinweis geben, den man als repräsentativ nehmen kann (indem man von der Hypothese ausgeht, daß der Grad der Verfälschung immer der gleiche ist), geben die absoluten Zahlen der Arbeitslosen nur ein schwaches Bild der Realität. Sie berücksichtigen die durch verschiedene Mittel erfolgte AUSWEISUNG DER IMMIGRIERTEN nicht; legaler Einwanderungsstop an den Grenzen; staatlicher und außerstaatlicher Terrorismus. Sie berücksichtigen auch nicht die Arbeiter, die sich nicht melden, weil sie wohl wissen, daß dies nichts einbringt, auch nicht die latente Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit, die von Arbeitszeitverkürzungen bis zu Zwangsferien usw. reicht. Eine wirkliche Schätzung der industriellen Reservearmee würde eine gründliche Analyse erfordern. Wir werden einfach versuchen, eine MINIMALE Schätzung der realen Arbeitslosenzahl nach den bürgerlichen Daten selbst für die ersten vier Monate von 1975 zu machen:

USA: Die offizielle Arbeitslosenzahl (von den saisonbedingten Schwankungen bereinigt), betrug im Mai 1975 8.538.000, d.h. mehr als 9% der aktiven Bevölkerung. Die offiziellen Stellen geben jedoch zu, daß 1.500.000 Arbeitslose nicht in der Statistik erfaßt sind, weil sie durch die Krise entmutigt sind, Arbeit zu suchen. Laut dem Präsidenten des Wirtschaftsausschusses des Kon-

TABELLE 4 - OFFIZIELLE STATISTIKEN FÜR ARBEITSLOSIGKEIT

	Sept. 74	Jan. 75	März 75	April 75	Mai 75	Juni 75
USA.....	5.303.000	7.529.000	7.980.000	8.176.000	8.538.000	7.896.000
Variat.in 1Jahr(%)	+25	+59	+73	+80	+82	+65
GROßBRITANIEN...	613.000	763.000	769.000	823.000	834.000	862.000
"	+13	+22	+29	+36	+50	+60
JAPAN.....	690.000	990.000	1.120.000	980.000	910.000	
"	+9	+35	+24	+42	+44	
BRD.....	557.000	1.154.000	1.114.000	1.087.000	1.017.000	1.002.000
"	+154	+86	+98	+92	+122	+122
FRANKREICH.....	535.000	766.000	755.000	757.000	737.000	738.000
"	+27	+60	+72	+82	+89	+94

grosses, Senator Humphrey, betrug die REALE Arbeitslosenzahl im Februar schon 10.800.000 (19) gegenüber einer offiziellen Zahl von 7.500.000. Wenn man die gleiche "Berichtigungsquote" auf die Zahl von Mai anwendet, kommt man zu einer Schätzung von mindestens 12 Millionen Arbeitslosen. Dazu muß man die Kurzarbeiter (3.900.000 in März), die Hunderttausende "illegaler" Immigrierten (Mexikaner usw.) rechnen, die von plötzlich schärfer gewordenen Polizeikontrollen abgeschoben werden, sobald die Wirtschaft ihre billige Arbeitskraft nicht mehr braucht, und die schwarzen Arbeitslosen, von denen ein guter Teil von den offiziellen Statistiken nicht berücksichtigt wird usw.

GROßBRITANIEN. Die Zahlen der OECD unterschätzen ziemlich die Wirklichkeit, da sie weder die gerade auf den Arbeitsmarkt gelandeten Jugendlichen, noch die deutliche Auswanderung der britischen Arbeiter, die gezwungen sind, in anderen Ländern Arbeit zu suchen, noch die Kurzarbeiter (250.000 in Mai 1975) berücksichtigen.

FRANKREICH. Die offizielle Zahl von 737.000 Arbeitslosen in Mai entspricht genauso wenig der Wirklichkeit. Als man die Kriterien des "Internationalen Arbeitsbüro" angewendet hatte, kam man zu einer Schätzung von 1 Million Arbeitslosen im März 1975 (20), denen man 265.000 Kurzarbeiter hinzufügen mußte. Nach einer Studie der Bank von England, die versucht hat, die Schätzungen zu vereinheitlichen, indem sie die Unterschiede der Rechenmethoden von Land zu Land ausglich, stellten die Arbeitslosen in Frankreich im April 5,1% der aktiven Bevölkerung dar, was ungefähr 1.150.000 Personen entspricht (21). Diese Schätzungen selbst dürften aber auch der Wirklichkeit nicht entsprechen, da sie den

(19) INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE, 8.3.1975

(20) L'EXPANSION, Mai 1975

(21) FINANCIAL TIMES, 20.6.1975

USA eine Arbeitslosenquote von 7,7% zugeschrieben, während selbst die offiziellen amerikanischen Statistiken sie auf 8,6% schätzten! Und man muß **hinzufügen**, daß alle diese Zahlen die Ausweisung der immigrierten Arbeiter nicht berücksichtigen.

BRD. Die offizielle Zahl von 1.017.000 Arbeitslosen in Mai berücksichtigt ebenso wenig die Ausweisung der "Gastarbeiter", deren Zahl zwischen März 1974 und März 1975 um 300.000 zurückgegangen ist, wie die Kurzarbeiter, deren Zahl im April ca. 1 Million betrug.

JAPAN. Selbst die bürgerlichen Experten geben zu, daß die offiziellen japanischen Statistiken nichts relevantes enthalten, da sie weder die entlassenen Saisonarbeiter, noch die Kurzarbeiter, weder die durch Druck auf die Lohnarbeiter erzwungenen, freiwilligen "Kündigungen", noch die aufgezwungenen "Ferien", die die vorübergehenden Schließungen verschleiern, berücksichtigen. Vor kurzem gab die Bank Mitsubishi in ihrem Bulletin zu, daß "sich der Arbeitsmarkt in einen äußerst ernsten Zustand befindet. (...) Der Anstieg der Arbeitslosenquote in Japan bildet eine äußerst ernste Lage..." (22). Ausgehend von diesen Tatsachen, von einer aktiven Bevölkerung von mehr als 50 Millionen Personen und vom Ausmaß des Sturzes der Industrieproduktion, kann man mit Sicherheit annehmen, daß die offizielle Zahl mindestens verdreifacht werden muß, damit man zu einer minimalen Schätzung der Arbeitslosenzahl gelangt.

Eine summarische Schätzung der M I N I M A L E N Arbeitslosenzahl für die wichtigsten westlichen Länder führt zu folgenden Ergebnissen:

USA	12.000.000
JAPAN	2.700.000
FRANKREICH	1.200.000
GROßBRITANIEN	1.100.000
BRD	1.500.000
ITALIEN	1.500.000

Alle 6 Länder zusammen 20.000.000

Wenn man insgesamt mindestens 1.300.000 Arbeitslose für die restlichen entwickelten Länder Westeuropas und 1.400.000 für Kanada und Australien hinzufügt, kommt man bei den wichtigsten entwickelten westlichen kapitalistischen Ländern Ende März 1975 zu einer Mindestzahl von ca. 22-23 Millionen Arbeitslosen. Diese Zahl wird bis Ende des Jahres stark steigen.

o VERSCHLECHTERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN DER ARBEITERKLASSE

Die meisten bürgerlichen Staaten haben damit angefangen, unter dem Vorwand des "Kampfes gegen die Inflation" die Reallöhne zu senken, um die Mehrwerttrate zu steigern und die Profitrate wieder herzustellen. Die Krise verschärft diese Tendenz, da die Kapita-

listen, die, wie Marx schreibt, "versuchen, die Preise der Waren zu senken, indem sie den Lohn unter den Wert der Arbeitskraft drücken" und denen bei dieser Arbeit der durch die Aufblähung der Reservearmee ausgeübte Druck hilft. Wir werden dies mit einigen Zahlen näher erläutern.

USA. Die Offensive gegen die Löhne wurde längst vor der eigentlichen Krise eingeleitet. Nach den offiziellen Statistiken des DEPARTMENT OF COMMERCE (23) erreichte der Durchschnittslohn aller Branchen im April 1974 4,44 Dollar die Stunde. Wenn man aber diesen Lohn in KONSTANTEN Dollars ausdrückt, d.h. in offizieller, realer Kaufkraft nach Ausschaltung der Inflationsauswirkungen, hörte er seit September 1973 nicht auf, zu sinken und ging vom Index 109,9 (Grundindex 100 für 1967) zum Index 106,3 über, d.h. eine Senkung von 3,3%.

Ein noch ausdrücklicherer Indikator, der insbesondere der durch schnittlichen Arbeitszeitverkürzungen Rechnung trägt, ist das verfügbare Einkommen eines Arbeiters mit einem Haushalt von drei Personen. Drückt man dieses Einkommen in konstanten Dollars von 1967 aus (d.h. in offizieller realer Kaufkraft nach Ausschaltung der Inflationsauswirkungen), betrug es im Oktober 1972 97,50 Dollar die Woche: seitdem sinkt es regelmäßig weiter und erreichte im April 1975 87,46 Dollar die Woche, d.h. eine SENKUNG VON 10,3% IN ZWEIFINHALB JAHREN. Wir erinnern daran, daß diese Zahlen - wie die folgenden - offiziell den Reallohn der Lohnarbeiter ausdrücken, DIE ARBEIT HABEN und daß mit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Arbeiterklasse eine viel empfindlichere Senkung erfahren.

FRANKREICH. Nach den offiziellen Statistiken des Arbeitsministeriums (24) begann Ende 1974 und Anfang 1975 die Kaufkraft der Arbeiter zu sinken. Zwischen Oktober 1974 und April 1975 ist der offizielle Index des Stundenlohnes in der gewerblichen Industrie von 176,7 auf 190,4 übergegangen, was einen Zuwachs von 7,7% bedeutet. Wenn man die Inflation abzieht, ist die Kaufkraft des Stundenlohnes für dieselbe Periode offiziell um 1,8% gestiegen. Da die Arbeitszeit in einer Woche aber von 43,7 Stunden auf 42,7 Stunden gesunken ist, was eine Verkürzung von 2,3% bedeutet, IST DIE REALE KAUFKRAFT GESUNKEN und dies umso mehr, da Arbeitszeitverkürzungen hauptsächlich die besser bezahlten Überstunden treffen. Der Abbau des Reallohnes ist besonders in den von den Arbeitszeitverkürzungen am meisten getroffenen Branchen spürbar, wo er bis zu 5-6% erreicht.

JAPAN. Der Staat und die Unternehmer hatten im Voraus das Maximum der Lohnerhöhungen, die während der im Frühling jährlich stattfindenden Tarifverhandlungen zu vereinbaren sind, auf 15% festgesetzt. Während für die Gewerkschaften der reale Anstieg der Lebenskosten in einem Jahr von März 1974 bis März 1975 18,9% erreicht hatte (25) gegen 13,9% nach dem offiziellen Index, betrug die gebilligte durchschnittliche Jahreserhöhung nur 13,2%. In der Textilbranche

(23) Alle Zahlen stammen aus SURVEY OF CURRENT BUSINESS, blaue mittlere Seiten, Sektion LABOR FORCE, EMPLOYMENT AND EARNINGS.

(24) Siehe LE MONDE 4.6.75.

haben die Gewerkschaften sogar den totalen Stop der NOMINALLÖHNE gegen ein "Versprechen", daß es keine Entlassungen geben wird, angenommen. In seiner Stellungnahme zu diesen Ergebnissen gab das Bulletin der Bank Mitsubishi zu, daß die Gewerkschaften "große Zugeständnisse bei den Lohnforderungen wegen der Verschlechterung der Wirtschaftslage" gemacht haben, und daß "die Lohnzuwachsrate mit den Ansichten der Arbeitgeber übereinstimmt" (26).

ENGLAND. Trotz der lauten Schreie der Bourgeoisie, die die "übertriebenen" Lohnforderungen für die Krankheiten des alten britischen Kapitalismus verantwortlich macht, begann die Kaufkraft des nach den offiziellen Zahlen der OECD berechneten Stundenlohnes ab August 1974 zu sinken, mit Schwankungen, die die Kampflust einer Arbeiterklasse ausdrücken, die wenig bereit ist, "freiwillig" die von ihr seitens der Einheitsfront von Kapital, seines Staates und von politischem und gewerkschaftlichem Reformismus geforderten Opfer zu bringen. Da ihnen die Lohnsenkung für die Überlebensbedürfnisse des britischen Kapitalismus zu langsam vorangeht, hat die Labourregierung - mit Einverständnis der TUC (Gewerkschaftsdachverband) - einen allgemeinen Stop für die Erhöhungen der Wochenlöhne auf ein jährliches Maximum von sechs Pfund zentral festgesetzt, während die Verbraucherpreise in einem Rhythmus von jährlich 25% steigen.

Allein mit den AM ANFANG der Krise verfügbaren Daten kann man schon feststellen, daß in allen westlichen Ländern die berühmte, bürgerliche "Prosperität" nur zum Anstieg der Arbeitslosigkeit, zur Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt hat, mit einem Wort zur Verelendung der Arbeiterklasse. Bis Ende 1975 und im Jahre 1976 werden sich diese Tendenzen unvermeidlich noch mehr verschärfen.

DIE KRISE UND DIE "SOZIALISTISCHEN" LÄNDER

Können die russische Wirtschaft, die der osteuropäischen Länder, die zur Einflußzone des russischen Imperialismus gehören, und die Wirtschaft Chinas von der Krise verschont bleiben, die die westlichen kapitalistischen Wirtschaften hart trifft ?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir darauf zurückgreifen, was unsere Partei 1956 schrieb, um zu erklären, warum die russische Wirtschaft von der großen Krise von 1929 verschont blieb:

"1929 gab es keinen Verbindungskanal zwischen dem entstehenden sowjetischen Kapitalismus und dem internationalen Kapitalismus und dem Weltmarkt. Diese Verbindungswege werden erst zehn Jahre später mit dem Krieg von 1939 in beachtlicher Weise wiederhergestellt.

"Das erklärt die Tatsache, daß die Krise nicht auf Rußland übergriff, das sich in einer Phase schwerwiegender Unterproduktion befand (ein Zwanzigstel der heutigen Produktion, ein Zehn-

tel und sogar weniger Prokopfproduktion der kapitalistischen Länder von damals). Demzufolge konnte eine Überproduktionskrise weder in Rußland selbst auftauchen, noch von außen eindringen. Die Traggödie spielte sich gänzlich außerhalb seiner Grenzen ab".

Die Tatsache, daß die Krise von 1929 Rußland verschonte, ist keinesfalls dem angeblich "sozialistischen" Wesen seiner Wirtschaft zu verdanken. Aber, schreiben wir weiter, "einmal der Eiserner Vorhang durch den Wettstreit in Spinnweben verwandelt, wird die weltweite Krise des Marktes der jungen russischen Industrie mitten ins Herz stechen"(27).

Diese Zeilen geben die ganze Erklärung für die heutige Situation.

Wie Marx es zeigt, entstehen und setzen sich die Zyklen von Expansions- und Krisenperioden nach einem bestimmten kapitalistischen Entwicklungsgrad in den entwickeltsten Ländern fest und übertragen und vereinheitlichen sich durch den Weltmarkt in den Ländern, die am stärksten darin integriert sind.

Auch wenn der russische Kapitalismus selbstverständlich viel weiter entwickelt ist als 1929, so ist er doch gegenüber dem westlichen Kapital noch relativ rückständig. Seine Entwicklung ist durch die Rückständigkeit seiner Agrarstruktur und die schwache Produktivität seiner Landwirtschaft gehemmt. Er ist vor allem noch gezwungen, den größten Teil der technologisch weiter entwickelten Produktionsgüter im Westen zu kaufen, die er selbst nicht produzieren kann und die er mit Hilfe von Kapitalkrediten finanzieren muß. Diese Verspätung bedeutet nicht, daß die russische Wirtschaft keine Krisen kennt: die Anarchie der Produktion herrscht dort genauso wie im Westen, und es genügt, die russische Presse zu lesen, um zu wissen, daß Berge von verschiedensten Waren regelmäßig hier wie dort verderben, weil sie produziert wurden, ... ohne daß man die Marktbedürfnisse vorausgesehen hat. Es handelt sich hier aber um Krisen, die noch Branchen und Produktionssektoren aufs Geratewohl der Willkür der kapitalistischen Anarchie treffen, und nicht um allgemeine Krisen, die alle wichtigen Produktionssektoren treffen, und somit die ganze Wirtschaft ergreifen. Die Überproduktion an Kapital und Waren ist lokalisiert und episodisch: sie ist noch nicht allgemein. Eine allgemeine Überproduktionskrise kann 1975 noch nicht in Rußland SELBST entstehen und ausbrechen.

Zweite Hypothese. Kann die Krise VON AUßEN HER durch den Tausch auf dem Weltmarkt übertragen werden? Um diese Frage zu beantworten, muß man zu den Zahlen zurückkehren. Für die westlichen Länder hat sich die Öffnung nach Osten 1974 weiter fortgesetzt: gegenüber 1973, wo die Exporte der sechs wichtigsten westlichen kapitalistischen Länder in alle "sozialistische" Länder schon stark gestiegen waren, nahmen sie 1974 um ca. 36% zu. Wie es aber die Tabelle 5 (S.77) zeigt, bleibt die Inzidenz dieser Exporte in Richtung Osten im Verhältnis zu ihrem GESAMTEXPORT noch sehr schwach: 2,2% der amerikanischen Exporte, 3,1% der

(27) DIALOGUE AVEC LES MORTS, S. 146.

TABELLE 5 - EXPORTBEWEGUNG

Prozentsätze der Exporte von							
	USA	GROßBR.	JAPAN	BRD	FRANKR.	ITALIEN	RUßLAND (1973)
in Richtung:							
USA		10,7	23,3	7,5	4,8	7,6	0,9
GROßBRITANNIEN	4,6		2,7	4,8	6,5	5,1	3,4
JAPAN	10,8	1,9		1,4	1,0	1,0	3,9
BRD	5,0	6,1	2,7		17,2	18,4	2,9
FRANKREICH	3,0	5,5	1,3	11,8		12,5	1,7
ITALIEN	2,8	3,0	0,7	8,1	11,6		1,9
Der 6 Länder + Benelux	32,6	38,3	33,6	52,9	57,8	52,9	17,7
der "sozialis- tischen" Länder	2,2	3,1	7,0	8,4	4,0	5,8	57,7

QUELLEN: berechnete Zahlen nach: OECD, STATISTIQUES DU COMMERCE EXTERIEUR, für alle Länder außer Rußland und das sowjetische Jahreshandelsbuch des Außenhandels (VNECHNAIIA TORGOVLIA SSSR), Moskau 1974, für Rußland. Zahlen des Jahres 1973 für Rußland, 1974 für die anderen Länder. Um die letzte Zahl der Spalte "BRD" zu berechnen, haben wir auf der Grundlage von Presseinformationen die Exporte der BRD in Richtung DDR auf 1,3 Milliarden Dollar im Jahre 1974 geschätzt.

englischen, 4% der französischen, 5,8% der italienischen. Allein Japan und die BRD räumen diesen Ländern einen beachtlichen Teil ihrer Exporte ein. Wenn man sich aber diese Zahlen ansieht, versteht man, daß die Öffnung nach Osten unzureichend war, um dem Westen zu erlauben, die Krise zu umgehen.

Wie dieselbe Tabelle zeigt, treiben die entwickelten, westlichen Länder den größten Teil ihres Handels UNTEREINANDER. Für die "sozialistischen" Länder gilt das gleiche, wie die letzte Spalte der Tabelle 5 zeigt: noch 1973 lieferte Rußland nur weniger als ein Prozent seines Gesamtexportes an seinen großen privilegierten amerikanischen Partner; und an die sechs entwickelten kapitalistischen Länder, die das Herz und der Motor des Weltkapitalismus sind, lieferte es nur noch etwas mehr als ein Sechstel seines Gesamtexports (ein Verhältnis, das 1974 wachsen wird, ohne jedoch ein Fünftel zu übersteigen), während es mehr als die Hälfte davon an die anderen, sogenannten "sozialistischen" Länder lieferte.

Rußland dringt immer mehr in den Weltmarkt ein, aber der Eisenerz Vorhang ist NOCH NICHT das "Spinnweb" geworden, von dem wir 1956 sprachen, auch wenn er auf dem besten Weg dorthin ist. Der Grad der Integration Rußlands in den Weltmarkt ist noch nicht so

groß, daß sich die Krisen des Westens automatisch auf seine Wirtschaft übertragen. Das ist der Grund, warum der russische Kapitalismus die tiefe Krise nicht kennt, die den westlichen Kapitalismus befällt.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Krise es gänzlich verschonen wird. Sogar die Krise von 1929 blieb nicht ohne Einfluß, denn während der Depression des Weltmarktes nahmen die russischen Exporte ab, und demzufolge die Importe (hauptsächlich Werkzeugmaschinen und Ausrüstungsgüter), die mit den Exporten bezahlt wurden, wie es die Zahlen weiter unten zeigen:

EXPORTE UND IMPORTE RUSSLANDS

(in Millionen Rubel)

Jahr	Exporte	Importe
1929	724	691
1930	813	830
1931	636	867
1932	451	552
1933	389	273
1934	328	182

QUELLE: STATISTICHESKII SBORNIK, Moskau 1970.

Derselbe Mechanismus muß bei der Krise von 1975 eintreten, obwohl durch die sehr hohe Steigerung der Erdölpreise, Rußland exportiert Erdöl, der "Verlust" bei anderen Exporten teilweise ausgeglichen werden kann, die zweifellos den Kauf der Ausrüstungsgüter, die Rußland unbedingt anschaffen möchte, ein wenig verzögern wird. Die Krise des westlichen Kapitalismus dient nicht den Interessen Moskaus.

Im Großen und Ganzen gilt dasselbe für China, dessen Integrationsgrad in den Weltmarkt noch relativ sehr schwach ist, das aber 80% der Exporte in westliche kapitalistische Länder ausführt, und damit seine Käufe an Ausrüstungsgütern finanziert.

Dagegen sind gewisse osteuropäische Länder, wie Ungarn und vor allem Polen, schon stark in den Weltmarkt integriert und treiben mit den großen westlichen Ländern einen großen Teil ihres Außenhandels. Die Einengung des Welthandels wird sich unvermeidlich auf ihre Industrieproduktion auswirken, wie sich die Inflation schon auf ihre Preise auszuwirken begann.

Wenn der russische Kapitalismus aber der Krise von 1975 entkommt, so ist es nur eine Zeitfrage. Die massiven Käufe an Ausrüstungsgütern und die Kapitalkredite in Westen tragen zu seiner Entwicklung bei. Seine Integration in den Weltmarkt schreitet ständig voran, wie es die Zahlen der Tabelle auf Seite 79 bezeugen.

In Rußland produzierte Waren kommen Dank der westlichen Ausrüstungen und Kapitalien schon auf den Weltmarkt und tragen dazu bei, die Krise zu verschärfen: so hat der Präsident von Fiat, Agnelli, kürzlich, oh, Ironie des Schicksals - eine Ironie, die wir aber schon von Anfang an vorausgesagt hatten -, von der EG eine strenge

ANTEIL DES MIT ALLEN WESTLICHEN ENTWICKELTEN KAPITALISTISCHEN
LÄNDERN GETRIEBENEN AUßENHANDELS RUSSLANDS (Importe und Exporte)

1950: 15%	1972: 22,6%
1960: 19%	1973: 26,6%
1971: 21,5%	1974: 31% (schätzungsweise)

QUELLE: STATISTICHESKII SBORNIK, Moskau, 1970; Sowjetisches Jahresbuch des Außenhandels (VNECHNLIIA TORGOVLIA SSSR) 1972 und 1973; FINANCIAL TIMES, 25.4.1975 für die Schätzung von 1974.

re Gesetzgebung gegen die Importe von Polski 125P und von Lada, die selbst polnische und russische ... "Fiat" sind, die seiner Meinung nach zu Dumpingpreisen in Europa verkauft werden... (28). Und das ist nur der Anfang. Wenn alle wichtigen russischen Industriebranchen mit dem Weltmarkt verbunden sein werden, werden sie zur Verstopfung der Märkte beitragen und mit zu Krisen führen. Umgekehrt werden sich die Krisen des Weltmarktes automatisch auf den russischen Markt und die russische Wirtschaft übertragen.

KATASTROPHE NARTIGE LAUFBAHN DES WELTKAPITALISMUS

Wie wird kurzfristig die Zukunft des Kapitalismus aussehen? Die Dauer und die Tiefe einer Krise hängen nicht allein von der zyklischen Bewegung des Kapitals ab, sondern auch von Ausbrechen oder Nichtausbrechen einer ganzen Reihe von explosiven Gegensätzen und Situationen, die vom kapitalistischen System in verschiedenen Bereichen angehäuft wurden: das internationale Währungssystem (dessen drohenden Zusammenbruch die bürgerlichen Ökonomen periodisch ankündigen); die wahnsinnigen Kreditberge, die sich aufgrund der zunehmenden Verschuldung der Unternehmen in allen Ländern häuften, die wiederum wegen einer Konkursbewegung nacheinander zusammenbrechen können; der Ausgang enormer Spekulationen auf Zeit auf den Währungsmärkten; die Spekulationen an der Börse, die Panikreaktionen auslösen können, usw. Die von den kapitalistischen Staaten dem verallgemeinerten, drohenden Währungs- und Finanzkrach entgegen gesetzten Schranken haben bis jetzt standgehalten (wie das Beispiel der Resorption einiger Bankzusammenbrüche vom Sommer 1974 in der BRD und in den USA gezeigt hat). Die einzige marxistische Gewißheit, die wir haben können, ist, daß sie den wachsenden Druck der Widersprüche des gesamten kapitalistischen Systems nicht unendlich widerstehen können. Wenn die gegenwärtige Krise dessen Zusammenbruch hervorruft, wird die kapitalistische Welt ohne Zweifel eine lange und tiefe Depression erfahren, die schlimmer und weitgehender sein wird, als die von 1929. Wenn sie aber auch widerstehen, wird die wirtschaftliche Wiederaufnahme, die der Krise folgen dürfte, unter solchen Bedingungen verlaufen, daß die bewußtesten Bourgeois weit davon entfernt sind, sich zu freuen, und vielmehr in voraus deren Folgen befürchten.

Untersuchen wir diese Hypothese. Der Weltzyklus, den wir von 1971 bis 1975 beobachtet haben, umfaßt eine durchschnittliche Periode von ca. 4 bis 5 Jahren. Im übrigen entspricht diese Dauer aber einem beginnenden wirtschaftlichen Wiederaufschwung gegen Ende 1975 und Anfang 1976, d. ohne Zweifel anfänglich von Land zu Land zeitlich anders einsetzt und sich dann verallgemeinert. Diese Aussage wird von den meisten bürgerlichen Experten gemacht und wird bei den meisten Börsen und durch die z.B. in den USA festgestellte Liquidationsbewegung der Lagerbestände bekräftigt. Nach dieser Hypothese dürfte sich der anfänglich langsame Wiederaufschwung gegen 1977 durch das Spiel der Gleichzeitigkeit des Wirtschaftszyklus und des gegenseitigen Antriebes der Wirtschaften beschleunigen. Diese Wiederaufschwung dürfte umso stärker sein, je tiefer die Krise war und gegen 1978 einem neuen Produktionsboom Platz machen. Feiern die Bourgeois dies als Sieg? Keineswegs. Die englische Zeitschrift THE ECONOMIST schreibt dazu:

"Der Boom 1977 kann dieselben schlechten Merkmale wie der vorangegangene wieder hervorbringen - eine größere Preisexlosion der Rohstoffe und somit die Rückkehr einer heimischen Lohninflation; (...) Andererseits ist der 1977er Boom geeignet, eine neue große Wirtschaftskrise hervorzubringen. Die internationale Wirtschaft macht den Eindruck, gefährlich unstabil zu werden. Wenn dieser Kreislauf zum Stillstand gebracht werden soll, ist nun der Zeitpunkt gekommen, daß die Regierungen ihre Köpfe zusammenstecken um herauszufinden, was zur Herstellung eines kontrollierten Booms getan werden kann. Es wäre nicht gut, wollte man warten bis die Katastrophe da ist, um dann verzweifelt zu versuchen, die Scherben aufzulösen!"(29)

Diese Mischung von Unruhe bei den weitsichtigsten Teilen der Bourgeoisie vor den unkontrollierbaren Konvulsionen ihrer eigenen Produktionsweise und von kleinbürgerlicher Albernheit über die Mittel, ihnen abzuwehren (eine internationale Wirtschaftskonferenz zwischen den imperialistischen Räubern!) ist ein Zeichen für die Ohnmacht der herrschenden Klassen. Wenn die Krise da ist, läuft alles schlecht, aber wenn die bürgerliche "Prosperität" zurückkommen wird, wird auch alles schlecht laufen! Und in der Tat kann der Kapitalismus aus der Krise nur herauskommen, um andere gigantische Krisen vorzubereiten. Wenn es ^{eine} wirtschaftliche Wiederaufschwung gibt, kann sie nur die schlimmsten Züge des Booms von 1973 verstärken: Wiederaufschwung der galoppierenden Inflation, neue Erhöhung der Rohstoffpreise wegen des gleichzeitigen Zuwachses der Nachfrage aller Verbraucherländer, spekulative Raserei in allen Sektoren, usw., um wahrscheinlich gegen 1979-1980 zu einer neuen Krise zu führen, die umso tiefer und gewaltvoller sein wird, da der Wiederaufschwung gleichzeitig eingesetzt und der Druck der kapitalistischen Gegensätze sich noch mehr verstärkt haben wird.

Gleichzeitig wird sich die zwischenimperialistische Konkurrenz verschärft haben, das wirtschaftliche Gewicht der deutschen und japanischen Imperialismen auf dem Weltmarkt noch mehr verstärkt haben, die Flucht nach vorn des Kapitals wird noch schneller sein. Die Notwendigkeit einerseits auf dem Weltmarkt "standzuhalten", andererseits der Antrieb des Falls der Profitrate (wo sich die Konkurrenz immer mehr verschärft),

zwingt die Bourgeoisie überall dazu, den Produktionsapparat systematisch zu "rationalisieren", d.h. in einem großen Maße die Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen. Deswegen sagen die bürgerlichen Experten - SOGAR NACH DER HYPOTHESE EINER WIRTSCHAFTLICHEN WIEDERAUFNAHME - überall EINE AUSBREITUNG ODER EINEN ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT voraus.

USA: Die Botschaft Forc's an den amerikanischen Kongreß im Februar 1975 sagte in der Perspektive einer wirtschaftlichen Wiederaufnahme in der zweiten Hälfte des Jahres folgende Zahlen voraus:

- 7,9% der Arbeitskraft, d.h. ca. 7.200.000 Arbeitslose für 1975;
- 7,5%, d.h. ca. 6.800.000 Arbeitslose für 1977.

Diese Voraussagen entsprechen ganz bestimmt nicht der Wirklichkeit, da die amerikanischen Behörden für 1975 ein Maximum von 7.400.000 Arbeitslosen voraussagten, während ihre Zahl im Mai schon 8.500.000 erreichte.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie sagt die Zeitschrift der Geschäftsleute, FORTUNE, voraus, daß die USA NACH DEM ENDE DER KRISE mit "einer langen und schmerzlichen Periode der hohen Arbeitslosigkeit" zu kämpfen haben werden. Der Autor der Studie, der sich auf die Analysen offizieller Spezialisten und Berater des weißen Hauses beruft, schreibt unter anderem:

"Egal wie kraftvoll die kommende wirtschaftliche Erholung sein wird, die USA werden für den Rest der siebziger Jahre von unerfreulich hohen Arbeitslosenraten geplagt werden. Über diese schlechte Aussicht sind sich die Ökonomen nahezu jeder Richtung einig. (...) Um die Arbeitslosenrate um 4 Punkte zu senken - etwa 9,5% auf 5,5% -, würde man sechs Jahre mit einer Wachstumsrate von 6% brauchen. Und gemessen an den Werten der Vergangenheit würden sechs Jahre mit einem Wachstum von jährlich 6% eine außerordentliche Erscheinung darstellen. (...) Mit einer Produktion pro Mann und Stunde von nahezu 10% unter dem Langzeit-Trend, bleibt genügend Raum für eine Produktionserhöhung ohne größere Neueinstellungen. (...) In der Anfangsphase eines Aufschwungs werden große Produktivitätssteigerungen vor allem dadurch erreicht, daß der Produktionszuwachs keine entsprechende Zunahme der Angestellten (white-collar staffs) erfährt. (...) Aber andere Einflüsse helfen ebenfalls. In der Talsohle einer Krise haben die Spezialisten der Arbeitsorganisation (Refa-Leute) den größten Spielraum zur Neuordnung der "Arbeitsnormen" sind die Vertrauensleute in der Handhabung der Arbeitsvorschriften äußerst kooperativ, und die Moral der Arbeiter - froh überhaupt Arbeit zu haben - ist relativ hoch. (...) Was kann die Regierung gegen das langanhaltende Problem der Arbeitslosigkeit tun? Es würde einiges helfen, wenn der Congress aufhören würde, die Mindestlöhne anzuheben, welche die Unternehmer davon abschreckt, unqualifizierte (marginal) und unerfahrene Arbeitskräfte einzustellen (...) Die wertvollste Sache, die die Regierung zur Linderung des Arbeitslosenproblems in den folgenden Jahren tun könnte, ist die Ermutigung einer kräftigen Expansion der Privatwirtschaft.!(30)

Man könnte nicht mit gelassenerem Zynismus bestätigen, daß die Krise bedeutet, daß das amerikanische Kapital sich darauf vorbereitet, die Arbeit in einem großen Maß "neu zu strukturieren", d.h. neu zu organisieren, indem es die Produktionsrhythmen beschleunigt, die Arbeitsintensität für die Arbeiter zu erhöhen, die "sehr glücklich" sind, ihren Arbeitsplatz zu behalten und also mehrere Millionen Arbeiter für eine lange Zeit auf die Straße zu werfen. Was die "vorgeschlagenen" Heilmittel betrifft, drückt das erste - Senkung der Reallöhne UND BESONDERS DER NIEDRIGSTEN - genauso zynisch die Pläne des Kapitals aus. Das zweite ist utopisch (wie der Autor selbst am Anfang seines Artikels zugegeben hat), oder es würde noch schneller zur Verstopfung der Märkte und zur nächsten Krise führen. Auf jeden Fall hängt es nicht von dem "Willen" der Agenten des Kapitals ab.

ENGLAND: Die letzten offiziellen Schätzungen sagten schon wegen der Krise 1,5 Millionen Arbeitslose für 1973 voraus. In seiner Haushaltsrede im Unterhaus im letzten April erklärte der Labourminister Healey, daß man "die internationale Konkurrenzfähigkeit" der vom Bankrott bedrohten britischen Industrie "aufrechterhalten und verbessern müßte". In allen wichtigen Branchen wurden "Rationalisierungs"programme eingeleitet, um zu versuchen, den alten britischen Kapitalismus zu verjüngen, damit er die immer schärfer gewordene Konkurrenz auf dem Weltmarkt verkraften kann. Das wichtige Thema ist die "Reinigung" der Unternehmen, d.h. Massenentlassungen, um die Arbeitsintensität und Produktivität zu steigern. Mehrere Umstrukturierungspläne wurden schon angekündigt:

- BEI DER STAHLINDUSTRIE muß die (verstaatlichte) BRITISH STEEL wegen der Krise, die die Branche trifft, in nächster Zukunft 20.000 Arbeiter (10% der Beschäftigten) entlassen, und "beabsichtigt nicht, viele von ihnen wiedereinzustellen, wenn die Marktlage sich verbessert" (31). Die Gesellschaft sieht vor, bis 1980 4,5 Milliarden Pfund Sterling zu investieren und die Gesamtzahl der heute 220.000 Beschäftigten auf 180.000 zu reduzieren. Nach Meinung des Präsidenten der BRITISH STEEL müßte "die reale Beschäftigtenzahl (der Gesellschaft)" - da die japanischen Hochöfen eine jährliche Produktion von 750. Tonnen Stahl pro Arbeiter gegenüber 150 Tonnen in England erlauben - "50.000 betragen, die die 37 Millionen Tonnen Stahl jährlich produzieren, die wir bis dahin brauchen" (gegenüber 20 Millionen, die heute produziert werden) (31).

BEI DER AUTOMOBILINDUSTRIE wurde ein vollständiger Reorganisationsplan der BRITISH LEYLAND unter der Schirmherrschaft des Staates zur gleichen Zeit angekündigt, wie die Direktion bekannt gab, daß die Gesellschaft an einem "starken Personalüberschuß leidet und daß "es absolut notwendig ist, die Beschäftigtenzahl zu reduzieren" (32). Die jährliche Produktion betrug in der Tat 1973 5,9 Wagen pro Arbeiter gegenüber z.B. 11,6 bei Volkswagen und 14,6 bei Renault. Von 204.000 Beschäftigten müssen ca. 50.000 Arbeiter in den nächsten Jahren entlassen werden, wenn die Gruppe das europäische Produktivitätsniveau erreichen will.

BEI DER EISENBAHN sagt eine offizielle Studie des Arbeitsministeriums voraus, daß bis 1981 die gesamte Beschäftigtenzahl von 220.000 auf 180.000 zurückgehen wird (33)

BEIM BERGBAU sagt dieselbe Studie einen Rückgang der Beschäftigtenzahl von 360.000 im Jahr 1973 auf 270.000 voraus.

BEI DER CHEMISCHEN INDUSTRIE muß die IMPERIAL CHEMICAL INDUSTRIES¹ dritte Chemiegesellschaft der Welt nach ihrem Umsatz im Jahre 1973 - ihre schon um 8000 Personen in 5 Jahren reduzierte Beschäftigtenzahl weiter reduzieren, um ihre Produktivität zu verbessern (34). Die amerikanische DOW CHEMICAL verbucht pro Angestellten einen Umsatz von 92.655 Dollar und einen Profit von 10.458 Dollar gegenüber 34.532 Dollar bzw. 3.060 Dollar für die britische Gesellschaft.

Man könnte diese Beispiele noch fortführen: bei dem Versuch sich zu verjüngern, seine Märkte zu behalten und seine Profite wiederherzustellen, kennt und kann das britische Kapital unter labouristischem "Management" keine anderen Lösungen kennen, als die Entlassungen zu einer Institution zu erheben.

FRANKREICH: Nach Untersuchungen, die von den offiziellen Voraussagen des VII. Plans über die Beschäftigung wird es 1980 - nicht in einer Perspektive der Krise, sondern des Wachstums von jährlich 3 bis 4% des Bruttosozialprodukts zwischen 700.000 und 900.000 Arbeitslose geben (35). Eine Studie der Zeitschrift L'EXPANSION, die sich ebenfalls auf die offiziellen Hypothesen des VII. Plans stützt, sagt für 1980 zwischen 700.000 und 1.400.000 Arbeitslose voraus. Der Autor schreibt unter anderem:

"Seit der Öffnung des Gemeinsamen Marktes hat Frankreich seine Kapitalbildung stark intensiviert (deren Anteil an der Produktion von 22% 1960 auf 29% 1973 gestiegen ist). Im Lauf der Zeit scheint es aber, daß die Kapazitätsinvestitionen den Platz den Rationalisierungsinvestitionen freigemacht haben. Das Steigen der Lohnkosten seit 1968 hat die Tendenz verstärkt, das Kapital durch die Arbeit zu ersetzen (...). Seit 1968 ist die Arbeitsproduktivität fast genauso schnell wie die Produktion selbst gewachsen: so sichert allein der Produktionsgewinn pro Arbeiter fast die Gesamtheit des Produktionsüberschusses(...)

"Die Erölkrisis (in Wirklichkeit die kapitalistische Krise! Ann. d. Red.) hat die Umstrukturierungen wieder in Gang gesetzt. (...) Die Schärfe der Konkurrenz, der Kostendruck, die Verzehrung der Gewinnspannen drohen mehr denn je die Firmen zu veranlassen, Produktivitätsinvestitionen vorzunehmen(...)

"In den großen Gesellschaften spricht man sogar von einem zehnprozentigen Überschuß an Beschäftigten! Wie es der Professor Raymond Barre nüchtern untersucht, "war die frühere Vollbeschäftigung künstlich, sammelten die Firmen die Arbeitskräfte und hatten eine schlaaffe Personalverwaltung. Man kommt aus einer Periode der Leichtigkeit und der Verschwendung heraus, um in eine Periode der Anstrengung und der Sparsamkeit zu treten". (...)

"Man muß sich also daran gewöhnen, 1980 mit einer ebenso hohen Arbeitslosigkeitsquote wie heute zu leben. Und damit sie nicht höher liegen wird, empfehlen die Experten für den VII. Plan das weit möglichste Wachstum" (36).

Diese Tendenz zur "Umstrukturierung" mit massiven Entlassungen ist nicht ausschließlich den ältesten Kapitalismen eigen. So sieht in Deutschland der "Sanierungsplan" von Volkswagen Entlassungen von 25.000 Arbeitern bis Ende 1976 vor, und der der Bundesbahn die Abschaffung von 60.000 der 400.000 Arbeitsplätze (37). In Japan sagt ein vor kurzem veröffentlichtes Weißbuch der Regierung "die Möglichkeit einer Massenarbeitslosigkeit in den nächsten zehn Jahren" voraus, und hebt "die Notwendigkeit eines starken Wirtschaftswachstums zur Lösung des Problems" hervor (38).

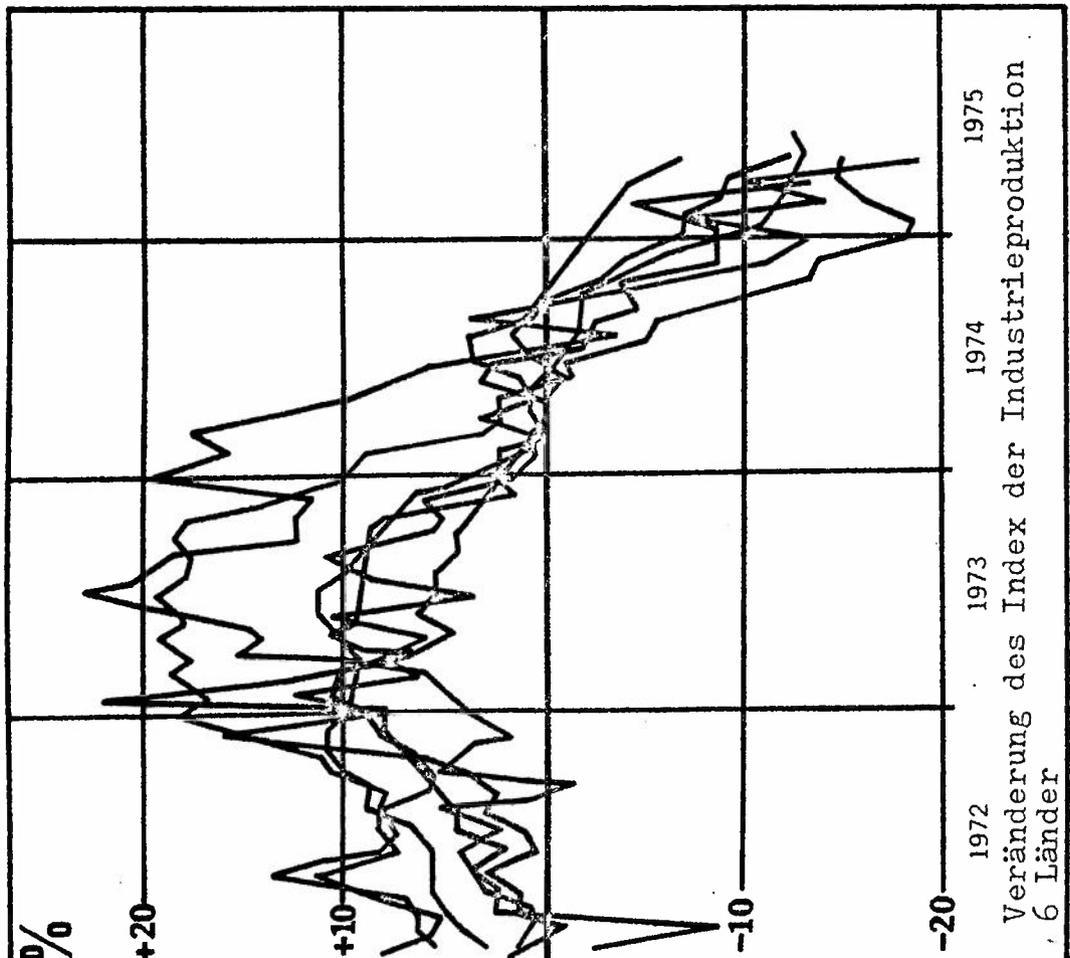
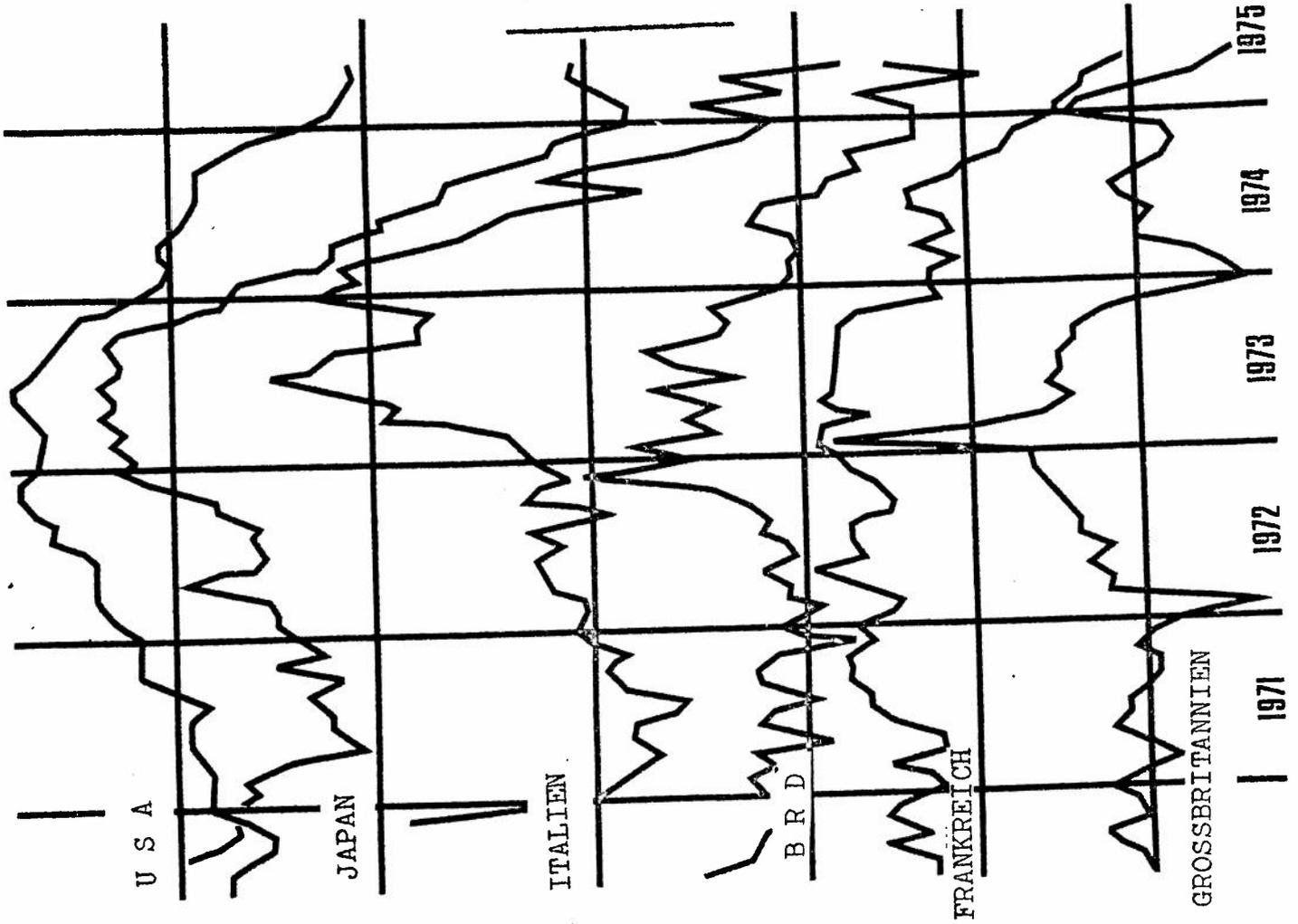
- - -

Da das Kapital weder Grenzen noch "nationale Besonderheiten" kennt, sind die Krankheiten, die es erzeugt und die von den verschiedenen Bourgeois durchgeführten "Lösungen" überall dieselben. Durch den Antrieb der Konkurrenz zwingen sich die allgemeinen und der kapitalistischen Produktion immanenten Gesetze jedem einzelnen Kapital auf und treiben es zur pausenlosen Akkumulation, zur ständigen Produktivitätssteigerung, zur Ersetzung der Arbeiter durch die Maschinisten "Wettbewerbsfähigkeit" nimmt jeder nationale kapitalistische Trust mit voller Wucht "Umstrukturierungen" vor und entläßt Hundert Tausende Proletarier, und beruft sich gleichzeitig auf den Reiz eines hypothetischen "starken Wirtschaftswachstums", das sich auf jeden Fall nur in Form von einer kurzen Welle ausdrücken könnte, die zu einer umso gewaltsameren Krise führt, je stärker das Wachstum war.

Nach dreißig Jahren bürgerlicher "Prosperität", die angeblich der Arbeiterklasse den Wohlstand bringen sollte, sieht die ihr angebotene glänzende Alternative so aus: einerseits, wenn die Krise anhält, Verallgemeinerung der Arbeitslosigkeit und des Elends, weil die kapitalistische Produktion aus Mangel an Absatzmärkten lahmgelegt ist; andererseits, wenn die wirtschaftliche Wiederaufnahme der Krise erfolgt, Verallgemeinerung der Arbeitslosigkeit, weil die konkurrierenden Kapitalisten, um zu den Märkten zu gelangen ihre Kosten senken müssen, indem sie sich eines Teils der Arbeitskraft entledigen. Eine resents systematisches und verallgemeinertes Sinken des Lebensstandards; andererseits Wiederaufnahme der galoppierenden Inflation, die mit der Existenz einer industriellen Reservearmee zusammenfällt, und beides tendiert zur Senkung der Reallöhne. Einerseits graduelle Vertiefung und Ausdehnung der Krise; andererseits Vorbereitung einer neuen noch tieferen und umfassenderen Krise.

In dem einen wie in dem anderen Fall erwartet die Arbeiterklasse in unmittelbarer Zukunft nur die Verschärfung der Ausbeutung, die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, das Schwinden der Vorteile, die sich das Kapital ihr zu "garantieren" rühmte, der wachsende Druck einer Produktionsweise, die ihren Widersprüchen nur entfliehen kann, indem sie sie verschärft und eine immer schwerere Last den "ausgebeuteten" aufbürdet.

ANHANG



Veränderung des Index der Industrieproduktion
6 Länder

Der Kapitalismus untergräbt jedoch seine eigenen Grundlagen, indem er somit das soziale Dynamit häuft. Indem er den ausgebeuteten Massen immer unerträglicher wird, bringt er nur die Stunde der Explosionen näher, die morgen unvermeidlich wieder anfangen werden, die gemeinestablierte Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft zu erschüttern, und die von Neuem die ersten Schritte des Proletariats auf dem langen Weg seiner revolutionären Emanzipation prägen werden.

Manifest zu den Regional- und Kommunalwahlen in ItalienDEM WAHLAUFRUF ANTWORTEN WIR MIT DEM AUFRUF ZUM KLASSENKAMPF!

(aus "Il Programma Comunista", Nr. 11 v. 30.5.75)

Proletarier!

Parlamentarische Demokratie und republikanische Verfassung sollten Euch den friedlichen Weg zum Sozialismus öffnen. Das wurde Euch vor dreißig Jahren erzählt. Und diese dreißig Jahre waren ein einziger Reigen von Wahlbefragungen. Der Sozialismus blieb aus. Dafür bringt Euch die Krise um Brot und Arbeit.

1945: als Belohnung für das Blut, das Ihr im zweiten imperialistischen Gemetzel unter dem Banner der Freiheit und der nationalen Wiedergeburt vergießen mußtet, schenkte man Euch Wahlen und sozialistische und "kommunistische" Minister. Der "rote" Wahlsieg dämpft den Klassenschwung und läßt den Hunger und die Erinnerung an die Toten erträglich erscheinen. KPI und PSI an die Regierung!

1948: die Barracke der Volkswirtschaft wiederhergerichtet, wird der Opportunismus vorläufig beurlaubt; die CGIL (Gewerkschaftsbund) spaltet sich, es beginnt der Kalte Krieg. Die Wahlbarometer zeigen wieder auf völlige Rückkehr zur bürgerlichen Normalität: der "Sozialismus" wird bis zum nächsten Wahlergebnis aufgeschoben.

1960: proletarisches Blut fließt von neuem auf Italiens Straßen. Der Opportunismus fordert Rache in der Geborgenheit der Wahllokale. Es entsteht die Mitte-Links-Koalition: "Von heute an", schreibt der immer prophetische Pietro Nenni, "sind wir alle freier!" Es muß nicht viel Zeit verstreichen, damit die getäuschten Arbeiter erkennen, daß der neue Zyklus von "parlamentarischen" Siegen mit einem wiederholten Zyklus von wirklichen Niederlagen für die Klasse Hand in Hand geht.

Heute, fünfzehn Jahre danach: der Druck auf die Arbeiterklasse ist in der ganzen Welt stärker geworden. Entlassungen, Kurzarbeit, Lohnkürzungen breiten sich aus. Gleichzeitig wächst die legale und illegale Gewalt, die in keinem Verhältnis zu den sporadischen Zeichen des proletarischen Zorn steht, aber maßgeschneidert ist, um dem Ausbruch dieses Zornes vorzubeugen. Der höllische kapitalistische Zyklus aus Produktionsboom, Flaute und Krise findet keinen Halt und verkündet Kriege und soziale Spannungen. Kein "Wahlsieg" hat hier etwas geändert. Im Gegenteil, sie alle haben der ununterbrochenen Höllenfahrt zusätzlichen Auftrieb gegeben. In der Talsohle ihrer absteigenden Laufbahn singt die Bourgeoisie im Chor mit dem Opportunismus das Wiegenlied:

Wahlen, wieder Wahlen, immer mehr Wahlen!

Proletarier!

Diese bittere Erfahrung bestätigt, was für die Marxisten in Theorie schon immer klar war.

Können Wahlen den Lauf der Krise bestimmen? Nein.

Können Wahlen Eure j e t z i g e n Lebens- und Arbeitsbedingungen bestimmen? Nein.

Können Wahlen Eure g e s c h i c h t l i c h e n Interessen, Eure Befreiung von der Sklaverei, bestimmen? Nein.

Was sie allein bestimmen, ist wer die Krise zum Vorteil der Stabilität des Regimes durch Euerer Ausbeutung verwalten soll. Mag sein, daß sie ans Ruder von Ländern und Gemeinden, wenn auch noch nicht des Staates, gerade "Eure Parteien" rufen, die einzigen (Agnelli verkündet es), die in der Lage sind, Euch die Opfer aufzubürden, die erforderlich sind, um die Krise zu überwinden, ohne daß ihr rebelliert, vielleicht sogar - was noch schöner wäre - mit Eurem Freudengesang.

Die Christdemokraten sind abgenutzt. Das Kapital braucht "frisches" Blut, "gesunde" Parteien, "ehrliche" Regierungen. Lediglich "Eure" Vertretung fehlt noch in der Turbine der Strukturreform- natürlich Reformen, die in dreißig Jahren nichts reformierten, aber immer die Macht haben, mit ihrem Karrussell aus Millionen von Worten und Milliarden von Liren zu blenden -, damit diese pflichtgemäß proletarisches Arbeitsfleisch zermalmen. Euch, die Opfer der Krise, ruft man jetzt auf, Euch zu opfern, damit die Krise überwunden wird.

Proletarier!

Wir täuschen Euch nicht vor, daß die Revolution auf der Tagesordnung steht. Dennoch akzeptieren wir nicht, wie so viele Pseudorevolutionäre, diesen scheußlichen Betrug, der sich auf Eurem Rücken vollzieht, mit zu sanktionieren und Euch an einen heilenden Sieg des "roten Stimmzettels" glauben zu machen. Der Weg der proletarischen Emanzipation ist lang und beschwerlich. Die rauhe Gewalt der materiellen Tatsachen wird zwangsläufig das Dilemma der zwanziger Jahre mit brennender Aktualität von neuem aufkommen lassen: E N T W E - D E R W A H L V O R B E R E I T U N G O D E R R E V O - L U T I O N Ä R E V O R B E R E I T U N G - keine wirkungsvolle und entscheidende revolutionäre Aktion, wenn der illusorische Glauben an den Stimmzettel nicht ein für allemal vernichtet wird. Gerade weil wir die absolute Gewißheit haben, daß sich die Entwicklung so vollziehen wird, haben wir die undankbare Pflicht, die unpopuläre Aufgabe,

- Euch die Wahrheit zu sagen,
- den auf Eure Kosten vorbereiteten Betrug zu entlarven,
- Euch zu zeigen, daß man mit jedem Stimmzettel, der Euch angeblich "bewaffnen" soll, Euch in Wirklichkeit für den Kampf gegen das Kapital entwaffnet,
- Euch daran zu erinnern, daß sich die Wahlbefragung mehr denn je im Namen der Ordnung abspielt, einer Ordnung,

für die der Kampf in Verteidigung des Lohnes "korporativer Egoismus" ist, der Kampf gegen die Faschisten eine "Provokation" darstellt, der Kampf für den Sozialismus eine "Verfassungswidrigkeit", die mit dem Kerker bezahlt werden muß. Kurz und gut, für diese Ordnung sollen die Proletarier den bitteren Brocken runterschlucken und still bleiben.

Proletarier!

Unser Wahlboykottismus ist kein Selbstzweck und kann es auch nicht sein. Dem Aufruf, die Spiezeugwaffe des Stimmzettels anzuwenden, antworten wir mit dem Aufruf, daß Ihr auf dem einzigen Boden, auf dem sich Euer Schicksal entscheidet, auf den Boden des Klassenkampfes kämpft und Euch organisiert:

in den Fabriken, in den Stadtteilen, auf der Straße, überall, wo sich die Stimme Eurer unterdrückten und verratenen Interessen erheben kann und muß.

Jeder Schritt auf diesem Weg ist ein Stück Boden, den Ihr der gemeinsamen antiproletarischen Kriegsfront von Bourgeoisie und Opportunismus entreißt. Jeder Schritt auf dem Weg des friedlichen Wahlwettbewerbes ist hingegen ein Stück Boden, den Ihr jener niederträchtigen Kriegsfront überläßt. Was für uns zählt - und nicht bloß an einem Wahltag, sondern immer - sind nicht diese Stimmen, sondern Eure Schritte auf dem Weg des Klassenkampfes.

"Die Arbeiter wählen mit Fäusten", sagte man in den glorreichen Zeiten, in denen die Flammen des bolschewistischen Oktobers auf den ganzen Westen überzugreifen drohten. Und das war keine Demagogie. Das bedeutete, damals wie heute, aus der Tiefe des Klassenzusammenstoßes:

Nieder mit den Wahlen! Es lebe der Klassenkampf!

Nieder mit der Einheitsfront mit den opportunistischen Parteien, diesen Treibriemen der Erhaltung des Kapitalismus! Es lebe die Kampffront aller Ausgebeuteten für die Verteidigung des Brotes und der Arbeit!

Nieder mit dem demokratischen und parlamentarischen Weg, diesem tausendmal erprobten Weg der Ausbeuter! Es lebe der revolutionäre Weg, der einzige, den die Geschichte den Ausgebeuteten offen läßt!

Für die kommunistische Weltpartei!

Für die proletarische Revolution!

Für den Sozialismus!

EINIGE INTERVENTIONEN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

(aus IL PROGRAMMA COMUNISTA, Nr. 14, 11.7.75)

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEN EINGEWANDERTEN ARBEITERN

Zur Unterstützung der Kämpfe der ausländischen Arbeiter in Frankreich intervenierten unsere Genossen von Lille und verteilten zwei Flugblätter. Darin wird die Unabwendbarkeit der kapitalistischen Krise aufgezeigt und die Notwendigkeit hervorgehoben, daß die Proletarier aller Berufe und Nationalitäten durch eine auf Klassenpositionen beruhende, antikapitalistische und antiopportunistische EINHEITSFRONT auf diese Krise reagiert. Das Manöver der Bourgeoisie besteht gerade in der KLASSENSPALTUNG und, was den besonderen Fall der ausländischen Arbeiter angeht, beginnt sie damit, deren Schicksal von dem ihrer KLASSENBRÜDER zu trennen, indem sie ungleiche Behandlung von "französischen" und "ausländischen" Arbeitern und Rivalitäten unter ihnen schafft. Im Bedarfsfall zögert die Bourgeoisie nicht davor, Zwang und Gewalt anzuwenden, um die - in Krisenzeiten! - unerwünscht gewordenen "Ausländer" über die "heimatlichen Landesgrenzen" zu jagen, und sie, wenn sie streiken, durch die Armees ersetzen zu lassen sowie rassistische Banden einzusetzen... Was soll man jedoch zur opportunistischen Politik sagen? "Die Opportunisten", schreiben unsere Genossen, "haben gar nichts unternommen - sie, die Millionen Arbeiter kontrollieren -, um den Haß der Arbeiter gegen den Staat zu schüren, und um die Massenantwort auf den gemeinsamen Klassenfeind vorzubereiten. Mehr noch: sie wagten sogar, die "illegalen" Einwanderer als PROVOKATEURE und ihre Kampfkomitees als UNVERANTWORTLICH abzutun". Sie isolierten diese Kämpfe von denen der "eigenen" französischen Arbeiter und haben höchstens die reformistischen Rezepte runtergeleiert (Rezepte, die in Zeiten der Verschärfung der kapitalistischen Krise immer mehr an Bedeutung verlieren), nach dem Motto "geeignete Gesetzgebung" (wofür geeignet?) mit einigen "Garantien" für die schon fest "integrierten" Imigranten. Dieser kastrierenden Linie antworten wir mit "der Organisierung einer wirklichen ARBEITERVERTEIDIGUNG zum Schutz vor der illegalen und legalen Gewalt der Bourgeoisie; und um dieser Gewalt Schlag auf Schlag zu entgegenen, mit der vollen Solidarität gegen die Unterdrückung der Imigranten", was für DEN UNMITTELBAREN KAMPF in die Losung umschlagen muß: "Vernichtung des Fontanet-Marcelin Rundschreibens" (es handelt sich um das berühmte Regierungsrundschreiben gegen die "illegalen" Imigranten, das zum Ziel hat, ihren Zustrom abzuwehren und ihre Zahl in Frankreich herabzusetzen), "sofortige Legalisierung der Illegalen", "Nein den Abschiebungen! Nein den geschlossenen Grenzen!"

Der Kampf der "Ausländer" muß sich mit dem der französischen Arbeiter im Klasseninteresse, das einzige, das beide verbindet, GEGEN DEN SOZIALEN FRIEDEN, GEGEN DAS KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNGSSYSTEM ÜBERHAUPT vereinigen. Klassensolidarität mit den "Ausländern" bedeutet eine erste Form der SELBSTVERTEIDIGUNG des Proletariats in Frankreich als Klasse.

GEGEN DEN "PROGRESSIV" VERKLEIDETEN CHAUVINISMUS DER K P F

Entrüstet sträubte sich die KPF vor kurzem "gegen die Abschaffung der offiziellen Feierlichkeiten zum Gedenk des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über das nationalsozialistische Deutschland". Und wie? Wörtlich behauptet die KPF, daß "Giscard die Erinnerung der Millionen IN VERTEIDIGUNG DES VATERLANDES UND DER FREIHEIT GEFALLENEN mit Füßen tritt". Dieser "fortschrittliche" Chauvinismus der KPF bedeutet nur eins: die Verherrlichung der imperialistischen und bürgerlichen Politik, für die Millionen Männer geopfert wurden und die totale Verleugnung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus und des revolutionären Klassenkampfes.

Unsere Genossen von Marseille antworteten in einem äußerst wirksamen Flugblatt so darauf: "Vielleicht tritt Giscard die Erinnerung der 55 Millionen Opfer mit Füßen, Opfer, die es der "demokratischen" IMPERIALISTISCHEN Koalition erlaubten, den deutschen IMPERIALISTISCHEN Rivalen zu schlagen; ist es aber für das Proletariat nicht noch eine größere Schmähung, wenn man ihm, wie die KPF es tut, vortäuscht, "daß die USA, verantwortlich für Hiroshima und die Verwüstungen in Vietnam und ähnlicher GRÜBLATEN, und daß die UdSSR der Konzentrationslager, der ungarischen und tschechischen Unterdrückung, ohne dabei das kolonialistische Frankreich und England mit aufzuzählen, DAMALS irgendeinen Befreiungskreuzzug führen konnten"?

In Wirklichkeit trachtet der Chauvinismus der KPF nicht etwa danach, die angeblichen Fußstritte wiedergutzumachen, die der Bourgeois Giscard einem bürgerlichen "Kreuzzug" versetzt haben soll, sondern danach, bei den Proletariern für den heiligen Patriotismus und Nationalismus zu trommeln, danach, schon jetzt im Hinblick auf die Ablenkung und Unterwerfung der historischen Klasseninteressen des Proletariats unter die "nationale" Bourgeoisie und ihre ungezügelten Kreuzzüge zu arbeiten. Da die KPF Meister im Einsammeln der von der "korrupten" Bourgeoisie aufgegebenen Fahnen ist, möchte sie bourgeois sein als der Bourgeois Giscard. Demgegenüber müssen die revolutionären Militanten die Waffen der Kritik und der INTERNATIONALISTISCHEN Aktion schärfen, bevor es zu spät ist, bevor man die Proletarier der verschiedenen Länder im Namen einer x-maligen "Verteidigung des Vaterlandes und der Freiheit" aufruft, sich in den unglaublichsten "bürgerlichen Bündniskombinationen" gegenseitig abzuschlachten, womöglich unter dem Banner eines falschen "Kommunismus", der bis auf die Knochen von Nationalismus verseucht ist.

Die Antwort unserer Genossen auf das chauvinistische Überströmen der KPF zeigt die Notwendigkeit des Kampfes, der keine Landesgrenzen kennt, da der Opportunismus überall derselbe ist und vom bewußten Proletariat dieselbe Klassenantwort erhalten muß.

INTERNATIONALISTISCHER AUFRUF AN DIE SLOWENISCHEN ARBEITER

Zum 1. Mai verteilten unsere Genossen von Triest unter den slowenischen Arbeitern, die an der Demonstration teilnahmen, einen Aufruf, der auch heute noch verteilt wird. In diesem Grenzgebiet spielten sich die nationalen Antagonismen allzuoft auf dem Rücken der Arbeiter^{ab}, die, von Bourgeoisie und Opportunismus in "Nationen" gespalten, zum brudermörderischen Kampf getrieben wurden. Es gilt

im Gegenteil, daß die Arbeiter an die internationalistischen und revolutionären Traditionen wieder anknüpfen.

"Diese antiproletarische Politik an den Grenzen von Italien und Jugoslawien wurde in jüngster Vergangenheit erneut bewiesen. Man trennte die italienischen Proletarier von den slowenischen und hetzte sie gegeneinander auf, und das noch unter der Fahne ENTGEGENGESETZTER "kommunistischer" Parteien! Mehr denn je schwanden die Ursachen der bürgerlichen Gegensätze unter der Asche und mehr denn je bereiten sich neue dramatische Zuspitzungen vor. Die bürgerlichen Kräfte auf der einen und der anderen Seite der Grenze versuchen, Euch in dieser Politik gegen Eure Klasseninteressen gefangen zu halten".

Das Flugblatt erinnert daran, wie gerade in den Jahren der Internationale von Lenin das revolutionäre Proletariat in Triest zeigte, welchen Weg man gehen kann und gehen muß, als italienische, slowenische und kroatische Proletarier einheitlich mit einem einzigen Programm und einer einzigen Partei gegen den einzigen Klassenfeind kämpften: "Erinnern wir uns der Jahre, in denen "Il Lavoratore" und "Delo" aus derselben Schmiede revolutionärer Militanten hervorgingen! Diese Lehre ist keineswegs überholt: vielmehr ist sie die allein gültige, um wirksam auf die Agenten der Bourgeoisie antworten zu können, die in unseren Reihen für die Zersetzung der proletarischen Kraft und für ihre Preisgabe an die nationalistisch-bürgerlichen Interessen arbeiten. Knüpfen wir hier wieder an!" - schließt der Aufruf - "Arbeiten wir für den Wiederaufbau der Internationalen Partei der Arbeiter, für den Wiederaufbau der kommunistischen Internationale!".

ÜBER DIE FRAUENFRAGE

Unsere französischen Genossen hatten die Gelegenheit, in die Auseinandersetzungen eines Basiskomitees "Femmes en lutte" (Frauen im Kampf) einzugreifen, das sich zur Aufgabe die Unterstützung der unterdrückten proletarischen Frauen gestellt hatte. Sie brachten ein Papier ein, das als richtungsgebende "Prinzipienklärung" für die Aktivitäten dieser Gruppe dienen sollte.

In dem aufschlußreichen Papier werden unsere marxistischen Thesen und jene pseudo-extremistischen des "Feminismus", der im "Geschlecht" die Wurzel der Versklavung der Frau erblickt, wiederholt: Allein das Ende des Kapitalismus kann eine wirkliche Befreiung der Frau als Ausbeutungsobjekt des kapitalistischen Systems mit sich bringen. Das ist der Kern, um den sich unsere Agitation dreht, die im perfekten Einklang mit der Tradition des revolutionären Marxismus und besonders der Thesen der Komintern über die Frauenfrage und über die diesbezügliche Parteiarbeit steht. "Das bedeutet jedoch nicht, daß man juristische Reformen nicht beachten soll", insoweit sie, "ohne der Unterdrückung der Frau ein Ende zu machen, deren wahres ökonomisches Wesen bloßlegen und deshalb dazu nützen, die Kampfziele klarzustellen". Das Papier klärt die lebenswichtige Funktion der Tageskämpfe, um die PROLETARISCHEN FRAUEN in einer KLASSENFRONT zu vereinen und zeigt die Grundziele auf.

"Das Programm für die Emanzipation der Frau muß lauten: Vereinigung der Frauen und aller Ausgebeuteten zur Zerschlagung der

Klassengesellschaft. Dieses Prinzip ist es, worauf sich die stützen müssen, die wirklich für ihre Befreiung kämpfen wollen. Deswegen müssen die unmittelbaren Forderungen wie folgt lauten: Beseitigung aller bestehenden juristischen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, Beseitigung aller Repressionsgesetze, die insbesondere auf das weibliche Geschlecht angewandt werden; freie und kostenlose Abtreibung; eine auf einen reinen Verwaltungsakt beschränkte Scheidung; keine Diskriminierung zwischen Mann und Frau bei Lohn und Arbeitsregelung: gleiche Arbeit, gleicher Lohn; Kampf gegen alle Maßnahmen, die die Frauen in Abhängigkeit von der Familie halten sollen (...); allgemeine Lohn-erhöhung".

Der Text zählt eine Reihe von weiteren Maßnahmen auf, die die Frauen betreffen (Kampf gegen den "Herd", für die Übernahme der Familienaufgaben durch die Gesellschaft; Erleichterung der Frau-earbeit in Verbindung mit der allgemeinen Forderung, den Arbeitstag radikal zu kürzen...).

Auf diesem Weg allein kann der Kampf für die Emanzipation der Frau zum Sieg führen. Wenn es sich um solchen Kampf handelt, dann ist er vom materiellen Kampf für den Kommunismus untrennbar. "Die proletarischen Frauen müssen einen Vortrupp bilden, da sie Dank ihrer gesellschaftlichen Stellung am wenigsten dazu neigen, der Klassenkollaboration zu verfallen und vergebliche Emanzipationswege zu suchen, die nicht die Aufhebung der Lohnausbeutung, die sie Tag für Tag erfahren, zum Ziel haben."

NIEDER MIT DEM NATIONALEN INTERESSE UND SEINER VERTEIDIGER

Die Genossen in der französischen Schweiz brachten ein Flugblatt heraus, das in den verschiedenen wichtigen auch anderssprachigen Kerngebieten von den Militanten unserer Organisation verteilt wurde, um die Passivität der Gewerkschaft in einer Situation, die schon 100 000 Arbeitslose aufweist, anzuprangern und um genaue Kampfrichtlinien zu geben. Der Krisenbazillus hat sich also auch in der prosperierenden Schweiz cingeknistet. Im Moment aber steht der Krisenexplosion keine entsprechende Gegenexplosion der Klasse gegenüber. "Kein Wunder, daß es so aussieht", wird im Flugblatt kommentiert. "Seit vierzig Jahren verteidigen die Gewerkschaftsführungen das Prinzip des sozialen Friedens und der Unterwerfung der proletarischen Interessen unter die der kapitalistischen Entwicklung. Sie sind also die Verantwortlichen für den totalen Mangel an Organisation des Proletariats, für seine totale Entwaffnung gegenüber den Angriffen des Kapitals". In diesem Flugblatt werden zahlreiche treffende Beispiele für diese defätistische Vorgehensweise gegeben, die der Erfahrung dieser Tage entnommen wurden. Das nationale Interesse vor allem, weil es ja dem Proletariat in der Nation allein gut gehen kann; das ist der "Herzensschrei" der Schweizer Gewerkschaftsbonzen, (der sich in nichts von dem ihrer Gevattern aller Länder unterscheidet!). Die Krümel, deren sich das Proletariat in Zeiten der Prosperität erfreute, werden jedoch immer kleiner, was den bewußten Elementen die Notwendigkeit eines vernichtenden Kampfes gegen das beste

hende Gesellschaftssystem zeigt, ein Gesellschaftssystem, das mit dem Schweiß und dem Blut der Arbeiterklasse SEINEN Wohlstand zeugte; das die Arbeiterklasse heute in die Anarchie und das Elend stürzt und das Gespenst breiter Konflikte zwischen den Staaten wieder heraufbeschwört.

Wenn man die "nationalen Interessen" verteidigt, dann bedeutet das, die Waffen vor dieser gräßlichen Perspektive zu strecken. Gerade darauf bereiten sich alle Verteidiger der kapitalistischen Ordnung vor.

Trotz der schwierigen Situation in der Schweiz kämpfen unsere Genossen für die Verbreitung der Losung zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes gegen den "Arbeitsfrieden", zur Wiederaneignung des Streiks als Waffe (nicht als äußerstes Mittel - wie es die Bonzen verstehen - , sondern als Hauptverteidigungsmittel in seiner klassischen "unbefristeten" Form), zur Wiedererlangung der Solidarität unter den Arbeitern ALLER LÄNDER, um aus ihnen - die heute in Tausend "Vaterländer" zerbröckelt sind - das gewaltige Heer der "Vaterlandslosen" zu bilden, das INTERNATIONALISTISCHE Heer des revolutionären Proletariats.
